

POLIS 57

Analysen - Meinungen - Debatten

Monika Hölscher
Viola Krause
Thomas Lutz (Hrsg.)

Geschichte und Geschichtsbilder

Der Erste und Zweite Weltkrieg
im internationalen Vergleich



POLIS soll ein Forum für Analysen, Meinungen und Debatten aus der Arbeit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) sein. POLIS möchte zum demokratischen Diskurs in Hessen beitragen, d.h. Anregungen dazu geben, wie heute möglichst umfassend Demokratie bei uns verwirklicht werden kann. Der Name POLIS erinnert an die große geschichtliche Tradition dieses Problems, das sich unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen immer wieder neu stellt.

Politische Bildung hat den Auftrag, mit ihren bescheidenen Mitteln dazu einen Beitrag zu leisten, indem sie das demokratische Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gegen drohende Gefahren stärkt und für neue Herausforderungen sensibilisiert. POLIS soll kein behäbiges Publikationsorgan für ausgereifte akademische Arbeiten sein, sondern ohne große Zeitverzögerung Materialien für aktuelle Diskussionen oder Hilfestellungen bei konkreten gesellschaftlichen Problemen bieten.

Das schließt auch mit ein, dass Autorinnen und Autoren zu Wort kommen, die nicht unbedingt die Meinung der HLZ widerspiegeln.

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Einleitung | 3 |
| WOLFGANG KRUSE: Europäische Geschichte im Zeitalter der Weltkriege: Konzepte und Deutungsmuster | 15 |
| RAINER PÖPPINGHEGE: Zwei Kriege - multiples Erinnern Weltkriegsgedenken als Alltagserscheinung | 35 |
| CHRISTIANE CHARLOTTE WEBER: Die Rheinwiesenlager als Thema in Schulen | 44 |
| ULRICH SCHNAKENBERG: „Die Stimmung in der Heimat ist ein wesentliches militärisches Kriegsmittel“ - Die „Mobilmachung“ der Gesellschaft durch populäre Bildmedien, 1914-1918 | 55 |
| CONSTANZE JAISER: Frauen als Opfer und als Akteure von Gewaltherrschaft | 64 |
| JUDITH SUCHER, VIOLA KRAUSE: Zum Umgang mit „Tätern“ und „Opfern“ in der Erinnerungskultur und Bildungsarbeit Exkursion und Workshop zur Kriegsgräberstätte Kloster Arnsburg | 72 |
| ASTRID MESSERSCHMIDT: Reflexive Arbeit an der Thematisierung der Weltkriege und ihrer Wirkungen | 79 |
| KARL RÖSSEL: Verdrehte Geschichte Die Ausblendung der Dritten Welt aus der Historiografie des Zweiten Weltkriegs am Beispiel Afrikas | 90 |
| BARBARA LAUBENTHAL: Entschädigungen für Kolonialveteranen des Zweiten Weltkriegs in Frankreich und den USA Die Rolle von Geschichte in der Einwanderungsgesellschaft | 112 |
| Die Veranstalter | 124 |
| Die Referentinnen und Referenten, Leiterinnen und Leiter der Workshops | 126 |

Polis 57

Einleitung

Im Jahr 2015 jährte sich zum 70. Mal das Ende des Zweiten Weltkriegs. Ein Jahr zuvor wurde, ebenfalls in unzähligen Veranstaltungen, des Beginns des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren gedacht. Diese beiden Gedenkjahre waren Anlass für die Hessische Landeszentrale für politische Bildung in Wiesbaden, den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesverband Hessen in Frankfurt, und die Stiftung Topografie des Terrors in Berlin, sich mit der Tagung „Geschichte und Geschichtsbilder. Der Erste und Zweite Weltkrieg im internationalen Vergleich“, die vom 29. bis 31. Oktober 2015 in Grünberg/Hessen stattfand, mit diesen beiden „Jahrhundertereignissen“ auseinanderzusetzen. Doch erst durch die großzügige finanzielle Unterstützung der Stiftung „Erinnerung Verantwortung Zukunft“ (EVZ) konnte dieses ambitionierte Tagungsprojekt realisiert werden. Es sei daher an dieser Stelle den Verantwortlichen der Stiftung ganz herzlich gedankt.

Ziel der Tagung war es, die beiden Weltkriege in Bezug zu setzen. Es ging nicht darum, die Opfer- und Gefallenenzahlen gegeneinander aufzurechnen, obwohl diese Zahlen, auch wenn sie nicht genau verifiziert werden können, eine deutliche Sprache sprechen. Einige Schätzungen gehen von rund 10 Millionen Toten im Ersten Weltkrieg aus, für den Zweiten

Weltkrieg von rund 55 Millionen (Zivilisten und Soldaten).

Wichtig war den Veranstaltern, unterschiedliche Sichtweisen und Bewertungen sowie die Vermittlung und Erinnerungsarbeit länderübergreifend (und „kontinentübergreifend“) aufzuzeigen. In einer Podiumsdiskussion, Vorträgen, Workshops und einer Exkursion sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verschiedene Aspekte dieser beiden, das 20. Jahrhundert entscheidend prägenden Ereignisse, einen Einblick vermittelt bekommen. Dass dies nicht umfassend geschehen konnte, liegt auf der Hand. Schier unüberschaubar sind die Veröffentlichungen, Ausstellungen als auch die mediale Präsenz zu den Weltkriegen. Gerade auch in den Gedenkjahren 2014 und 2015 sind zahlreiche neue Publikationen erschienen.

Doch welche Wertung und Gewichtung erfuhren die Erinnerungen an die Weltkriege in den verschiedenen Ländern? Es ist naheliegend, dass in Deutschland das Gedenken an die zahllosen Opfer des NS-Terrorregimes nach wie vor im Vordergrund steht, und hier vor allem auch der Holocaust. Doch wie sieht das in anderen europäischen Ländern aus, oder gar in außereuropäischen?

Dieser Frage gingen drei Referenten gleich zu Beginn der

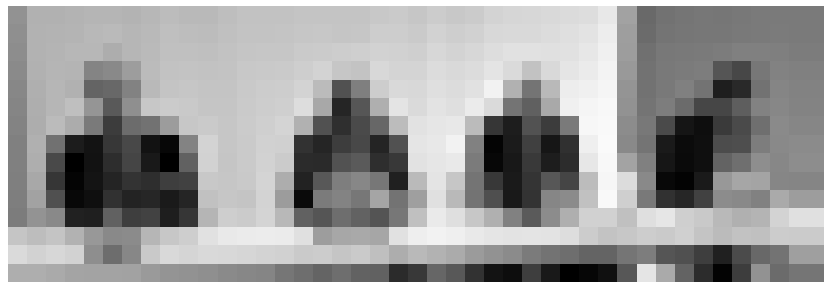
Tagung nach, die aus deutscher, polnischer und britischer Sicht die beiden Weltkriege erläuterten.

Die Weltkriege: Deutschland, Großbritannien und Polen im Vergleich

Übergreifendes Thema der Podiumsdiskussion war „Die Weltkriege: Deutschland, Großbritannien und Polen im Vergleich“. An dieser Diskussion nahmen Prof. Wolfgang Kruse aus Hagen, Dr. Alexander Korb aus Leicester und Prof. Robert Traba aus Berlin teil. In insgesamt drei Podiumsrunden diskutierten die Referenten unter Leitung von Dr. Thomas Lutz von der Stiftung Topografie des Terrors.

Bereits in diesem Podiumsgespräch, das in drei Sektionen unterteilt war („Kriegsverlauf und die Auswirkungen auf die jeweilige Zivilbevölkerung“, „Die nationalen Geschichtsbilder“ sowie „Auseinandersetzung mit der Geschichte“, jeweils diskutiert für den Ersten und den

Zweiten Weltkrieg) wurde deutlich, dass die Narrative schon im europäischen Vergleich stark auseinandergehen. Wurde beispielsweise der Erste Weltkrieg, wie von Prof. Kruse ausgeführt, in Deutschland damals als „Einbruch des Bösen in eine heile Welt“ betrachtet, und war, primär durch seinen Ausgang, das nationale Menetekel, das die Nationalsozialisten auf jeden Fall wieder verändern wollten – was nur mit einem neuen Weltkrieg möglich war, so ist er in der polnischen Geschichtsschreibung seit jeher ein – an den Folgen gemessen – positives Ereignis, bedeutete das Kriegsende 1918 für das Land doch die Freiheit und Unabhängigkeit. Ganz anders stellt sich in Polen wiederum der Zweite Weltkrieg dar. Zum einen dadurch, dass das Land während der deutschen Besatzungsherrschaft einen ungemein hohen Blutzoll zahlen musste, zum anderen durch die Gebietsveränderungen am Ende des Zweiten Weltkriegs, die neben anderem dem Sicherheitsbedürfnis und der Sicherung von Einflussphären seitens der Sowjetunion geschuldet waren.



Das Podium (von links): Prof. Wolfgang Kruse, Prof. Robert Traba, Dr. Thomas Lutz und Dr. Alexander Korb. Foto: V. Krause

Das spannungsgeladene Verhältnis zwischen polnischen Juden und katholischem nationalem Widerstand, noch verschärft durch die NS-Ideologie gegen den „Slaven“ besonders brutale Verfolgungspolitik, hat schon vor dem Weltkrieg bestanden, wurde auch durch die deutsche Besatzung nicht aufgelöst und hat sich nach der Befreiung von der NS-Zeit bis heute fortgesetzt. Wurden viele überlebende polnische Juden durch antisemitische Ausschreitungen 1946 und 1968 aus dem Land gedrängt, so ist heute eine größere Bereitschaft beim polnischen Staat und in der Gesellschaft vorhanden, diese besonderen Verbrechen und ihre Opfer anzuerkennen. So wie sich diese Debatte vor allem in den letzten eineinhalb Jahrzehnten in Polen geöffnet hat, kann sie durch andere politische Verhältnisse auch wieder zurückgedrängt werden.

Großbritannien hat keinen Krieg auf seinem eigenen Territorium erlebt. Im Zweiten Weltkrieg war das Mutterland allerdings durch deutsche Bombenangriffe in Mitleidenschaft gezogen.

In der britischen Erinnerung wird der Kampf von vielen Soldaten aus allen Teilen des Weltreichs kaum erinnert. Auch die soziale Komponente im Ersten Weltkrieg, wo ungeheuer große Truppenteile - Soldaten, zumeist aus der Arbeiterklasse - von befehlshabenden Offizieren aus dem Adel in die Schlacht geworfen wurde, obwohl vorher abzusehen war, dass viele von ihnen sterben werden, spielt

in der aktuellen Erinnerungspolitik keine Rolle. Letztendlich wird die Siegerrolle Großbritanniens bis heute hervorgehoben. Die sozialen Bedeutungen und Umwälzungen, die die beiden Weltkriege mit sich gebracht haben, werden zögerlich - etwa in der neuen Ausstellung des *Imperial War Museums* - angesprochen. Weder die wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA durch die Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg, noch der Untergang des Weltreiches, der ebenso mit den Kriegen verbunden war, ist in der Debatte um das Geschichtsbild präsent.

In dieser lebhaften und auch seitens des Publikums mitgeführten Diskussion zeigte sich ebenfalls, dass die zwei Kriege in der Erinnerung nur schwer voneinander losgelöst zu betrachten sind. Vor allem unter dem Aspekt, dass der Zweite Weltkrieg ohne den Ersten überhaupt nicht denkbar gewesen wäre, sprach sich Prof. Kruse dafür aus, vielmehr die beiden Weltkriege im Zusammenhang zu betrachten: Eine „Epoche der Weltkriege“.

Der erste Tagungstag schloss mit einem Vortrag von Prof. Rainer Pöppinghege aus Paderborn: „Zwei Kriege - multiples Erinnern. Weltkriegsgedenken als Alltagserscheinung“. Sehr anschaulich zeigte Prof. Rainer Pöppinghege anhand ausgewählter Beispiele auf, wie sich Erinnerungskultur in der „Epoche der Weltkriege“ vor allem auch im öffentlichen Raum veränderte und verändert, bis in die heutige Zeit hinein.

Workshops

Der zweite Tag der Tagung war der Vermittlung in der pädagogischen Arbeit gewidmet. In fünf Workshops konnten sich Pädagoginnen und Pädagogen mit Fachleuten aus der praktischen Arbeit über Konzepte und Erfahrungen aus und für den Unterricht über diese Geschichtsepoche auseinandersetzen.

Workshop 1: Antisemitismus und andere Feindbilder

Der Antisemitismus spielte in der deutschen Propaganda in beiden Weltkriegen eine Rolle, wenngleich mit unterschiedlicher Gewichtung. Im Zentrum des Workshops standen die Beschäftigung mit Unterrichtsmaterialien, primär aus Schulgeschichtsbüchern, und die damit verbundenen didaktischen Herausforderungen bei der Thematisierung von Kontinuitäten und Brüchen in der Geschichte des Antisemitismus. So ging es auch um die Frage, ob die Auseinandersetzung in den derzeitigen Schulbüchern auf der Grundlage einer Wissenschaftsorientierung erfolgt, um gegen stereotype Bilder anzugehen, oder ob diese nicht unreflektiert reaktiviert werden. Im letzten Teil des Workshops erfolgte ein Ausblick durch einen knappen Vergleich mit anderen Feindbildern.

1916 war der Krieg längst in einen brutalen Stellungskrieg übergegangen, für den heute symbolisch der Name Verdun steht. Statt des schnell erwarteten Kriegserfolges kam es

zu verlustreichen Schlachten. Mit der sich verschlechternden Kriegssituation und der immer schwierigeren Versorgungslage gewannen antisemitische Organisationen weiteren Einfluss. Eine Vielzahl an Flugblättern und Pamphleten bestritt, dass Juden jemals vollwertige Mitglieder der deutschen Nation werden könnten und schürten Zweifel an ihrem Patriotismus. Am 11. Oktober 1916 ordnete das preußische Kriegsministerium eine statistische Erhebung über die Dienstverhältnisse der deutschen Juden während des Krieges an. Der amtliche Titel der Zählung lautete „Nachweisung der beim Heere befindlichen Juden“. In seiner Begründung für den Erlass bezog sich Kriegsminister Weil von Hohenborn auf angebliche „Klagen“ aus der Bevölkerung, wonach sich „eine unverhältnismäßig große Zahl wehrpflichtiger Angehöriger des israelitischen Glaubens“ unter vielerlei Vorwänden dem Heeresdienst entziehe. Im deutschen Judentum betrachtete man die Konfessionsstatistik als Skandal. Die Ergebnisse der Zählung wurden nie veröffentlicht. Bald kursierten Gerüchte, aus Rücksicht auf die Juden erfolge die Veröffentlichung nicht, denn sie habe „vernichtende“ Ergebnisse gezeigt. Das Ministerium unterließ es, trotz des Drängens jüdischer Organisationen, ein klärendes Wort zu veröffentlichen.

Diverse Feindbilder spielten auf allen beteiligten Seiten eine Rolle. Die Bezeichnung „Huns“ in den

Plakaten der Alliierten rekurrierte auf die berühmte berüchtigte Hunnenrede Wilhelms II. Auch vom Kolonialismus geprägte rassistische Feindbilder erfuhren durch das Aufeinandertreffen eine ganz neue Radikalität.

Zahlreiche antisemitische Stereotypen entstanden in der Zeit des Ersten Weltkrieges bzw. während der Revolution 1918/19. Mit diesen antisemitischen Vorwürfen hatte sich die jüdische Bevölkerung während der Weimarer Republik permanent auseinanderzusetzen. Zur Reichstagswahl 1930 listete der überkonfessionelle „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ eine Zusammenstellung antisemitischer Vorwürfe, unterteilt in fünf Hauptkategorien, unter dem Titel „Die gangbarsten antisemitischen Lügen“ auf:

- I. „Jüdische Weltherrschaft“,
„Jüdische Internationale“
- II. Die Juden im Kriege;
Dolchstoßlegende;
Inflationsmärchen
- III. Die jüdische Moral
- IV. Die Berufsgliederung der
Juden. „Verjudung.“
- V. Die „Minderwertigkeit der
jüdischen Rasse“

Die Aufstellung lässt erahnen, welche Komplexität der Antisemitismus in seinen Anschuldigungen erreicht hatte. Die Anschuldigung „Der Jud ist an allem schuld“ erfuhr in der Weimarer Republik eine solche Diversifizierung, dass dies für die Abwehrarbeit erhebliche Konsequenzen hatte.

Der Antisemitismus im Ersten Weltkrieg unterschied sich grundlegend vom Vernichtungsantisemitismus der Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg. Die Fragen nach der Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus drängt sich geradezu auf. Grundlegend ist jedoch zunächst die Differenzierung: Im Ersten Weltkrieg hat es zwar eine Diskriminierung gegeben, aber keine Verfolgung. In seiner Rede vom Januar 1939 verknüpfte Hitler Krieg und Vernichtung der Juden miteinander. Die Propaganda gegen den „jüdischen Bolschewismus“ im Vorfeld des Feldzugs gegen die Sowjetunion stigmatisierte die Juden als „Todfeinde“. Im sogenannten Kommissarbefehl wurden Juden und Bolschewismus zu einem Feindbild verbunden. Die Propaganda zeigte Wirkung: Der Russlandfeldzug, der als Kampf zweier Weltanschauungen konzipiert wurde, übertraf an Brutalität alle vorherigen Verfolgungsmaßnahmen und Gewaltakte der NS-Kriegsführung.¹

Geleitet wurde der Workshop von Dr. Martin Liepach, Mitarbeiter im Pädagogischen Zentrum FFM des Fritz-Bauer-Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt.

Workshop 2: Zwangsarbeit und Kriegsgefangenschaft abseits der allgemein bekannten Bilder

Mit Daniela Geppert und Christiane Weber standen gleich zwei Referentinnen im Workshop zu den Themen Zwangsarbeit und Kriegsgefangenschaft zur Verfügung.

Daniela Geppert vom Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide übernahm den ersten Part zum Thema Zwangsarbeit. Im Hauptteil dieses Workshopblocks wurden die dort erarbeiteten und eingesetzten pädagogischen Angebote mit den Workshopteilnehmenden reflektiert und ausgewertet.

In Schöneweide befindet sich das einzige noch weitgehend erhaltene ehemalige NS-Zwangsarbeiterlager. Während des Zweiten Weltkriegs gehörte das Lager zu den mehr als 3.000 über das Berliner Stadtgebiet verteilten Sammelunterkünften für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.

Im Sommer 2006 wurde auf einem Teil des heute denkmalgeschützten historischen Geländes das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit eröffnet. Seit Ende August 2010 ist mit „Baracke 13“ eine gut erhaltene Unterkunftsbaracke im Rahmen von Führungen zugänglich. Im Mai 2013 eröffnete die neue Dauerausstellung „Alltag Zwangsarbeit 1938-1945“.

Aktuell ist noch die Sonderausstellung „Batterien für die Wehrmacht - Zwangsarbeit bei Pertrix 1939-1945“ zu sehen. Die Pertrix, eine Tochterfirma der zum Quandt-Konzern gehörenden AFA (Akkumulatorenfabrik AG) stellte Trockenbatterien und Taschenlampen für die Wehrmacht her und lieferte Zünderbatterien für Kampfflugzeuge an die Luftwaffe. Batterien waren ein zentrales Produkt der Kriegsindustrie und

eine der wichtigsten Einnahmequellen des Quandt-Konzerns. Im Laufe des Krieges beschäftigte diese Firma alle Zwangsarbeitergruppen: Berliner Juden im „geschlossenen Arbeitseinsatz“, Kriegsgefangene und italienische Militärinternierte, westeuropäische Zivilarbeiter, Ostarbeiter, Polen und KZ-Häftlinge.

Das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, eine Abteilung der Stiftung Topografie des Terrors, wird als Ausstellungs-, Archiv- und Lernort kontinuierlich weiterentwickelt. Die Dauerausstellung wird ergänzt durch Begleitveranstaltungen, Führungen und weitere pädagogische Angebote.²

Auf dem Gelände des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit wurde dank eines Kooperationsvertrags mit der Quandt-Gruppe eine internationale Jugendbegegnungsstätte eröffnet. Mit einem vielfältigen Programmangebot möchte sie einen Rahmen schaffen, in dem sich junge Menschen aus verschiedenen Ländern begegnen und ins Gespräch kommen. Eines der Projekte ist die Spurensuche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus Belarus (Weißrussland). Dieses Programm bietet den deutschen und belarussischen Schüler/innen eine der letzten Gelegenheiten zu einzigartigen Gesprächen und Begegnungen mit den Zeitzeugen der NS-Gewaltherrschaft und ermöglicht die Erkundung der Geschichte der Zwangsarbeit und des Zweiten Weltkrieges sowie deren Folgen. Als Teilstaat

der UdSSR war Belarus von den Folgen der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik besonders betroffen. Die deutsche Besatzung kostete im heutigen Belarus zwischen 1941 und 1944 mehr als drei Millionen Menschen das Leben. Mehr als 400.000 Männer, Frauen und Kinder wurden zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich verschleppt.

Nach einer inhaltlichen grundlegenden Einführung in das Thema Zwangsarbeit stellte Daniela Geppert mithilfe einer virtuellen Ortsbegehung des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit den Ort und das Bildungsangebot der Gedenkstätte vor.

Das Dokumentationszentrum befindet sich am historischen Ort des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers Berlin-Niederschöneweide. Dieses wurde aus Brandschutzgründen mit Steinbaracken errichtet. Das unterschied es von den meisten anderen Zwangsarbeitslagern, deren Unterkunftsgebäude aus Holz hergestellt waren. Das an diesem historischen Ort eingerichtete Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit ist Lern- und Erinnerungsort für die über 12 Millionen Männer, Frauen, Jugendliche und Kinder aus ganz Europa, die im Deutschen Reich Zwangsarbeit leisten mussten. Vor allem in den Berliner Industriezentren wie Ober- und Niederschöneweide entstanden große Barackenlager. Das Doppelager 75/76 wurde ab Herbst 1943 im Auftrag der Sonderbehörde „Generalbauinspektor für

die Reichshauptstadt“ (GBI) erbaut. Es umfasste 13 Unterkunftsbaracken aus Stein für über 2.000 Zwangsarbeiter und ein zentral gelegenes Wirtschaftsgebäude.

Einen besonderen Stellenwert im Dokumentationszentrum nimmt die Baracke 13 ein. Sie gehörte zu den ersten Gebäuden des Lagers, die ab 1943 errichtet wurden. Zwischen 1944 und 1945 waren dort italienische Militärinternierte und Zivilarbeiter untergebracht. Davon zeugen zahlreiche Inschriften mit Namens- und Datumsangaben, die im Keller des Gebäudes zu besichtigen sind. Sie sind die einzigen direkten Zeugnisse der Zwangsarbeiter des Lagers. Nach Kriegsende nutzte die Rote Armee die Baracke kurzzeitig als Materiallager. In den folgenden Jahren zogen verschiedene Werkstätten ein. Unter anderem unterhielt hier der Volkseigene Betrieb (VEB) Kühllautomat eine Ausbildungswerkstatt. Ab 2003 diente das Gebäude zur Aufbewahrung von Antiquitäten und Baustoffen. Trotz der unterschiedlichen Nutzungen weist diese Baracke im Vergleich zu den anderen die meisten Spuren aus der NS-Zeit auf. Sie wurde daher 2008 vom Dokumentationszentrum übernommen und als Unterkunftsbaracke behutsam restauriert und konserviert. Neben den historischen Inschriften veranschaulichen Zitate von Zwangsarbeitern ihre alltägliche Lebenssituation im Lager, die geprägt war von Enge, Hunger, mangelnder Hygiene und Verzweiflung.

Im „GBI-Lager 75/76“ waren neben italienischen Militärinter- nierten bzw. italienischen Zivil- arbeitern Zwangsarbeiter aus West- und Osteuropa sowie weib- liche Häftlinge eines Außenlagers des KZ Sachsenhausen unter- gebracht. Bereits 1946 begann die zivile Nutzung der Baracken. Werkstätten, eine Sauna und eine Kindertagesstätte wurden in der östlichen Lagerhälfte an der Köllnischen Straße eingerichtet. In die westliche Lagerhälfte an der Britzer Straße zog 1946 ein Impf- stoffinstitut. 2006 eröffnete nach über zehnjährigem Engagement verschiedener Berliner und Bran- denburger Initiativen das Doku- mentationszentrum NS-Zwangs- arbeit. Mit der Eröffnung wurde das ehemalige Lager zu einem historisch-politischen Lernort.

Der zweite Workshopblock wur- de von Christiane Charlotte Weber moderiert, die sich mit der Thematik der Rheinwiesenerlager in der Schule und mögliche Heran- gehensweisen für den Geschichts- unterricht sowie die demokra- tische Bildung beschäftigte. Unter dem Titel „Die Thematik der Rheinwiesenerlager in der Schule – mögliche Herangehensweisen für den Geschichtsunterricht so- wie die demokratische Bildung“ stellte Christiane Weber zuerst die Rheinwiesenerlager vor.

Diese wurden von den amerika- nischen Alliierten in den letzten Monaten des Zweiten Welt- kriegs und den ersten Wochen danach entlang des Rheins ein- gerichtet. Verschiedene Fak- toren, unter anderem die

Tatsache, dass keiner mit einer solch schnell ansteigenden Zahl von Kriegsgefangenen gerechnet hatte, führten dazu, dass gefangengenommene Männer, aber auch Frauen, Alte und Jugendliche, bei zunächst keiner bis schlechter Versorgung mit Medikamenten und Lebens- mitteln unter freiem Himmel campieren mussten. 5.000 bis maximal 10.000 – so die aktuellen seriösen Hochrechnungen – der Gefangenen starben in den über 20 Lagern, die oft nur wenige Wochen bestanden.

Heute wird die Geschichte der Lager wegen der schwierigen Quellenlage oft verzerrt dar- gestellt. Gerade rechte Strö- mungen nutzen die Thematik hingegen gezielt, um mit über- höhten Zahlen und einer Aus- blendung des historischen Kon- texts antidemokratisches Gedan- kengut zu verbreiten.

Im Workshop wurden zunächst die Bedingungen für die Rhein- wiesenerlager sowie die vorhan- denen Materialien vorgestellt. Im Anschluss wurden mögliche Probleme bei der Behandlung des Themas im Unterricht dis- kutiert und im Gespräch heraus- gearbeitet, wie wichtig die The- matik ist und wie vielfältig sie in der Schule eingesetzt werden kann. Stichworte hierbei waren neben dem historischen Kontext u. a.: Sensibilisierung der Schüle- rinnen und Schüler für Methoden der Geschichtswissenschaft, Ethik der Täter-Opfer-Frage, fächer- übergreifende Bear-beitung oder demokratische Bildung heute.

Workshop 3: Krieg gegen die Zivilbevölkerung / Die Heimat „front“

In diesem Workshop bekamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Dr. Ulrich Schnakenberg, der diesen Workshop leitete, zahlreiche unterschiedliche Quellen (Plakate, Statistiken, Karikaturen, Textquellen) an die Hand, um diese auf ihre Eignung für die schulische und außerschulische Vermittlung von Geschichtsbewusstsein zu testen. Hierbei sollte auch diskutiert werden, inwieweit, ausgehend vom Leiden der Zivilbevölkerung im Ersten Weltkrieg, Gegenwartsbezüge hergestellt werden können und wie das Thema interkulturell aufgegriffen werden kann.

Workshop 4: Frauen als Opfer und als Akteure von Gewaltherrschaft

Der Workshop bot die Möglichkeit, die disparaten Rollen von Frauen in den Blick zu nehmen und danach zu fragen, welche Chancen eine Einbindung der Kategorie Gender für die pädagogische Arbeit eröffnet. Zum einen ging es darum, weibliche Verfolgungschicksale, aber auch weibliche Täter- und Mittäterschaft der NS-Gesellschaft an ausgewählten Biografien und Projektbeispielen kennenzulernen. Zum anderen sollte die These diskutiert werden, dass die Kategorie Gender gerade nicht darauf beschränkt sein sollte, vernachlässigte oder vergessene Frauengeschichten zusätzlich didaktisch aufzubereiten. Vielmehr ging es um die Frage nach dem

Zusammenspiel von Herrschaftspraktiken, die exklusiv und inklusiv wirken. Wie also kann Geschichte erzählt werden, damit Männer und Frauen als Teil von Erinnerung sichtbar werden?

Workshop 5: Erinnerungskulturen - ein Prozess in Bewegung (Kriegsgräberstätte Kloster Arnsburg)

Am Beispiel der Kriegsgräberstätte in Kloster Arnsburg wurde der Wandel thematisiert, dem die öffentliche Erinnerungspraxis unterworfen ist. Gleichzeitig bestand in dem Workshop die Möglichkeit, konkrete Schicksale der dort bestatteten Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Toten des Zweiten Weltkriegs kennenzulernen und in diesem Zusammenhang auch den Umgang mit der Frage von Kriegsverbrechen am Beispiel der Opfer von Hirzenhain zu diskutieren.

Ausgangspunkt für den Workshop war das Projektvorhaben



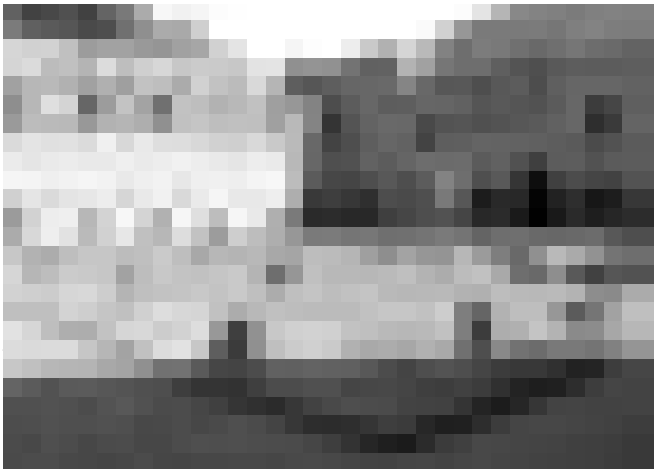
Workshop 4: „Frauen als Opfer und als Akteure von Gewaltherrschaft“ mit Dr. Constanze Jaiser aus Berlin. Foto: M. Hölscher

des Landesverbandes die Kriegsgräberstätte zu einem Lernort historisch-politischen Bildung zu entwickeln. Über eine begleitete „Spurensuche“ und Beschäftigung mit ausgewählten Schicksalen und Dokumenten soll dieser Ort insbesondere Schülerinnen und Schülern perspektivisch zugänglich gemacht werden. Im Zentrum des Workshops standen daher die eigenständige Erkundung des Friedhofs und die Auseinandersetzung mit den dort vorhandenen Erinnerungs- und Gedenktafeln sowie Gräbern. Im letzten Teil des Workshops wurden die mit diesem anspruchsvollen Lernort verbundenen didaktischen Herausforderungen gemeinsam diskutiert.

Im Anschluss an die Workshops fasste Prof. Astrid Messerschmidt ihre im Laufe des Tages gesammelten Eindrücke aus den Workshops in einem Impulsreferat

zusammen und diskutierte mit den Workshopleiterinnen und -leitern.

Die von Frau Prof. Messerschmidt gegebenen Impulse für die Diskussion thematisierten unter anderem eine Situation, wie sie auch vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern bekannt war: Eine unter Schülerinnen und Schülern weitverbreitete Reserviertheit oder gar Abwehrhaltung hinsichtlich der Auseinandersetzung insbesondere mit dem Zweiten Weltkrieg und der NS-Herrschaft und ihren Folgen. Um dem entgegenzuwirken sieht Messerschmidt den Bedarf eines Umdenkens in der Vermittlung des Themas. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der historisch-politischen Bildung müssten sich von dem Muster einer strengen Distanzierung von den Tätern als auch einer Identifizierung mit den Opfern als Ziel der Vermittlung verabschieden. Vielmehr gelte es für eine kritische Erinnerungs- und Bildungsarbeit, dass sich Lehrende auf die Verunsicherung, die die Verbrechen und die Ideologie des NS-Regimes bei jungen Menschen hervorruft, einlassen und sich auch mit Fragen und Themen zu befassen, auf die nicht immer leichte und eindeutige Antworten zu finden sind. Durch diese Bereitschaft als auch durch herzustellende Gegenwartsbezüge könne man als Lehrender mit den Lernenden auf Augenhöhe die Themen der Vergangenheit mit dem für die Jugendlichen relevanten Alltagsumfeld verknüpfen. Wie dies hinsichtlich



Kriegsgräberstätte Kloster Arnsburg. Foto: M. Hölscher

der Themen der einzelnen Workshopinhalte möglich ist, wurde anschließend diskutiert und erörtert. Zum Abschluss des Tages stand eine Theateraufführung als kulturelle Annäherung an das Tagungsthema auf dem Programm: compagnie nik, das sind Dominik Burki und Niels Klausnick als Akteure, sowie Veronika Wolff, die Regisseurin. „Wer den Swing in sich hat, kann nicht mehr im Gleichschritt marschieren.“ Dieses Zitat von Coco Schumann zierte den Flyer der compagnie nik aus München, die im Rahmen dieser Tagung ihr Stück „It don't mean a thing“ aufführte. Es ist „Eine Forschungsreise in die Geschichte vergessener NS-Verfolgter“, das in Zusammenarbeit mit der KZ-Gedenkstätte Moringen in Südniedersachsen entwickelt wurde. Im Mittelpunkt des Stücks steht die Swing-Jugend, die während der NS-Diktatur gnadenlos verfolgt wurde, weil ihre Lebensart und die Musik, die sie hörten, nicht den Anschauungen der Diktatur der Nazis entsprachen. Einige dieser Jugendlichen bezahlten ihre Freiheitsliebe mit dem Leben, andere kamen in Konzentrations- oder Umerziehungslager, wie dem Jugend-KZ Moringen. „Dieses Stück“, so kann man weiter im Flyer lesen, „ist für all diejenigen, die noch an Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und Meinungsfreiheit glauben, und selbst Zeichen gegen Gewalt und Rassenhass setzen wollen“ - aktueller ging es nicht mehr!

Die Weltkriege in außereuropäischer Perspektive

Am letzten Tag der Veranstaltung in Grünberg stand der außereuropäische Kontext der beiden Weltkriege im Mittelpunkt - ein Aspekt, der auch bei den zahlreichen Veranstaltungen und Veröffentlichungen 2014 (100. Jahrestag Beginn Erster Weltkrieg) und 2015 (70. Jahrestag Ende Zweiter Weltkrieg) immer wieder vernachlässigt worden ist. Diese hatten einen sehr starken Focus auf den europäischen Kriegsschauplatz und die kämpfenden Truppen, die in den beteiligten europäischen Staaten geboren wurden. Truppen aus den Kolonien, die in den verschiedenen Armeen mitgekämpft hatten, wurden nahezu verschwiegen.

Mit dem Journalisten Karl Rössel aus Köln konnte ein engagierter Referent gewonnen werden, der sich seit vielen Jahren mit der „Dritten Welt im Zweiten Weltkrieg“ auseinandersetzt und zu diesem Themenkomplex sowohl ein Buch als auch eine pädagogische Handreichung herausgebracht und zudem eine Wanderausstellung konzipiert hat.

Bereits im Ersten Weltkrieg wurden auf Seiten der Alliierten und der Mittelmächte Kolonialsoldaten eingesetzt - meist nicht freiwillig. Hunderttausende verloren auf europäischem Boden ihr Leben, für Kriege, die sie nicht verstanden und mit denen sie

nichts zu tun hatten. Karl Rössel nannte die für einen Großteil der Teilnehmer überraschenden Fakten, dass 1940 nur wenige Tausend Franzosen dem Aufruf De Gaulles zum Widerstand gegen Nazi-Deutschland folgten, weshalb er seine Streitmacht für das Freie Frankreich nur in den Kolonien formieren konnte. Allein aus Afrika kämpften etwa eine Million Soldaten unter französischem Kommando auf wechselnden Seiten der Front, die einen rekrutiert von De Gaulle, die anderen vom Kollaborationsregime Pétains. Wie stellt sich das Bild der beiden Weltkriege in der Erinnerung an diese fast „vergessenen“ Soldaten in ihren Heimatländern in Afrika oder Asien dar? Wie wird das Thema in der politischen Debatte der betreffenden Länder, Frankreich und den USA, heute behandelt? Die sehr lebhaft diskutierte Diskussion zum Schluss seiner Ausführungen zeigte, wie sehr dieses Thema interessierte.

Zum Abschluss der Tagung griff Dr. Barbara Laubenthal einige Aspekte des Vortrages von Karl Rössel noch einmal in ihrem Vortrag „Die Weltkriege und die Entstehung transnationaler Erinnerungspolitik“ auf. Beide zeigten nicht nur eine neue Perspektive auf die Weltkriege auf, sondern verdeutlichten, dass hinsichtlich dieser Fragen noch viel Handlungs- und Klärungsbedarf besteht - vor allem auch mit Blick auf Entschädigungszahlungen oder Rentenansprüche dieser ehemaligen Kolonialsoldaten.

Resümee

Die tagungsübergreifende Frage, ob - und wenn ja, wie - eine transnationale oder gar internationale Erinnerung an die Weltkriege möglich ist, konnte nicht beantwortet werden. Es stellt sich aber auch die Frage, ob eine solche Erinnerungskultur auch tatsächlich notwendig ist. Ist das verbindende Element der Lehre, die universell aus der Geschichte gezogen wird, nicht ausreichend und sogar wichtiger, als eine international gleichförmige Erinnerungskultur, bei der zudem die Gefahr besteht, dass sie aus politischen Gründen staatlich oktroyiert wird?

Anmerkungen

- 1 Literatur: Werner Bergmann / Juliane Wetzel: Antisemitismus im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Ein Forschungsüberblick. In: Erster Weltkrieg - Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich: Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes herausgegeben von Bruno Thoß und Hans-Erich Volkmann. Paderborn 2002, S. 437-469.
- 2 Quelle: www.dz-ns-zwangsarbeit.de

Wolfgang Kruse

Europäische Geschichte im Zeitalter der Weltkriege: Konzepte und Deutungsmuster

Die Periodisierung der Geschichte, d.h. ihre Einteilung in sinnvolle Epochen und Phasen, ist eine der vornehmsten Aufgaben der Geschichtswissenschaft. Wenn man mit Eric J. Hobsbawm von einem „langen“ 19. Jahrhundert der europäischen Geschichte zwischen der Ende des 18. Jahrhunderts beginnenden „europäischen Doppelrevolution“ und dem Ersten Weltkrieg ausgeht¹, folgt daraus mit einiger Notwendigkeit ein „kurzes“ 20. Jahrhundert, das sich vom Ersten Weltkrieg bis zum Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums in Ostmitteleuropa 1989 erstreckt.² Die erste Phase des so konzipierten 20. Jahrhunderts hat Hobsbawm treffend als das „Katastrophenzeitalter“ der beiden Weltkriege bestimmt. Doch was konstituiert eigentlich den inneren Zusammenhang zwischen diesen beiden Kriegen und warum ist es sinnvoll, sie als Signum einer ganzen historischen Epoche zu begreifen? Zur Beantwortung dieser Fragen werden im Folgenden verschiedene Konzepte vorgestellt, die die Einheit eines Zeitalters der Weltkriege in europäischer Perspektive auf unterschiedliche Weise zu bestimmen versuchen.

Sie beziehen sich auf die Bedeutung der beiden Weltkriege in der europäischen Staatenpolitik, auf ihren Charakter als totale Kriege sowie auf ihre Qualität als politische Weltanschauungskriege, in denen die Grenzen zwischen Staatenkriegen und Bürgerkriegen aufgelöst werden. Beginnen wir mit dem ersten Konzept, das besonders eng mit der Rolle Deutschlands verbunden ist.

Deutschland und die „Epoche der Weltkriege“

Eine frühe Auseinandersetzung mit den Zusammenhängen zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg stammt von dem deutschen Historiker Ludwig Dehio, der bereits im Jahre 1951, ausgehend von der „deutschen Katastrophe“³ des totalen Zusammenbruchs von 1945, zusammenfassend von der „Epoche der Weltkriege“ sprach, die „zwei Akte desselben Dramas“ gewesen seien, und diesen Zusammenhang zugleich systematisch mit einer prägenden Rolle Deutschlands verband: „die Voraussetzung zu jeder schöpferischen Reaktion Deutschlands auf die

Epoche der Weltkrieg“, so stellte Dehio kritisch fest, „ist die rücksichtslose Erkenntnis unserer furchtbaren Rolle in ihr – als der letzten und also der höchstdämonisierten Hegemonialmacht des absinkenden alten Europas.“⁴

Auch wenn die Begrifflichkeit heute teilweise antiquiert erscheint, war hiermit doch ein grundlegendes Problem angesprochen, das auch heute noch Forschung wie Öffentlichkeit beschäftigt: War es in erster Linie ein deutsches Hegemonialstreben, das die beiden Weltkriege miteinander verband? Und mehr noch, war damit nicht nur das nationalsozialistische Deutschland für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich, sondern das scheinbar so viel normalere kaiserliche Deutschland schon für den Ersten Weltkrieg? Schauen wir uns die Argumentation genauer an.

Dehio arbeitet mit zwei Leitbegriffen, die er in einen engen Zusammenhang miteinander rückt: Europäisches Hegemonialstreben und Dämonie der Macht. Die Geschichte der europäischen Staatenpolitik sieht er geprägt von dem Versuch der jeweils stärksten Macht auf dem Kontinent, eine hegemoniale Stellung zu erringen, was sie mit Notwendigkeit in einen Konflikt mit der jeweiligen Seemacht bringen musste. Zum Anwärter auf eine Rolle als europäische Hegemonialmacht wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts aufgrund seiner territorialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Entwicklung Deutschland, das schließlich mit

seiner Flottenpolitik in die Weltpolitik eintrat und England als Garant des europäischen Gleichgewichts herausforderte. Hierin erkannte Dehio nicht die Schuld am, wohl aber die zentrale Ursache für den Ersten Weltkrieg, der „unzweifelhaft durch den Expansionsdrang des verjüngten Deutschlands“ entstanden sei und in dem Deutschland nun „die Funktion einer europäischen Hegemonialmacht“ zu erlangen versuchte. Die zeitweiligen Erfolge des kaiserlichen Deutschland hätten dabei eine für Hegemonialmächte typische Mischung aus Kraftgefühl und Verblendung hervorgerufen, die schließlich in der Fortdauer des Krieges dämonische Züge gewonnen habe: „Aber euphorische Steigerung geht in dämonische Übersteigerung über, je mehr sich der Kampf hinzieht. Die Schrauben werden überdreht. Es werden schließlich materielle und moralische Grundwerte von den Machthabern riskiert mit der Art von Hasardeuren, die keine zutreffende Einsicht in das Wesen des Spieles besitzen. Bis zuletzt flammen Hoffnungen auf, um doch nur in den endlichen Mißerfolg zu locken.“

Die „hegemoniale Dämonisierung“ sprengte nach Dehio allerdings im Ersten Weltkrieg noch nicht „das Gefüge der bestehenden Gesellschaft und Sitte, des gewachsenen Staates und seiner Überlieferung“. Doch warum, so ist zu fragen, entwickelte sie sich trotzdem gerade in Deutschland auf besonders radikale Weise weiter und führte

Europa so in einen Zweiten Weltkrieg? Die Ursache dafür sieht Dehio im Misslingen der Versailler Friedensordnung, der es nicht gelang, das alte europäische System mit seinen Hegemonialkriegen zu überwinden und an seiner Stelle die Vision Wilsons von der „Beseitigung jeder Außenpolitik im alten Sinne, d.h. jeder kampfbereiten Vielheit von Souveränitäten“ und die „friedliche Vereinheitlichung in einem weltweiten Commonwealth mit angelsächsischer Steuern“ zu verwirklichen. Stattdessen habe der Rückfall in das alte System der europäischen Staatenpolitik dazu geführt, dass Deutschland zwar von harten Siegesbedingungen gefesselt, aber nicht als Großmacht zerschlagen wurde. Deutsche Verblendung habe so die Ursachen der Niederlage nicht verstanden, sondern geleugnet; und die fortbestehende deutsche Volkskraft habe in Verbindung damit zu einem erneuten Anlauf geführt, den Ausgang des Krieges zu revidieren und die europäische Hegemonie zu erkämpfen: „Versagten die internationalen Sicherungen und Verbindungen der demokratischen Welt, so konnte nur die Rückkehr zu dem alterprobten Wege nationalen Erfolges Rettung bringen: zu Autorität im Innern und Macht nach außen.“

Dass dabei politisch der „Cäsarismus“ an die Stelle des Legitimus trat, war für Dehio eine internationale Entwicklung. Doch erneut, wie schon der Imperialismus am Vorabend des Ersten

Weltkrieges, gewann auch der Cäsarismus in Deutschland „unversehens den einzigartigen Zug ins Hegemoniale ... Deutschlands Diktator, als charismatischer Führer im Stillen schon von den Imperialisten ersehnt, wuchs sich zu einer unvergleichlich größeren Figur aus als seinesgleichen in anderen Ländern Alteuropas (...) und die von ihm verwandten Mittel steigerten sich ins singulär Grausige, mochten sie im Ansatz auch anderwärts im abendländischen Bereiche vorgebildet sein.“

Der innere Zusammenhang der „Epoche der Weltkriege“ wird hier also im deutschen Streben nach Hegemonie auf dem europäischen Kontinent und der damit verbundenen „Dämonie der Macht“ erkannt, die sich von den realen Grundlagen abgelöst, mit dem totalen Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschland schließlich zum Ende der Zeit europäischer Hegemonialkriege schlechthin geführt und so eine neue Epoche der nunmehr globalen Weltgeschichte eröffnet habe. Obwohl Dehio die objektiven Grundlagen und Zusammenhänge dieser Entwicklungen in den Mittelpunkt seiner Betrachtung rückt und die Vorstellung von einem spezifischen deutschen Wesen als Ursache davon entschieden zurückweist, hat er gleichwohl einen höchst kritischen Blick nicht nur auf die kriegerischen deutschen Hegemonialbestrebungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, sondern auch auf die politische

Kultur Deutschlands geworfen. Denn Deutschland habe, so Dehio, anders als frühe Hegemonialmächte wie etwa Frankreich im Zeitalter der Revolution und Napoleons, „keine positive geistige Mission“ entwickelt, die Europa und der Welt mehr als eine deutsche Machtexpansion geboten hätte. Das galt bereits für das Deutsche Kaiserreich im Ersten Weltkrieg, das mit seinen „deutschen Ideen von 1914“ ohne besondere Überzeugungskraft gegen den Universalismus der „Ideen von 1789“ zu kämpfen beanspruchte; und es galt noch weit mehr für den Nationalsozialismus mit seinem Projekt der gewaltsamen arischen Rassenherrschaft. In der Zusammenfassung von Dehio: „die zerstörende Gewalt dieses Krieges, soviel größer als früherer, entbehrt zugleich der wohltätigen Kompensationen jener.“

Die Rolle Deutschlands in der Epoche der Weltkriege ist bis heute umstritten geblieben, wobei vor allem die Auslösung des Ersten Weltkriegs immer wieder diskutiert wird.⁵ Während Dehio hier nicht von Schuld, sondern von Rolle und Verantwortung gesprochen, für die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs auch der gegen die deutschen Hegemonialbestrebungen gerichteten „Einkreisung“ des Reiches durch England eine wichtige Rolle beigemessen und die konkrete Auslösung des Krieges ganz außen vor gelassen hatte, änderte sich diese mit der Fischer-Kontroverse der 1960er Jahre.⁶ Fritz Fischer

arbeitete nun auch die aktive Rolle der Reichsleitung bei der Herbeiführung des Ersten Weltkrieges heraus und rief damit vehemente Widerstände gegen die Vorstellung hervor, Deutschland könne nicht nur den Zweiten, sondern beide Weltkriege des 20. Jahrhunderts verschuldet haben. Die Forschung hat seitdem vielfältige Zusammenhänge in der Frage der Kriegsursachen wie der Kriegsauslösung herausgearbeitet, eine zweifellos zentrale Rolle des Deutschen Reiches sowohl im Vorfeld des Krieges als auch in der Julikrise 1914 aufgezeigt, die nicht zuletzt politische brisante „Kriegsschuldfrage“ allerdings nicht abschließend klären können.⁷ Unbestreitbar aber scheint heute zu sein, dass die beiden Weltkriege nicht losgelöst voneinander, dass insbesondere der Zweite Weltkrieg trotz seines in vieler Hinsicht neuartigen Charakters nicht ohne den Ersten Weltkrieg verstanden werden kann und den Herrschaftsbestrebungen Deutschlands dabei eine zentrale Rolle beigemessen werden muss.⁸ Gleichwohl weisen die Zusammenhänge weit über die Fragen von Schuld und Verantwortung hinaus.

Das Zeitalter des „Totalen Krieges“

Neben der Problematik des deutschen Hegemoniestrebens in Europa ist als ein weiteres, die beiden Weltkriege verbindendes Charakteristikum immer wieder die ihnen gemeinsame Tendenz zum totalen Krieg hervorgehoben

worden.⁹ Der Begriff des „totalen Krieges“ war tatsächlich vor 1914 so nicht bekannt, er entwickelte sich erst unter dem Eindruck der spezifischen Entwicklungstendenzen des Ersten Weltkrieges, zuerst in der politischen Programmatik von Vertretern der rechtsradikalen „Action française“. In dieser Zeitschrift erschien 1916 eine zwei Jahre später auch als Buch publizierte Artikelserie von Léon Daudet unter dem Titel „La guerre totale“, die für die totale Kriegsmobilisierung Frankreichs zum Kampf bis zum Sieg warb.¹⁰ Auch wenn der 1917 gewählte Ministerpräsident Georges Clemenceau diesen Begriff (und generell die Nähe zur Action française) mied, zielte die von ihm geprägte Formel vom „guerre intégrale“ auf ein ähnliches Ziel. In der Zwischenkriegszeit waren es dann insbesondere die auf eine Revision der Niederlage drängenden deutschen Verlierer, die aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges noch effizientere Konzepte für einen neuen, noch totaleren Krieg zu entwickeln versuchten. Erich Ludendorffs 1935 veröffentlichtes Buch „Der totale Krieg“ brachte dies in klassischer Form zum Ausdruck, flankiert von ähnlich programmatischen Schriften wie Ernst Jüngers „totaler Mobilmachung“ oder Ernst Forsthoffs „totalem Staat“.¹¹ Während des Zweiten Weltkrieges war es dann insbesondere der deutsche Propagandaminister Joseph Goebbels, der im Februar 1943 angesichts einer drohenden Niederlage unter dem tosenden Beifall

eines ausgewählten Publikums im Berliner Sportpalast das nationalsozialistische Deutschland folgendermaßen auf einen totalen Krieg einzustimmen versuchte: „Ich frage euch: Wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn, wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt erst vorstellen können?“¹² Als letzter Kulminationspunkt des totalen Krieges kann schließlich der Abwurf der US-amerikanischen Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki am 6. und 8. August 1945 gewertet werden, der – getragen von der Forderung nach „unconditional surrender“ – einen Höhepunkt der totalen Zerstörung von Menschen und Materialien durch moderne Technik markiert.

Bei den bisher angeführten Schriften und Reden handelte es sich durchgängig um programmatische Texte, die eine Totalisierung des Krieges zu propagierten versuchten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden bald aber auch wissenschaftliche Konzepte entwickelt, die beide Weltkriege unter dem Signum des totalen Krieges zu verbinden versuchten. Von besonderer Bedeutung war dabei die 1954 publizierte Studie des französischen Politikwissenschaftlers Raymond Aron über „The Century of total War“¹³. Aron sah bei dieser Formulierung auch seine vom Kalten Krieg geprägte Gegenwart noch im Zeichen einer drohenden Neuaufgabe des totalen Krieges stehen. Doch zugleich fasste er

die beiden Weltkriege der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch zu einer einheitlichen Epoche des totalen Krieges zusammen. 1914, so Aron, habe man noch einen traditionellen, in wenigen Monaten beendeten Krieg erwartet, der im Laufe der Zeit aber einen anderen, zunehmend totalen oder, wie er auch schrieb, „parabolischen“ Charakter angenommen habe, der von moderner Industrie und Wissenschaft, von der ökonomischen, sozialen und ideologischen Mobilisierung ganzer Gesellschaften geprägt war und immer extremere Destruktionskräfte entwickelte. Die daraus hervorgehenden Verwerfungen waren nach Aron dafür verantwortlich, dass Europa nach dem Ende des Ersten Weltkrieges keine neue Friedensordnung herzustellen vermochte und schließlich durch das nationalsozialistische Deutschland in einen neuen totalen Krieg gestürzt wurde, der die im Ersten Weltkrieg entwickelten Ansätze noch weiter radikalisierte und ausweitete.

In der neueren Forschung sind Begriff und historische Realitäten des „totalen Krieges“ insbesondere in einer großen Serie von Konferenzen unter der Leitung von Roger Chickering und Stig Förster weiter vertieft worden. Förster hat dabei einfürend das Zeitalter des totalen Krieges größer gefasst und mit dem amerikanischen Bürgerkrieg der 1860er Jahre beginnen lassen.¹⁴ Allein die Titel der Konferenzbände zeigen allerdings an, dass die Zeit vor dem Ersten

Weltkrieg eher unter dem Gesichtspunkt vorbereitender, hinführender Tendenzen mit dem Konzept des totalen Krieges verbunden werden kann. Sie lauten „On the Road to Total War“ und „Anticipating Total War“. Die zeitlichen folgenden Titel bestätigen dagegen die Konzentration eines Zeitalters des totalen Krieges auf die Jahre 1914-1945: „Great War, Total War“ für den Ersten Weltkrieg, „The Shadows of Total War“ für die Zwischenkriegszeit und „The World at Total War“ für den Zweiten Weltkrieg. Auch die Diskussionen der letzten Jahre über die Frage, ob nicht bereits die Kriege der Französischen Revolution und Napoleons als „total“ bewertet werden können, hat letztlich eher zu einer Bestätigung dieses Eindrucks geführt. Denn trotz aller mit dem Modernisierungsschub der Französischen Revolution verbundenen militärischen, politischen und sozialen Tendenzen zu einer Totalisierung der Kriegsanstrengungen hat sich für die meisten Historiker doch der Eindruck bestätigt, dass entwickelte Formen des (in seiner vollen Bedeutung nie vollständig realisierten, eher als Idealtypus zu begreifenden) totalen Krieges nur im Kontext industrialisierter Gesellschaften möglich sind.¹⁵

In allgemeiner Weise kann das Konzept des totalen Krieges vielleicht am besten als Tendenz zur Entgrenzung klassischer Kriegsvorstellungen in räumlicher, quantitativer und qualitativer Hinsicht, konkret in Bezug auf Kriegsziele, Kriegsmethoden, gesell-

schaftliche Mobilisierung und Kontrolle definiert werden¹⁶, verbunden mit einer extremen zeitlichen Kompression oder Verdichtung des Geschehens. Schon 1887 hatte Friedrich Engels prophezeit, ein großer europäischer Krieg im Zeitalter des modernen industriellen Imperialismus werde die Zerstörungskraft des Dreißigjährigen Krieges der Jahre 1618 bis 1648 wiederholen, nun aber verdichtet in wenigen Jahren. „Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet. Hungersnot, Seuchen, allgemeine ... Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung ... in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankrott; Zusammenbruch der alten Staaten ... derart, dass die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird.“¹⁷

Die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts haben diese Voraussage des totalen Krieges tatsächlich noch bei weitem übertroffen und dabei zugleich alle Bereiche von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der beteiligten Staaten erfasst. „Wir nehmen es als gegeben hin“, so hat Hobsbawm diese Erscheinung des totalen Krieges zusammengefasst, „daß der moderne Krieg alle Bürger in Mitleidenschaft zieht und die meisten von ihnen mobilisiert;

daß er mit Waffen geführt wird, deren Produktion der Umleitung der gesamten Wirtschaft bedarf und die in unvorstellbaren Mengen eingesetzt werden; daß er unsagbare Zerstörung mit sich bringt und das Leben der beteiligten Staaten vollständig beherrscht und verwandelt. Doch all diese Phänomene traten erst bei den Kriegen des 20. Jahrhunderts auf.“¹⁸

Betrachten wir nun aber die konkreten Entwicklungen der Jahre 1914-1945, die für eine Zusammenfassung unter der konzeptionellen Perspektive des totalen Krieges sprechen. Die Entgrenzung des Krieges im Zeitalter des totalen Krieges ist vor allem auf fünf Ebenen feststellbar.

Ein erstes Spezifikum der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts kann in ihrem globalen Charakter gesehen werden. Zwar gab es vorher bereits europäische Kriege mit außereuropäischen Beteiligungen und Kriegsschauplätzen, wie etwa der Siebenjährige Krieg und die Kriege der Französischen Revolution bzw. Napoleons. Doch traten die außereuropäischen Mächte dabei zum einen nicht als selbständige Kriegsparteien auf, und zum anderen zeichneten sich die Weltkriege des 20. Jahrhunderts durch eine bisher nicht gekannte Verdichtung weltweiter kriegerischer Aktivitäten, die schließlich fast die ganze Welt gleichzeitig erfassten. 1914 bedeutet bereits der Kriegseintritt Großbritanniens die Mobilisierung des Empire und damit beträchtlicher Teile der Welt. Wenig

später wurde durch den Kriegseintritt des Osmanischen Reiches die arabische Welt in den Krieg hineingezogen. Demgegenüber blieb der Kriegseintritt Japans von eher geringer Bedeutung, weil das Inselreich sich mit der Besetzung der deutschen Kolonien in Fernost begnügte. Im Jahre 1917 schließlich traten nicht nur die USA in den Krieg ein, sondern es folgten viele andere Länder, insbesondere Lateinamerikas und China. Der Zweite Weltkrieg, dessen Beginn üblicherweise mit dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September festgemacht wird, auf den Kriegserklärungen Englands und Frankreichs gegen das nationalsozialistische Deutsche Reich folgten, hatte bereits 1937 ein wesentliches Vorspiel, als Japan die Mandschurei besetzte und damit seinen Eroberungszug in Asien begann. Während der Krieg in Europa mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion weiter eskalierte, führte der japanische Angriff auf den amerikanischen Kriegshafen von Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 schließlich zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, sowohl im Pazifik als auch in Europa.

Neben der Globalisierung kann ein zweites Charakteristikum des totalen Krieges in der Vielzahl der mobilisierten und der gefallenen Soldaten gesehen werden. Im Ersten Weltkrieg wurden insgesamt weltweit etwa 60 Millionen Soldaten mobilisiert, von denen ca. 10 Millionen ums Leben kamen und 20 Millionen ernsthaft verwundet wurden; annähernd

10 Millionen Soldaten kamen in Kriegsgefangenschaft. Der Zweite Weltkrieg übertraf diese bislang kaum vorstellbaren Formen der Massenmobilisierung und des Massensterbens noch einmal, teilweise um ein Mehrfaches: Mehr als 110 Millionen Männer traten insgesamt unter Waffen, davon fanden bis zu 30 Millionen den Tod, unter Einschluss der Zivilisten kamen insgesamt sogar 60-70 Millionen Menschen im Zweiten Weltkrieg ums Leben. Die Kriegsgewalt traf dabei nun in immer höherem Maße nicht nur die Soldaten, sondern auch die Zivilbevölkerung. Zu Wirtschaftskrieg und Besatzungsgewalt trat, nach ersten Anfängen im Ersten dann vor allem im Zweiten Weltkrieg, der Bombenkrieg gegen die zivile Bevölkerung hinzu, der mit dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki seinen Höhepunkt erreichte.

Kriege dieser Dimensionen waren, drittens, nur als industrialisierte Kriege möglich, die nicht nur mit modernen, industriell produzierten Waffen geführt wurden, sondern in denen die beteiligten Staaten für ihre „Materialschlachten“ insgesamt die vielfältigen Potentiale einer Industriegesellschaft benötigten. Die Massenproduktion von Waffen und Munition, insbesondere von Kanonen und Granaten, wurde zur entscheidenden Voraussetzung für eine erfolgreiche Kriegsführung an der Front, hinzu kam die wissenschaftlich begründete Entwicklung neuer, immer wirkungsvollerer Waffentechnologien mit

höherer Feuergeschwindigkeit und Durchsetzungskraft. Insbesondere die „Blutmühle“ von Verdun, wo 1916 in einer sechsmonatigen Schlacht mit Trommelfeuer und Feuerwalze im Grabenkrieg um ein Grenzfort hunderttausende Soldaten getötet wurden, entwickelte sich zum Inbegriff industrialisierter Kriegsführung. Im Ersten Weltkrieg waren vor allem die so genannten Tanks, Panzer, am Ende von großer Wichtigkeit. Kampfflugzeuge blieben noch weitgehend auf den Einsatz über den Schlachtfeldern begrenzt, erst im Zweiten Weltkrieg gewannen Bombenflugzeuge mit großem Aktionsradius eine kriegsentscheidende Bedeutung. Während die wissenschaftliche Kriegsforschung in Deutschland vor allem die Entwicklung moderner Raketen voranzubringen versuchte, setzten die USA mit ihrem „Manhattan-Project“ letztlich erfolgreicher auf die Entwicklung der Atombombe.

Im industrialisierten Krieg gewann so, viertens, die sog. „Heimatfront“ eine kriegsentscheidende Bedeutung. Der Begriff entstand in Deutschland überhaupt erst während des Ersten Weltkrieges. Er zielte vor allem auf die Wirtschaftskraft, die zur entscheidenden Voraussetzung industrieller Kriegsführung wurde. Es entstanden nicht nur Riesenbetriebe, um die gewaltigen Mengen an Waffen und Munition zu produzieren, die an der Front benötigt wurden. Wirtschaft und Gesellschaft mussten vielmehr insgesamt auf die Bedürfnisse des

Krieges hin organisiert werden. Das galt für die schwerindustrielle Produktion ebenso wie für die Zuteilung der benötigten Rohstoffe und Arbeitskräfte, für die Transportkapazitäten und nicht zuletzt für die Versorgung von Militär und Gesellschaft mit Lebensmitteln. Eine volkswirtschaftliche Gesamtplanung für die Zwecke des Krieges wurde benötigt, wie sie im Ersten Weltkrieg etwa in Deutschland 1916 mit dem „Hindenburgprogramm für die Erzeugung von Heeresbedarf“ hervortrat, das nicht nur die Kriegsproduktion erhöhen sollte, sondern beispielsweise auch den Arbeitszwang für alle nicht an die Front eingezogen Männer einführte und vielfältige Anreize zu setzen versuchte, um auch Frauen für die Arbeit in den Rüstungsbetrieben zu motivieren. Wissenschaftliches Management in der Betriebsführung wurde ebenso forciert wie technologische Neuerungen in den Produktionsprozessen. In zunehmendem Maße staatlich geplant und organisiert wurde ferner die Produktion und Verteilung von Lebensmitteln, die ebenfalls kriegsentscheidende Bedeutung gewinnen konnte. So führte die rigorose Konzentration auf die Rüstungswirtschaft in Deutschland, verbunden mit der englischen Seeblockade, während des Ersten Weltkrieges zu gravierenden sozialen Notlagen und Hungersnöten, denen nicht nur etwa 700.000 Menschen zum Opfer fielen, sondern die bei Kriegsende auch zu sozialen Unruhen und schließlich zur Revolution führten. Manche

Historiker sehen darin sogar eine wesentliche Ursache für die deutsche Kriegsniederlage¹⁹. Die Nationalsozialisten, die selbst an die Propaganda vom „Dolchstoß“ der Heimat in den Rücken der „im Felde unbesiegten“ deutschen Truppen glaubten, versuchten im Zweiten Weltkrieg daraus zu lernen. Unter der Parole „Kanonen und Butter“ versuchten sie lange erfolgreich, eine gute Versorgung der Heimat sicherzustellen; nicht zuletzt durch die rigorose Ausbeutung der Bevölkerung in den von ihnen besetzten Ländern.

Die Mobilisierung ganzer Gesellschaften für die Zwecke des Krieges hatte, fünftens, eine ausgeprägt propagandistische Dimension, die mit der Entwicklung radikaler Feindbilder auch die Zielsetzung des Krieges immer mehr entgrenzte und den „totalen Sieg“ zur *conditio sine qua non* der Kriegsbeendigung werden ließ.²⁰ Der Erste Weltkrieg wurde so schnell zu einem „Kulturkrieg“, einem „Krieg der Geister“, in dem es nicht um unterschiedliche Interessen zu gehen schien, sondern in dem fundamental gegensätzliche, einander ausschließende Prinzipien um ihr Lebensrecht kämpften. Die „deutsche Kultur“ und die „westliche Zivilisation“ schienen miteinander zu ringen, Völkerrecht gegen Barbarei, Demokratie gegen Despotie, nationale Wesenheiten gegen universelle Rechtsansprüche. Wachsende Propagandaapparate versuchten, den Sinn und die Notwendigkeit des

Krieges zu rechtfertigen, um die Menschen so zum „Durchhalten“ zu motivieren. In Verbindung mit den riesigen Opfern, die dieser Krieg erfordert hatte, erschien ein Verständigungskrieg als Verrat am nationalen Kriegseinsatz, das nur durch einen vollständigen Sieg gerechtfertigt erschien. Sowohl der unter deutscher Vorherrschaft gegen das junge Sowjetrußland durchgesetzte Friede von Brest Litowsk als auch die 1919 von den alliierten Siegermächten diktierten Friedensschlüsse der Pariser Vorortverträge gingen daraus hervor. „Unconditional Surrender“ lautete die schon im amerikanischen Bürgerkrieg entwickelte Formel für den 1917 vom neuen französischen Ministerpräsidenten Georges Clémenceau proklamierten „guerre à outrance“, die 1918 zwar nicht vollständig praktiziert wurde, aber doch hinter den Forderungen des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson gegenüber der deutschen Reichsregierung und dem am 11. November 1918 geschlossenen Waffenstillstandsabkommen stand. Noch weiter ging die propagandistische Zuspitzung der Feindschaft im Zweiten Weltkrieg, zuerst zwischen dem Nationalsozialismus und der westeuropäischen Demokratie, dann vor allem im Krieg zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion. Hier stand am Ende nun allein die Entscheidung zwischen Kampf bis in den Untergang oder vollständiger Kapitulation, totaler

Unterwerfung und Besatzungsherrschaft.

Der totale Krieg gegen die Zivilbevölkerung ging allerdings über kriegerisch begründete Maßnahmen weit hinaus. Er zielte immer stärker auf ganze Bevölkerungsgruppen und nahm die Form des Vernichtungskrieges und Völkermordes an. Im Ersten Weltkrieg war es noch eine Ausnahme, als die jungtürkische Regierung in den Jahren 1915/16 die Vernichtung des armenischen Volkes betrieb; etwa eine Million Menschen fielen diesem Genozid zum Opfer.²¹ Im Zweiten Weltkrieg verband der Nationalsozialismus insbesondere, aber keineswegs nur in Osteuropa, Krieg und Völkermord fast unauflöslich miteinander. Im Zentrum stand dabei zuallererst die Vernichtung des europäischen Judentums; etwa sechs Millionen jüdische Menschen wurden in Massenhinrichtungen und Todesfabriken umgebracht.²² Und das Ziel der völkischen Neuordnung Europas beinhaltete noch weitere Vernichtungsprogramme gegen viele andere Bevölkerungsgruppen, was vielfältige Widerstandsbewegungen hervorrief. Osteuropa, insbesondere Weißrußland und die Ukraine, wurden so in den letzten Kriegsjahren zu „Bloodlands“, in denen Millionen Menschen ums Leben kamen.²³ Um diese Entwicklungen erklären zu können, reichen die Bedingungen und Formen des totalen Krieges indes nicht aus.

Zwischen Analyse und Ideologie: Ernst Noltes „Europäischer Bürgerkrieg“

Es spricht manches dafür, die Zeit der Weltkriege aus europäischer Perspektive mit Ernst Nolte als Ausdruck eines „europäischen Bürgerkriegs“ zu deuten.²⁴ Diese Zeit war geprägt von bewaffneten Auseinandersetzungen um hochgradig ideologisierte politische Ziele, die nicht nur kriegerisch zwischen Staaten ausgetragen wurden, sondern zugleich auch nationale Grenzen überschritten und auf militante Weise innerhalb der europäischen Gesellschaften stattfanden. Seit Ende des Ersten Weltkrieges entwickelte sich in den Jahren 1918 bis 1920 der schließlich von den Bolschewiki gewonnene Bürgerkrieg zwischen Roten und Weißen Kräften in Rußland, begleitet von Interventionen der Westmächte und gefolgt vom Krieg zwischen Sowjetrußland und Polen. 1936 bis 1939 folgte der spanische Bürgerkrieg, in dem sich die rechtsgerichteten politischen Kräfte unter Führung von General Franco, unterstützt vom nationalsozialistischen Deutschen Reich und vom faschistischen Italien, gegen die linksorientierten Republikaner durchsetzen konnten, die wiederum zum Symbol des Widerstands gegen den Faschismus wurden, auf deren Seite Freiwillige aus vielen Ländern Europas kämpften. Dazwischen kam es in einer Reihe von europäischen

Staaten, darunter auch in Deutschland, nicht nur zu einem „Bürgerkrieg der Erinnerungen“ an den Ersten Weltkrieg und seine Folgen²⁵, sondern auch zu rechten wie linken Aufständen, die in bürgerkriegsartigen Kämpfen niedergeschlagen wurden. Seit 1933 schließlich unterdrückte der Nationalsozialismus nicht nur in Deutschland alle anderen politischen Kräfte, sondern er förderte auch faschistische Bewegungen in vielen anderen europäischen Ländern, bevor es 1939 mit dem Überfall auf Polen seinen hochgradig ideologisierten Vernichtungskrieg begann.

Für Nolte sind diese Zusammenhänge allerdings nicht hinreichend, denn, wie er schreibt, „von einem *europäischen Bürgerkrieg* kann nicht die Rede sein, wenn man die einzelnen Länder Europas gleichmäßig und vor allem im Hinblick auf ihre wechselseitigen Beziehungen ins Auge faßt.“ Um als Signum der Epoche gelten zu können, musste aus seiner Perspektive ein „neuartiges und ganz unerwartetes Phänomen“ hinzukommen, nämlich die Bildung von „zwei Parteien, die auf den Bürgerkrieg ausgerichtet waren und die dieser Ausrichtung eine ideologische Begründung gaben. Beide Parteien hatten einen Staat in Besitz genommen, und beide verfügten in vielen Ländern über Sympathisanten und Anhänger.“ Gemeint sind damit der Bolschewismus und der Faschismus, der 1922 in Italien an die Macht gelangte. Erst die Machtgreifung des Nationalsozialismus

1933 mit seiner noch viel weiterreichenderen Kraft machte es in Noltes Sichtweise dann „wahrscheinlich, daß Europa endgültig in eine neue Epoche eingetreten war, die nach neuartigsten und hinfort bestimmendsten Erscheinung *Epoche des Faschismus* genannt werden muß und die eben deshalb die Epoche des europäischen Bürgerkrieges war ...“

Hier spielt Nolte auf sein erstes und wohl einflussreichstes Hauptwerk an, das erstmals 1963 erschienene Buch „Der Faschismus in seiner Epoche“, in dem er die Action française, den italienischen Faschismus und den Nationalsozialismus mit einander verglichen und so die vergleichende Faschismusforschung mitbegründet hatte.²⁶ Zugleich griff er aber auch ein Thema wieder auf, das kurz vor Erscheinen des „europäischen Bürgerkriegs“ 1986 im Mittelpunkt des sog. Historikerstreits über die historische Bedeutung des Nationalsozialismus und seiner Menschheitsverbrechen, insbesondere des Holocaust, der Vernichtung des europäischen Judentums, gestanden hatte.²⁷ Ernst Nolte war einer der Hauptprotagonisten dieses Historikerstreits gewesen, in dem er eine Reihe letztlich apologetischer Thesen vertreten bzw. durch rhetorische Fragen insinuiert hatte. Auschwitz erschien dabei als eine „asiatische Tat“, nur begangen aus der Angst, selbst Opfer einer „asiatischen Tat“ werden zu sollen. Gemeint waren damit die Massenmorde der Bolschewiki, die für Nolte als

„Klassenmord“ dem „Rassenmord“ nicht nur zeitlich vorausgingen, sondern auch in einem kausalen Zusammenhang standen, „ursprünglicher als Auschwitz“ waren und damit ein „logisches wie praktisches Prius“ zu den nationalsozialistischen Massenverbrechen darstellten, die so als eine „zeitgerechte“, durchaus verständliche Reaktion erschienen.

Wie der Historiker Heinrich August Winkler aufgezeigt hat, blieb diese Argumentationsstruktur auch Noltes Werk über den „europäischen Bürgerkrieg“ eingeschrieben. „Indem er den Antibolschewismus, der unstreitig ein Wesensmerkmal des Nationalsozialismus war, zu seinem Wesenskern erhebt, läßt er den Nationalsozialismus als das erscheinen, was er vor allem seit dem Juni 1941, dem Beginn des Angriffskrieges gegen die Sowjetunion, vorgab zu sein: die Vorhut Europas gegenüber der bolschewistischen Weltgefahr.“²⁸ Der Nationalsozialismus war demnach kein spezifisch deutscher Radikalfaschismus, sein Antisemitismus spielte nur eine untergeordnete Rolle als Funktion des Antimarxismus. Im Kern war er Ausdruck einer übergreifenden Widerstandsbewegung gegen, ja er war eine „vorhersehbare und durch den späteren Geschichtsverlauf im Kern gerechtfertigte Reaktion“ auf den Bolschewismus, der zu seinem „Schreckbild und Vorbild zugleich“ wurde.

Das Hauptproblem der von Nolte vertretenen Konzeption des „europäischen Bürgerkriegs“ ist

wohl in der allzu engen, viele Verzeichnungen erst ermöglichenden Konzentration auf seine „beiden Hauptantagonisten“ zu sehen: „der Bolschewismus, der seit 1917 ein Staat war, und der Nationalsozialismus, der 1933 ein Staat wurde.“ Deutlich werden hier vor allem zwei willkürliche Begrenzungen: Zum einen die Festlegung des Beginns auf die russische Oktoberrevolution von 1917, obwohl doch bereits mehr als drei Jahre lang ein Weltkrieg tobte, dessen Protagonisten ebenfalls hochgradig ideologisierte Ziele verfolgten; und zum anderen die Auslassung der (liberalen wie sozialistischen) Demokratie, die zwar nicht, wie der Bolschewismus und der Nationalsozialismus, aktiv den Bürgerkrieg proklamierte, die aber gleichwohl nolens volens zur Bürgerkriegspartei wurde, wenn sie sich nicht unterwerfen wollte. Unter dieser Perspektive betrachtet, begann der „europäische Bürgerkrieg“ nicht 1917, sondern mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges im Jahre 1914, und ideologisch stand im Mittelpunkt erst einmal die Auseinandersetzung zwischen der westlichen Zivilisation und Demokratie auf der einen, dem „deutschen Militarismus“ auf der anderen Seite, der im „Kulturkrieg“ zu einem Wesenskern der „deutschen Kultur“ erhoben wurde.²⁹ Am Ende des Ersten Weltkrieges stand die Demokratie mit dem Sturz der regierenden Monarchien und der Bildung demokratischer Republiken in Mitteleuropa nur

kurz als Sieger da. Denn abgesehen von Sowjetrußland gelangten in den zwanziger und dreißiger Jahren fast überall rechtsgerichtete, nationalistische bis faschistische Regime an die Macht. Nur in West- und Nordeuropa blieb die Demokratie zumeist erhalten, bis das nationalsozialistische Deutschland zuerst Frankreich und die Beneluxstaaten, schließlich auch Dänemark und Norwegen besetzte und Großbritannien in die Knie zu zwingen versuchte, bevor es seinen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion begann. Anders als Nolte es wünschenswert erscheinen lässt, war der Nationalsozialismus keineswegs die radikale Speerspitze der Verteidigung des zivilisierten Abendlandes gegen die „asiatische Barbarei“ des Bolschewismus. Im Gegenteil, die westliche Demokratie und die bolschewistische Sowjetunion erkannten im nationalsozialistischen Deutschland den Feind jeder Zivilisation, den sie schließlich gemeinsam zu besiegen vermochten. Erst danach traten ihre Wesensunterschiede und Gegensätze wieder in den Vordergrund.

Der „Zweite Dreißigjährige Krieg“

Die Denkfigur eines „zweiten dreißigjährigen Krieges“ im Europa der Jahre 1914 bis 1945³⁰ ist mit dem Rekurs auf von den religiösen Auseinandersetzungen im Gefolge der Reformation geprägten kriegerischen Ausein-

dersetzungen der Jahre 1618 bis 1648 zweifellos konzeptionell weniger klar umrissen als die eines „europäischen Bürgerkrieges“. Sie ist zugleich aber in der Lage, ihre wesentlichen Stärken aufzugreifen, ohne die gravierenden ideologischen Beschränkungen übernehmen zu müssen. Zuerst einmal nimmt sie im Verhältnis von Krieg und Bürgerkrieg keine begriffliche Entscheidung vorweg, sondern betont die vielfältigen Verbindungen zwischen förmlichen Staatenkriegen und den vielfältigen ideologischen Auseinandersetzungen zwischen wie innerhalb der europäischen Gesellschaften. Den Beginn setzt sie aber treffenderweise 1914 und eröffnet damit zugleich ein breiteres, nicht auf den Konflikt zwischen Faschismus und Bolschewismus begrenztes Feld. Und die Periode von 1914 bis 1945 wird dabei ebenfalls im europäischen Zusammenhang gedacht, bietet zugleich aber darüber hinausweisende Möglichkeiten, um den zunehmend globalen Charakter schon des Ersten und dann vor allem des Zweiten Weltkrieges in den Blick zu bekommen.

Vorstellungen von einem nun nicht mehr religiös, sondern stattdessen politisch-kulturell begründeten europäischen Schisma und einem darauf basierenden „zweiten Dreißigjährigen Krieg“ in Europa, waren auch in den zeitgenössischen Deutungen schon vorhanden. So konstatierte etwa der deutsche Dichter Rudolf Borchardt im Jahre 1916 angesichts des propagandistischen

„Kulturkrieges“ zwischen westlicher Zivilisation und Demokratie auf der einen, deutscher Kultur und deutschem Militarismus auf der anderen Seite „das neue Schisma Europas, der neue tiefe und ewig unheilbare Spalt bis in die Wurzeln der okzidentalen Gesittung, geschlagen wie jener erste durch das abendländische Christentum, so diesmal durch das Herz der abendländischen Kultur.“³¹ Und General Charles de Gaulle kam 1941 als Leiter des Freien Frankreich im Londoner Exil zu dem Schluss: „En réalité, le monde fait la guerre de trente ans, pour ou contra la domination universelle du germanisme.“³² Hier tritt uns erneut die schon Dehio bekannte und auch in vielen anderen Interpretationen mit guten Argumenten vertretene Auffassung entgegen, dass ein deutsches Vormachtstreben im Zentrum der beiden Weltkriege gestanden habe. Für eine Gesamtdeutung des „Katastrophenzeitalters“ der Weltkriege reicht diese Beurteilung indes nicht aus.

Wenn Historiker die Metapher eines zweiten Dreißigjährigen Krieges gebrauchen, geht es ihnen in der Regel um vier zentrale, den Zusammenhang stiftende Aspekte: Zum ersten rücken sie den im Kern europäischen Charakter der Konflikte in den Mittelpunkt, die sich, wie Fritz Stern argumentiert, im Rückblick „als ein Drama der Selbstzerstörung Europas dar(stellen).“³³ Zum zweiten wird die extreme Ideologisierung der politischen und militärischen

Auseinandersetzungen in Analogie zu den religiösen Konflikten des 17. Jahrhunderts gesehen, die jeweils als Grundlage für – nunmehr im 20. Jahrhundert säkularisierte – „Heilige Kriege“ dienen konnten. Zum dritten zielt die Metapher auf die Brutalisierung und Zerstörungskraft der Kämpfe, die eine Spur der Verwüstung hinterließen; „Wenn der Erste Weltkrieg“, so noch einmal Stern, „der Auftakt zur Verrohung, zur Gewalt, zum totalen Schrecken war, so brachte der Zweite Weltkrieg die gesteigerte Kontinuität des Grauens.“ Schließlich und viertens geht es zusammenfassend um den krisenhaften Gesamtzusammenhang, in dem in beiden Fällen eine alte Ordnung zerbrach und eine neue Ordnung entstand. Arno Mayer „used the concept of ‚general crisis‘ familiar to every historian of the seventeenth century (...) and applied it to the twentieth century. He highlighted great destabilizing tensions in state and society in both periods. He pointed out that epochs of general crisis are also times of general war, with links between domestic dislocations and international conflict. He saw the seventeenth-century’s politicized clash between Protestantism and Catholicism as both a cause and an effect of what he called ‚Europe’s great unsettlement‘. And he used the ferocity of religious passions and an analogy to the ideological passions that fuelled the Second World War. Crucial to both epochs, for him, was the sense

of ‚holy war‘. This brought him to his central comparison. ‚Europe’s second epoch of general crisis and war became so uniquely violent‘, he argued, ‚by reason of the conjunction of total war and ideological crusade in the Third Reich’s eastern campaign against the Soviet Union.“³⁴ Doch trotz oder vielmehr gerade wegen der exzessiven Destruktionsdynamik des Zweiten Weltkrieges wurden am Ende auch die vielfältigen Krisenfaktoren zerstört, die den „zweiten Dreißigjährigen Krieg“ angetrieben hatten. Man mag an der Berechtigung von Ian Kershaws Urteil zweifeln, dass 1945 „like 1648 (...) perhaps the most important turning-point in European history“ oder gar „in history“ gewesen sei. Zweifellos aber handelte es sich um eine einschneidende Zäsur, die eine zutiefst von Krieg und Bürgerkrieg geprägte Phase der europäischen Geschichte beendet, und durch eine vergleichsweise friedliche und zugleich ökonomisch-sozial prosperierende Entwicklung abgelöst hat. Und vieles spricht zugleich für Kershaws Einschätzung, dass im Kern dieser Zäsur Deutschland stand: „The main shift was in Germany itself. Hitler invited – and got – total destruction, which perversely gave Germany as well as Europe a new chance.“

Jörg Echternkamp hat unter verschobener Perspektive den heuristischen Wert des Denkmodells vom „zweiten Dreißigjährigen Krieg“ auszuloten versucht und mit Bezug auf Bruno

Thoß und Gerhard Hirschfeld auf ähnliche Weise vier Ebenen unterschieden, die das Konzept des zweiten Dreißigjährigen Krieges in seinen spezifisch modernen Dimensionen inhaltlich füllen und die spezifischen Beziehungen zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg bestimmen können: „1) Die Ausweitung von kriegerischer Gewalt, ihrer Mittel und Methoden, unter den Bedingungen einer industrialisierten Kriegsführung, 2) die räumliche Ausbreitung des Krieges, 3) die Entgrenzung des Krieges als eines gesellschaftlichen Prozesses. (...) 4) die ideologische und propagandistische Vorbereitung der Weltkriege, die ‚geistige Mobilmachung‘.“³⁵

Zugleich konstatiert Echternkamp ein „Paradox der Periodisierung: die Formel wird um so ungenauer, je mehr die Nachteile durch ein Ausgreifen auf die Zeit von 1914 und nach 1945 wettgemacht werden sollen.“³⁶ Dieses Problem gilt allerdings für jede Periodisierung, und gerade für die Jahre 1914 und 1945 lassen sich auch ohne die Vernachlässigung von Voraussetzungen und Wirkungen doch viele Argumente anführen, die es plausibel erscheinen lassen, jeweils von einschneidenden historischen Zäsuren auszugehen. In Europa begann ein fast allgemeiner Krieg, wie es ihn seit den napoleonischen Kriegen hundert Jahre zuvor nicht mehr gegeben hatte, und dieser im Kern europäische Krieg gewann schon 1914 mit dem Kriegseintritt des Britischen Empire,

des Osmanischen Reiches und - allerdings eingeschränkt - Japans, 1917 dann mit dem Kriegseintritt der USA und vieler anderer Staaten einen globalen Charakter, der alle weltweit ausgetragenen früheren Konflikte weit überflügelte. Dieser Erste Weltkrieg fand zugleich in einer Phase des Übergangs zwischen der vor allem in und durch Europa bürgerlich geprägten Welt des 19. Jahrhunderts und der herausziehenden Massenkultur und Massengesellschaft des 20. Jahrhunderts statt, die wesentlich durch die Erfahrungen und Auswirkungen des Krieges geprägt wurden. Zweifellos war er in vieler Hinsicht Folge und Ausdruck einer Krise der europäischen Moderne, die schon vor 1914 ihre vielfältigen inneren Widersprüche zu enthüllen begonnen hatte. Ebenso zweifellos aber gewann diese Krise seit 1914 eine ganz neuartige, zutiefst von ideologischer Gewalt geprägte Qualität, die auch in der sog. Zwischenkriegszeit nicht aufgelöst werden konnte. Der Frieden von Versailles vermochte keinen dauerhaften Frieden zu stiften, die Kriegsfolgen verschärften die ökonomischen, sozialen und politischen Konflikte innerhalb der europäischen Gesellschaften und zwischen den europäischen Staaten, Kriege und bürgerkriegsartige Auseinandersetzungen schwelten auf vielen Ebenen fort und führten schließlich in den Zweiten Weltkrieg. Auch wenn mit der totalen Niederlage des nationalsozialistischen Großdeutschen Reiches 1945 nicht in jeder Hinsicht die oft

beschworene „Stunde null“ verbunden war, fanden damit doch viele Entwicklungen ein Ende, die seit 1914 eine dominierende Rolle gespielt hatten; und es begann, im Schatten von Blockkonfrontation und „kaltem Krieg“, aber auch im Zeichen von Frieden und Wohlstand, im Westen auch von Freiheit und Demokratie, eine neue Phase der deutschen wie der europäischen und nicht zuletzt auch der Weltgeschichte.

Europa im Zeitalter globaler Weltkriege

Zweifellos ergibt sich ein „Zeitalter der Weltkriege“ erst in der Rückschau. Betrachtet man die geschichtlichen Entwicklungsmöglichkeiten aus der Mitte der 1920er Jahre heraus, so ergeben sich auch ganz andere Perspektiven. In Deutschland hatte die Weimarer Republik ihre Gründerkrisen überwunden, Europa befand sich auf dem Weg zu neuer Prosperität und entwickelte Projekte einer vertieften europäischen Zusammenarbeit, überall wurden Projekte zur Neugestaltung der Zukunft entworfen, der Wohlfahrtsstaat wurde überall ausgebaut, die moderne Kultur war auf dem Weg zu neuer Blüte, die Gesellschaft befand sich auf dem Weg zu neuen Formen demokratischer Massenkultur, und auch in der neu gegründeten Sowjetunion schienen noch viele Entwicklungsmöglichkeiten offen zu stehen. Wie brüchig all dies war, wurde erst in den 1930er Jahren wieder

deutlich, als die Weltwirtschaftskrise die ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen nachhaltig verschlechterte, als autoritäre und faschistische Bewegungen überall an Boden gewannen und sich in der Sowjetunion der Stalinismus durchsetzte. Insbesondere der deutsche Radikalfaschismus bereitete mit seinem Revisionismus und seinen rassistisch begründeten Eroberungsplänen nun aktiv einen neuen Großkrieg in Europa vor, der 1939 mit dem Angriff auf Polen begann und 1945 mit dem totalen Zusammenbruch des Großdeutschen Reiches sein Ende fand.

Wie oben mit verschiedenen Erklärungsansätzen erläutert, spricht aus dieser Perspektive vieles dafür, die Jahre 1914 bis 1945 als eine durch die Weltkriege konstituierte Phase der europäischen Geschichte zu betrachten. Weitgehend ausgeblendet blieb dabei aber bisher die mit dem Begriff der „Weltkriege“ verbundene Einordnung der Rolle Europas in die globalen Zusammenhänge einer Weltgeschichte. Während der Erste Weltkrieg im Kern ein europäischer Konflikt mit weltweiter Ausstrahlung war³⁷, kann dies für den Zweiten Weltkrieg so nicht mehr gelten. Auch er hatte, wie gezeigt, eine tiefe Fundierung in den vielfältigen innereuropäischen Konfliktherden, die nicht nur aus der Abwicklung des Ersten Weltkrieges, sondern allgemeiner aus den ungelösten Widersprüchen der europäischen Moderne hervorgingen. Aber

der Zweite Weltkrieg wies mit dem asiatisch-pazifischen Kriegsschauplatz einen zweiten, in vieler Hinsicht gleichrangigen Großkonflikt auf, dessen Verbindung mit dem Krieg in Europa nur über globale Analysekonzepte hergeleitet werden kann.³⁸ Möglich wurde diese Verbindung nur im Gesamtzusammenhang einer Phase der Weltgeschichte, die durch den Ersten Weltkrieg und nicht zuletzt mit dem Aufstieg der USA einen enormen Globalisierungsschub erlebt und in der Zwischenkriegszeit eine so bisher nicht gekannte globale Verflechtung ausgebildet hatte, in der die Stellung Europas in der Welt nachhaltig relativiert und im Zweiten Weltkrieg dann endgültig zerstört wurde.³⁹

Anmerkungen

- 1 Vgl. einführend Franz J. Bauer, *Das „lange“ 19. Jahrhundert. Profil einer Epoche*, Stuttgart 2004
- 2 Vgl. Eric J. Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995.
- 3 So Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, Wiesbaden 1946
- 4 Ludwig Dehio, *Deutschland und die Epoche der Weltkriege*, in: ders., *Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert*, Frankf./M. 1961, S. 9-32, hier S. 32; die folgenden Zitate S. 12, 14, 16, 17f., 32.
- 5 Vgl. zuletzt die Diskussion über Christopher Clark, *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2013.
- 6 Vgl. zur Kriegsschulddiskussion einführend Wolfgang Jäger, *Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland*, Göttingen 1984.

- 7 Vgl. zuletzt Annika Mombauer, Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg, München 2014.
- 8 Vgl. Gerd Krumeich (Hrsg.), Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg, Essen 2010.
- 9 Vgl. einführend Daniel Marc Segesser, Controversy: Total War, in: 1914-1918 - online. International Encyclopedia of the First World War (WW1).
- 10 Léon Daudet, La guerre totale, Paris 1918.
- 11 Erich Ludendorff, Der totale Krieg, München 1936; Ernst Jünger, Die totale Mobilmachung, in: ders. (Hrsg.), Krieg und Krieger, Berlin 1930, S. 9-30; Ernst Forsthoff, Der totale Staat, Hamburg 1934; zur Einordnung Hans-Ulrich Wehler, Der Verfall der deutschen Kriegstheorie. Vom „Absoluten“ zum „Totalen“ Krieg, oder von Clausewitz zu Ludendorff., in: ders. (Hrsg.), Krisenherde des Kaiserreichs 1871-1918, Göttingen 1970, S. 85-112; Ludolf Herbst, Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939-1945, Stuttgart 1982.
- 12 Vgl. Iring Fetcher, Joseph Goebbels im Berliner Sportpalast 1943: „Wollt ihr den totalen Krieg?“, Hamburg 1998.
- 13 Raymond Aron, The Century of Total War, Boston 1954; vgl. Auch Arthur Marwick, Britain in the Century of Total War, London 1968; Volker Berghahn u. Martin Kitchen (Hrsg.), Germany in the Age of Total War, London u. a. 1981.
- 14 Vgl. Stig Förster u. Jörg Nagler (Hrsg.), On the Road to Total War. The American Civil War and the German Wars of Unification, 1861-1871, Washington u. a. 1997; Manfred F. Boemeke, Roger Chickering u. Stig Förster (Hrsg.), Anticipating Total War. The German and American Experiences, 1871-1914, Washington u. a. 1999; Roger Chickering u. Stig Förster (Hrsg.), Great War, Total War. Europe, East Asia and the United States 1919-1939, 2003; Roger Chickering, Stig Förster u. Bernd Greiner (Hrsg.), A World at Total War. Global Conflict and the Politics of Destruction, 1937-1945, 2005.
- 15 Vgl. David A. Bell, The First Total War. Napoleon's Europe and the birth of modern warfare, London 2008; Roger Chickering u. Stig Förster (Hrsg.), War in an Age of Revolution 1775-1815, Cambridge/Mass. 2010.
- 16 Vgl. Stig Förster, Introduction, in: ders. u. Nagler (Hrsg.), Great War, Total War, S.1-15.
- 17 Friedrich Engels, Einleitung zu Sigismund Bornheims Broschüre „Zur Erinnerung an die deutschen Mordspatrioten. 1806-1807“, In: Karl Marx u. Friedrich Engels, Werke, Bd. 21, Berlin/DDR 1962, S. 346-351.
- 18 Hobsbawm, Zeitalter der Extreme, S. 65.
- 19 Vgl. Richard Wall u. Jay M. Winter (Hrsg.), The Upheaval of War. Family, Work, and Welfare in Europe, 1914-1918, Cambridge 1988.
- 20 Vgl. Arno J. Mayer, Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die „Endlösung“, Reinbek b. Hamburg 1989.
- 21 Vgl. einführend Boris Barth, Genozid. Völkermord im 20. Jahrhundert, München 2006, S. 62-77.
- 22 Vgl. grundlegend Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982 (Orig. Chicago 1961).
- 23 Timothy Snyder, Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, München 2011 (Orig. New York 2010).
- 24 Ernst Nolte, Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Frankfurt/M. u. Berlin 1987; die im Folgenden nicht einzeln ausgewiesenen Zitate S. 4, 5, 6, 7, 17, 22.

- 25 So Edgar Wolfrum, *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, Göttingen 2001, S. 37.
- 26 Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche. Action française - Italienischer Faschismus - Nationalsozialismus*, München 1963.
- 27 Vgl. einführend Richard J. Evans, *Im Schatten Hitlers? Historikerstreit und Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik*, Frankf./M. 1991.
- 28 Heinrich August Winkler, *Ein europäischer Bürger namens Hitler*, in: *Die Zeit*, 4.12.1987.
- 29 Vgl. Reinhard Rürup, *Der „Geist von 1914“ in Deutschland*, in: Bernd Hüppauf (Hrsg.), *Ansichten vom Krieg. Vergleichende Studien zum Ersten Weltkrieg in Literatur und Gesellschaft*, Königstein Ts. 1984, S. 1-30; Wolfgang J. Mommsen, *Der Geist von 1914. Das Programm eines politischen Sonderwegs der Deutschen*, in: ders., *Nation und Geschichte*, München u. Zürich 1990, S.87-105.
- 30 Vgl. grundlegend Hobsbawm, *Zeitalter der Extreme; für Deutschland* Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4: 1914-1949, München 2003.
- 31 Rudolf Borchardt, *Der Krieg und die deutsche Verantwortung. Rede 1916 vor der Deutschen Gesellschaft von 1914*, abgedr. in: ders., *Prosa*, Bd. V. Stuttgart 1979, S. 301-24, hier S. 313.
- 32 Charles de Gaulle, *Discours et messages*, 18 septembre 1941, radio de Londres, T 1: *Pendant la guerre*, Paris 1970, S. 102f.
- 33 Fritz Stern, *Der zweite Dreißigjährige Krieg*, in: ders., *Der Westen im 20. Jahrhundert*, S. 9-29; das folgende Zitat S. 23.
- 34 Ian Kershaw, *Europe's Second Thirty Years War*, in: *History Today*, Sept. 2005, S. 10-17, hier S. 17, unter Bezug auf Arno J. Mayer, *Der Krieg als Kreuzzug*; die folgende Zitate S. 11, 17, 15.
- 35 Jörg Echternkamp, *1914-1945: ein zweiter Dreißigjähriger Krieg? Vom Nutzen und Nachteil eines Deutungsmodells der Zeitgeschichte*, in: Cornelius Torp und Sven Oliver Müller (Hg.), *Das Kaiserreich in der Kontroverse*, Göttingen 2009, S. 265-80, hier S. 269.
- 36 Echternkamp, *1914-1945*, S. 275.
- 37 Vgl. hierzu Daniel Marc Segesser, *Der Erste Weltkrieg in globaler Perspektive*, Wiesbaden 2010.
- 38 Vgl. neben Hobsbawm, *Katastrophenzeitalter*, mit nicht wirklich überzeugender Anlage Niall Ferguson, *Krieg der Welt. Was ging schief im 20. Jahrhundert*, Berlin 2006.
- 39 Vgl. einführend Walter L. Bernecker u. Hans Werner Tobler (Hrsg.), *Die Welt im 20. Jahrhundert bis 1945*, Wien 2010.

Rainer Pöppinghege

Zwei Kriege - multiples Erinnern

Weltkriegsgedenken als Alltagserscheinung

Es soll an dieser Stelle darum gehen, „Alltagsmedien“, also jene ohne Bildungsabsicht wie Denkmäler und Straßennamen mit ihrem Bezug zu den beiden Weltkriegen zu beleuchten. Dass dabei der Blick nur sporadisch auf außerdeutsche Phänomene gerichtet werden kann, ist der ungeheuren Vielfalt und Komplexität der Thematik geschuldet. Insbesondere in Ost- und Ostmitteleuropa haben sich aufgrund ethnischer, politischer und nationaler Verschiebungen derart komplexe Erinnerungskulturen herausgebildet, so dass diese nur schlaglichtartig zum Vergleich mit der deutschen Perspektive herangezogen werden.

Im allgemeinen medialen Jubiläumsumrummel zum Thema „100 Jahre Erster Weltkrieg“ hat dieser erste weltumspannende Krieg des 20. Jahrhunderts eine größere Aufmerksamkeit erhalten. In der Forschung war eine stärkere Fokussierung auf die Jahre 1914-18 schon seit den 1990er Jahren zu beobachten, verbunden mit der Wendung von der reinen Militärgeschichte zu einer Sozial- und Kulturgeschichte des Ersten Weltkriegs. Eine entsprechende geschichtswissenschaftliche Publikationskonjunktur ergab sich daher bereits 2004 zum 90.

Jahrestag des Kriegsausbruchs.¹ Die mediale Aufmerksamkeitsökonomie des vergangenen Jahres hat den Ersten Weltkrieg ungeniert mit dem Signum des „Totalen Krieges“ belegt, eine Zuschreibung, die selbstverständlich dem Zweiten Weltkrieg zusteht und in der Forschung dem Ersten nur in Ansätzen zugeschrieben wurde.²

Was kennzeichnet einen Totalen Krieg? Trotz des Fehlens einer vollständig akzeptierten Definition grenzen vier Aspekte den Begriff „Totaler Krieg“ ein. Demnach ist er charakterisiert durch

- die totale Mobilisierung sämtlicher personeller und materieller Ressourcen zum Zwecke der Kriegführung;
- die Verabsolutierung der Kriegsziele, verbunden mit existenziellen Bedrohungsszenarien und erstrebter bedingungsloser Unterwerfung des Feindes, ggf. sogar dessen physische Vernichtung;
- die Ausweitung der Kampfmethoden unter Missachtung völkerrechtlicher Standards, was sich u.a. durch die Einbeziehung von Zivilisten in die Kampfhandlungen bemerkbar macht;

- die angestrebte totale Kontrolle des Staates durch Restriktionen und Eingriffe auf dem Gebiet der medialen Kommunikation und des gesamten Wirtschaftslebens.

Auf all diesen Feldern beobachten wir in der zweiten Kriegshälfte, also seit 1916, eine Totalisierungstendenz - aber eben noch keine totalisierte Endstufe. Man muss vielleicht davon sprechen, dass es sich eigentlich um zwei Kriege in einem handelte. Während die erste Kriegshälfte noch viel vom Geist des 19. Jahrhunderts atmete und dort auch noch viele traditionelle Vorstellungen von heldenhaftem Kämpfen anzutreffen waren, sah der Krieg ab 1916 doch deutlich anders aus. Nicht nur, dass immer mehr Waffen und deren stärkere Wirkung das Kriegsgeschehen verwandelten und so viel Material und Menschenleben eingesetzt bzw. geopfert wurden wie in keinem vorherigen Krieg. Es war besonders die Tatsache, dass die Kriegsauswirkungen niemanden mehr unberührt lassen konnten, die für eine neue Qualität sorgte. Dies zeigte sich durch eine einsetzende Ideologisierung und ein erhöhtes Selbstrechtfertigungsbedürfnis des einzelnen zu seiner Kriegstätigkeit. Niemand sollte abseitsstehen, sondern seinen individuellen Teil beitragen - so die staatliche Propaganda, die sich aber zumindest mit den Vorstellungen eines erheblichen Teils der Gesellschaft deckte. Auch wenn man nicht von einer flächendeckenden

Kriegsbegeisterung sprechen kann, so scheinen anfänglich die meisten Menschen doch ergriffen gewesen zu sein, sich an diesem welthistorischen Ereignis zu beteiligen. Das Phänomen der Selbstmobilisierung, bei dem selbst jene „ihren“ Kriegsbeitrag leisten wollten, die rein formal nicht dazu verpflichtet waren, war durchaus populär.³

Was dem Ersten Weltkrieg jedoch allerorten eine neue Qualität verleiht, sind die großen Migrationsverschiebungen und die Auswirkungen auf die Zivilisten. Es wurden nicht nur Millionen von Kriegsgefangenen in entfernte Lager gebracht,⁴ auch Zivilisten, beispielsweise Urlauber oder ausländische Arbeitnehmer wurden festgenommen, sofern sie sich im gegnerischen bzw. eroberten Territorium aufhielten. Während die Situation der Kriegsgefangenen völkerrechtlich eindeutig war, existierte für die Internierung von Zivilisten keine international bindende Vereinbarung, denn die 1914 einsetzende Praxis war kaum vorausgesehen worden. Zu Internierungsmaßnahmen griffen alle kriegsführenden Staaten, wobei sie sich vor die Grundsatzfrage gestellt, ob die Ausländer auszuweisen oder zu internieren waren, für die zweite Möglichkeit entschieden.

Neben den Unterschieden beispielsweise hinsichtlich der Opferzahlen gab es in Deutschland nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg auch jeweils unterschiedliche Erinnerungsformen.

Statt – wie in den zwanziger und dreißiger Jahren – einem kaum selbstreflexiven Frontsoldatenmythos anzuhängen, zählten sich weite Teile der deutschen Gesellschaft nach 1945 zu den Opfern. Zu Opfern des Krieges, zu Opfern des Bombenkrieges, zu Opfern der NS-Diktatur. Sie begab sich auf den Weg ins postheroische Zeitalter, in dem militärische Werte gegenüber zivilen immer weniger zählten.⁵ Ich spreche hier von Mythen, denn die Errichtung eines Denkmals oder anderweitigen Erinnerungsorts ist als Erinnerungstiftung ein bewusster Akt der Geschichtsdeutung, hinter dem rückblickende Sinnkonstruktionen und Selektionsmechanismen stehen. Selbst beim Gedenken an die Gefallenen spielt der Aspekt der Trauer eine untergeordnete Rolle gegenüber der Sinn- und Identitätsstiftung für die Überlebenden. Sinn wird konstruiert, indem der Soldatentod für eine bestimmte Sache – z. B. Gott, König, Vaterland, Nation oder Volk – reklamiert wird. Die Erinnerung ist dabei selbstverständlich eine selektive, da mit einem Denkmal oder einem Straßennamen immer nur einzelne Aspekte, Personen oder Ereignisse als erinnerungswürdig ausgegeben werden und andere – bewusst oder unbewusst – aus dem aktiven Erinnerungsrepertoire dieser Medien herausfallen.

Bei erinnerungskulturellen Medien ist daher zu fragen: Wer erinnert an was (bzw. was nicht), in welcher Form (und in welcher Form gerade nicht), mit welchem Interesse und

aus welchem weltanschaulichen Blickwinkel?

Dabei kann der Form-, Symbol- und Aussagegehalt eines Denkmals von zahlreichen Faktoren abhängen:

1. Kriegsausgang (Sieg oder Niederlage?)
2. Zeitpunkt (vor / nach dem Kriegsende?)
3. Konfession (katholisches oder protestantisches Milieu?)
4. Sozialmilieu (bürgerliches oder proletarisches Milieu?)
5. Regierungsform (Monarchie oder Demokratie?)
6. Lage des Denkmals (in Frontnähe oder in der Heimat?)
7. Standort (städtische oder ländliche Lage?)
8. Initiatoren, Finanziere (handelt es sich um eine private oder staatliche Initiative?)
9. Militärischer Status I (handelt es sich um Offiziere oder Mannschaften?)
10. Militärischer Status II (handelt es sich um aktive Soldaten oder Kriegsgefangene?)

Denkmäler und ihre Gestaltung stehen nicht nur für bestimmte Werte, sondern wenden sich oft auch in aggressiver Weise gegen z.B. ein überwundenes Regime oder eine andere ethnische Gruppe. Deshalb werden sie auch oft zum Gegenstand gewaltsamer Aktionen, an denen die Abkehr von bis dahin dominierenden Werten symbolhaft zu Tage tritt.

Etwas dezenter als die vollständige Demontage eines Denkmals

ist dessen Dislozierung, um sie aus dem öffentlichen Bewusstsein zu schieben. Das kann ggf. auch durch eine Umwidmung geschehen. In Finnland, den baltischen Staaten und in Polen galten „russische Denkmäler als verhasste Symbole der Fremdherrschaft und wurden aus diesem Grunde gleich nach Kriegsende 1918 abgetragen“.⁶ Es gehört zum Wesen von Denkmälern, dass sie mehrdeutig sind und der Interpretation des Betrachters bedürfen. Es zeigt sich, dass sie zur Erbauungszeit vielfach Herrschaftssymbole darstellen, in denen die „Sieger“ der Geschichte bewusste Gedächtnismarker setzen. Dabei geht es letztlich um die Durchsetzung von dominierenden Geschichtsbildern im Rahmen eines gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses. Denkmalsetzungen sind und waren nie unumstritten.

Deshalb ist auch immer zu fragen, wer nicht für erinnerungswürdig gehalten wurde oder noch wird. Als Beispiel können die repatriierten sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter dienen, denen vom Stalin-Regime Kollaboration mit den Deutschen unterstellt wurde. Für sie existiert in Russland, in Weißrussland und der Ukraine bis heute „keine einzige Gedenkstätte oder wenigstens eine Erinnerungstafel zu ihren Ehren“.⁷ Und dass der Vernichtungskrieg im Zweiten Weltkrieg sowie der Holocaust in Deutschland anders gewichtet werden als in Russland, erscheint angesichts der historischen

Verantwortung ebenfalls höchst einleuchtend. In der russischen Erinnerungskultur sind Juden eine von vielen – und keineswegs die prominenteste – Opfergruppe.

Nähme man allein das Beispiel der Bundesrepublik, so könnte man den Schluss ziehen, die Zeit der Heldenverehrung sei vorbei, für ein ungebrochen positives militärisches Gedenken sei in der postmodernen Gesellschaft kein Platz. Vielmehr erforderten die Erfahrungen mit den Diktaturen des 20. Jahrhunderts ein mahnendes, höchstens mittelbar positives Gedenken als Absage an negativ besetzte Vergangenheiten. Es erscheint offensichtlich, dass man beispielsweise in Großbritannien, den USA und Frankreich eine demokratische Version der Heldentradition leichter beibehalten konnte.

An der Schnittstelle zwischen rückblickender Erinnerung und einer mahnenden Funktion steht der Umgang mit Flucht und Vertreibung, der allein in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in fast 1.600 Denkmälern mündete, vorrangig in den 1950er und -80er Jahren! „Flucht und Vertreibung“ ist damit eines der zentralen Themen zumindest der westdeutschen Erinnerungskultur⁸ – im Gegensatz zu einer im Jahr 2007 aufgestellten Forschungsthese von Manfred Kittel.⁹

Der Blick Richtung Osten zeigt aber, dass sich die dort entstandenen jungen Demokratien in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten häufig nationaler

Heroen bedient haben bzw. noch bedienen und dabei vielfach auf vorkommunistische Epochen der nationalen Geschichte zurückgreifen. Besonders in den baltischen Staaten war das Verhältnis zur ehemaligen Sowjetunion ein wichtiger Impulsgeber für die Ausgestaltung und Aneignung von Denkmälern. In Osteuropa und Ostmitteleuropa ist die Denkmalkultur häufig von einer nationalen oder gar nationalistischen Grundströmung durchdrungen. Zuweilen werden Demokratie und Nation gegeneinander ausgespielt bzw. in Stellung gebracht. Bei allen gemeinsamen Erfahrungen mit dem Kommunismus sind dort nationalstaatliche Traditionslinien oder Traditionsbehauptungen für die demokratische Erinnerungskultur maßgeblich. Der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg selbst scheint in den postsowjetischen Staaten eine geringer werdende Bedeutung zuzukommen.

Nehmen wir als ein weiteres erinnerungskulturelles Medium die Straßennamen in den Blick. Wenn wir uns anschauen, was Straßennamen so besonders macht, dann sollten wir sie mit anderen Medien des kollektiven Gedächtnisses vergleichen. Sie sind eine bewusste Setzung der Zeitgenossen, die damit ihren Werthorizont repräsentieren. Wir können sie mit Denkmälern, Münzen und Briefmarken vergleichen – mit dem fundamentalen Unterschied, dass Straßennamen aufgrund ihrer praktischen Orientierungsfunktion im Verkehrsalltag viel stärker

in das Leben auch Geschichtsunkundiger bzw. -unwilliger einfließen. Ein Denkmal kann man ignorieren, bei Briefmarken hat man Wahlmöglichkeiten und die Kopfseite einer Münze muss man sich auch nicht anschauen. Straßennamen mit ihrer doppelten Erinnerungs- und Orientierungsfunktion werden dagegen täglich in Adressen genannt, kommen auf Stadtplänen vor und materialisieren sich auf Schildern. Vermeiden lässt sich der Kontakt mit ihnen nicht. Es sei denn, man beschränkt sich allein auf ihre praktische Orientierungsfunktion und entkleidet sie ihrer erinnerungskulturellen Dimension.¹⁰

Das vordergründige Desinteresse am erinnerungskulturellen Gehalt von Straßennamen wird immer dann konterkariert, wenn es um das Ansinnen der Umbenennung geht. Publizistische Schlachten in den Leserbriefspalten der Lokalzeitungen und hochemotionale Debatten nebst persönlichen Verunglimpfungen der Kontrahenten deuten darauf hin, dass dieses scheinbar nachrangige Thema geradewegs ins Zentrum des Selbstverständnisses einer Stadt und des individuellen Geschichtsbewusstseins führt. Während viele Verwaltungsentscheidungen den Staatsbürgern herzlich egal sind, rührt die Umbenennung von Straßennamen an Identitätsfragen. Bedrohungs- und Verlustängste treten in einer globalisierten Welt mit neuer Dynamik zutage. Wenn schon die Weltmärkte bestimmen, wo

Arbeitsplätze entstehen und wo sie wegfallen, wenn schon die großen politischen Entscheidungen in Berlin oder – noch schlimmer – in Brüssel gefällt werden, dann möchte man zumindest auf der kommunalen Ebene seine Autonomie bewahren.

Es ist zweifellos so, dass die Erinnerungsfunktion eines Straßennamens mit der Zeit hinter dessen Orientierungsfunktion zurücktritt und das Wissen um eine Person – je nach Interesse und Bildungsstand der Öffentlichkeit – verblasst. Aber sie verschwindet eben nie. Und deshalb ist es legitim, sie jederzeit zu reaktivieren. Niemand ist gezwungen, sich mit der Erinnerung an einen Namenspatron auseinanderzusetzen. Gleichwohl kann es auch niemandem verwehrt werden, genau dies zu tun. Weder vordergründige Kostenargumente noch der Hinweis auf vermeintlich drängendere Themen können gegen die erinnerungskulturelle Arbeit am kollektiven Geschichtsbewusstsein ins Feld geführt werden. Denn das sind Straßennamen auch: Visitenkarten einer Stadt oder gar eines ganzen Landes. Sie zeigen nicht das, was eine Stadt oder ein Land war, sondern lediglich das, was eine Stadt oder ein Land sein will.

Beim Medium des Straßennamens taucht der Zweite Weltkrieg in Deutschland nur mittelbar auf, denn die Benennung von Straßen und Plätzen setzt ein ehrendes Gedenken voraus, was aktiv Beteiligte am Vernichtungskrieg nach heutigen Wertmaßstäben

ausschließt. Das heißt natürlich nicht, dass sich kein Nazi auf bundesdeutschen Straßenschildern fände, jedoch erfolgte die Ehrung in Unkenntnis oder Verdrängung seiner Taten im Zweiten Weltkrieg. Und für ein mahndes Gedenken sind Straßennamen eigentlich nicht gedacht. Gleichwohl finden sich auf ihnen Widerstandskämpfer unterschiedlicher Milieus und inzwischen auch viele jüdische Opfer. Dieser seit den 1970er Jahren spürbare Trend hält bis heute an.

Das Gedenken an den Zweiten Weltkrieg und die ihn auslösende nationalsozialistische Diktatur haben inzwischen Mahnmale und Erinnerungsorte übernommen, die nicht wie Denkmäler oder Straßennamen „einfach da“ sind, sondern einen dezidierten Bildungsauftrag wahrnehmen. Das gilt selbst für das Holocaust-Mahnmal in Berlin, dem ein Dokumentationszentrum beigegeben ist – und das eben nicht für sich steht!

Impulse zur Erinnerung an den Ersten Weltkrieg sind beim Medium Straßenschild vor allem in den 1930er Jahren zu verzeichnen, als die Nationalsozialisten eine aktive nationalistisch-militaristische Traditionsbildung betrieben.¹¹ So verschwanden ab 1933 zahlreiche Demokraten, Linke, Liberale und Juden als Namenspatrone. An ihre Stelle traten entweder dezidiert nationalsozialistische Politiker, Funktionäre, Dichter oder Symbole („Horst-Wessel-Straße, Adolf-Hitler-Straße, Straße der

SA), oder der verklärende Rückbezug zum Ersten Weltkrieg.

Zur Gruppe der Namenspatrone zählten u.a. die zu Lebzeiten oder im Nachhinein als Kriegshelden verklärten Flieger

- Max Immelmann („Der Adler von Lille“),
- Oswald Boelcke und
- der „Rote Baron“ Manfred von Richthofen,
- der U-Boot-Kapitän Otto Weddigen, der 1914 drei britische Schiffe versenkt hatte,
- der etwas glücklose Großadmiral Alfred von Tirpitz,
- der Befehlshaber der deutschen Kolonialtruppen in Deutsch-Ostafrika, Paul von Lettow-Vorbeck,
- Generalfeldmarschall August von Mackensen,
- das 1914 gefallene Dichteredidol der Jugendbewegung, Walter Flex und
- der „Erfinder“ des Giftgases, Fritz Haber.

An Schlachtorten waren namensgebend: Tannenberg, Skagerrak und Langemarck, wo eine ganze Studentengeneration verheißt und im Nachhinein zu Kriegshelden stilisiert wurde. Bei der zeitlichen Eingrenzung der Namenvergabe zum Ersten Weltkrieg lässt sich eindeutig ein Schwerpunkt auf der Mitte der dreißiger Jahre feststellen. Neben den zahllosen Hitlerstraßen hatten vor allem militärische Bezüge zum Weltkrieg „Konjunktur“. Angeregt durch Parteistellen wie

dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund oder dem Verein für das Deutschtum im Ausland, die in reichsweiten Kampagnen die Namensgeber „Langemarck“ bzw. „Skagerrak“, „Tannenberg“ und „Richthofen“ ins Spiel brachten, lag es für viele Städte offenbar nahe, neue Straßen bzw. Viertel nach diesen Vorschlägen zu benennen.

Während sich die Schlachten von Tannenberg, dem Skagerrak und so mancher Kriegsheld vereinzelt schon vor 1933 finden, sind Langemarck, Verdun, der Ostafrikakämpfer Lettow-Vorbeck und die Fliegerhelden fast ausschließlich Patrone der NS-Zeit. Bei allen untersuchten Straßen dieser Gruppe datieren die meisten Benennungen auf die Jahre 1933-1938. All diese nicht explizit nationalsozialistischen Namen ermöglichten den Brückenschlag zum nationalistisch-konservativen Bürgertum, ganz abgesehen von der Tatsache, dass der Fundus an würdigen „Alten Kämpfern“ nicht unbegrenzt war.¹² Die nationalkonservative Kontinuität war auch deshalb vonnöten, weil die nationalsozialistischen Aktivisten mitunter schnell in Ungnade fielen – eine 1934 geplante Benennung nach SA-Chef Ernst Röhm konnte in letzter Minute abgeblasen werden, in Mainz ergab sich die Notwendigkeit, den Straßennamen des abtrünnigen „Schottlandfliegers“ Rudolf Heß zugunsten von Max Immelmann, dem prominenten „Flieger-As“ des Ersten Weltkriegs zu verändern. Im Gegensatz zu den

aktiven NS-Größen und Alten Kämpfern hatten sich die Weltkriegsnamen bewährt: Sie konnten auch bei plötzlichen politischen Kehrtwenden der NS-Machthaber fortbestehen. Im Übrigen setzten sie die schon während des Krieges beginnende Legendenbildung fort. Zwar kamen auch schon in der Weimarer Republik Mythisierungen von einzelnen Kriegshelden gelegentlich vor, doch konnte das Deutungsmuster des charismatisch-kriegerischen Kriegshelden erst unter dem NS-Regime zur vollen Entfaltung gelangen. Weddigen tauchte mit seinem U-Boot U9 buchstäblich in jedem Schulbuch auf und der Freiherr von Richthofen, dessen sterbliche Überreste unter großem Pomp 1925 von Frankreich nach Berlin überführt worden waren, verkörperte als „Ritter der Lüfte“ das männlich-soldatische Ideal des technisch versierten Duellanten, das in den Materialschlachten vor Verdun längst keine Rolle mehr spielte.¹³

Einige der zuvor genannten Namenspatrone sind inzwischen wieder von den Schildern verschwunden, andere haben sich gehalten. Meistens hing dies von den politischen Mehrheitsverhältnissen in den westdeutschen Kommunalparlamenten ab. In der DDR war man ohnehin rigoroser: Dort wurden nicht nur nationalsozialistische und militärraffine bzw. nationale Straßennamen getilgt, sondern gleich auch die Erinnerung an monarchische Traditionen des Kaiserreichs.

Fazit

Die in Stein gehauene oder in Asphalt gegossene Erinnerung durch Denkmäler und Straßennamen, also im Bereich des materiellen und immateriellen Gedenkens, erlaubt keine einfachen Klassifizierungen. Die Heterogenität ist hierbei Programm, jeder Krieg, jede Gesellschaft und jeder Denkmals- oder Benennungs-Anlass müssen individuell betrachtet werden. Als wäre das nicht schon Aufwand genug, muss sich jede Epoche, jede Generation immer wieder neu mit diesen Medien befassen. Denn die Erinnerung an Kriege ist eben nicht in Stein gemeißelt oder in Beton gegossen, sondern höchst fluide. Deshalb hat jede Generation nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht, sich mit den Erinnerungsmedien voriger Zeiten ebenso zu befassen wie mit den erinnerungswürdigen Ereignissen selbst.

Anmerkungen

- 1 Beispielsweise in Form der Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Hrsg. v. Gerd Krumeich/Irina Renz et.al., Paderborn 2003.
- 2 Roger Chickering/Stig Förster (Hrsg.): *Great War, Total War: Combat and Mobilization on the Western Front, 1914-1918*, Cambridge 2000.
- 3 Beispielsweise zivile Tierzüchter. Vgl. Rainer Pöppinghege: *Tiere im ersten Weltkrieg. Eine Kulturgeschichte*, Berlin 2014, S. 45f. u. 53.
- 4 Vgl. Jochen Oltmer [Hrsg.]: *Kriegsgefangene im Europa des Ersten Weltkriegs*, Paderborn, München et.al. 2006; Rüdiger Overmans

- [Hrsg.]: In der Hand des Feindes. Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg, Köln 1999.
- 5 Herfried Münkler: Militärisches Totengedenken in der post-heroischen Gesellschaft, in: Manfred Hettling [Hrsg.]: Bedingt erinnerungsbereit: Soldatengedenken in der Bundesrepublik, Göttingen 2008, S. 22-30.
- 6 Rudolf Jaworski: Denkmalstreit und Denkmalsturz im östlichen Europa – eine Problemskizze, in: Rudolf Jaworski/Peter Stachel [Hrsg.]: Die Besetzung des öffentlichen Raumes. Politische Plätze, Denkmäler und Straßennamen im europäischen Vergleich, Berlin 2007, S. 188.
- 7 Vgl. Andreas Wirsching/Jürgen Zarusky/Alexander Tschubarjan/Viktor Ischtschenko (Hrsg.): Erinnerung an Diktatur und Krieg. Brennpunkte des kulturellen Gedächtnisses zwischen Russland und Deutschland seit 1945, Berlin 2015.
- 8 Stephan Scholz: Vertriebenendenkmäler. Topografie einer deutschen Erinnerungslandschaft. Paderborn 2015.
- 9 Manfred Kittel: Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961-1982), München 2007.
- 10 Vgl. Rainer Pöppinghege: Geschichtspolitik per Stadtplan. Kontroversen zu historisch-politischen Straßennamen, in: Matthias Frese [Hrsg.]: Fragwürdige Ehrungen? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, Münster 2012, S. 19-38.
- 11 Rainer Pöppinghege: Geschichte mit Füßen getreten: Straßennamen und Gedächtniskultur in Deutschland, Paderborn 2005, bes. S. 18-24.
- 12 Doris Fürstenberg: Stadt, Land, Fluß, Name: Straßenbenennung in Steglitz von 1933 bis 1948, in: Doris Fürstenberg [Hrsg.]: „Straßenname dauert noch länger als Denkmal“: Die Benennung von Straßen in Berlin-Steglitz 1933-1948, Berlin 1999, S. 3.
- 13 Vgl. René Schilling: „Kriegshelden“. Deutungsmuster heroischer Männlichkeit in Deutschland 1813-1945, Paderborn, München, Wien, Zürich 2002, S. 372f.

Christiane Charlotte Weber

Die Rheinwiesenlager als Thema in Schulen

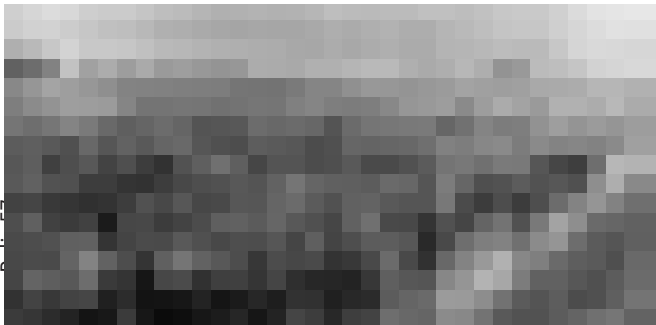
1. Einleitung

„Durch den Stacheldraht schau ich / grad auf das Fließen des Rheins. / Ein Erdloch daneben bau ich, / ein Zelt hab ich keins. / Ich habe auch keine Decke. / Der Mantel blieb in Opladen. / [...] Nichts wird sein als der Regen, - / mich schützt kein Dach und kein Damm, - / zer-treten wird auf den Wegen / das Grün des Frühlings zu Schlamm.“¹

In seinem 1945 entstandenen Gedicht „Camp 16“ beschreibt der Hörspielautor und bekannte Lyriker der „Trümmerliteratur“ Günter Eich seine Erfahrungen im Kriegsgefangenenlager Sinzig. Wie viele Hunderttausende Soldaten der Wehrmacht und der SS geriet Eich in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs in amerikanische

Kriegsgefangenschaft. Etwa 20 provisorische Lager hatten die amerikanischen Alliierten entlang des Rheins in Eile errichtet, um die unerwartet schnell wachsende Menge an Kriegsgefangenen unterzubringen. Die Rheinwiesenlager, wie diese Kriegsgefangenenlager genannt werden, waren nur eine Übergangslösung, weshalb der Ausbau erst langsam einsetzte. Dadurch waren die Bedingungen gerade in den ersten Monaten katastrophal. Die ehemaligen Kriegsgefangenen erinnern sich an Hunger, Krankheiten, Eintönigkeit, Zukunftsangst. Besonders die Tatsache, dass es keine Unterkünfte gab und sie unter freiem Himmel leben mussten, blieb prägend für sie und wird in allen Erinnerungsberichten thematisiert.

Trotz des erlebten Leids stellen die Rheinwiesenlager ein nur kurzes Kapitel in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit dar: Die meisten von ihnen bestanden nur wenige Wochen und Monate; die dort Internierten – zu denen auch Zivilisten, Frauen, Alte und Jugendliche gehörten – wurden entweder entlassen oder zu Reparationsarbeiten nach Frankreich verbracht. Ab September 1945 wurde nur noch das Kriegsgefangenenlager Bretzenheim



Wie hier in Rheinberg im März 1945 gruben sich die Kriegsgefangenen als Schutz vor Regen und Hitze Löcher in die Erde. Quelle: National Archives Washington, DC.

von den französischen Alliierten als *Dépôt de Transit* genutzt.

Heute sind die Rheinwiesenerlager aus dem kulturellen Gedächtnis weitestgehend verschwunden. Die Erinnerung und das Gedenken werden vorwiegend von ehemaligen Kriegsgefangenen und den umliegenden Dorfgegenden wachgehalten, in denen diese Lager 1945 bestanden. Eine breitere Beachtung nach langem Vergessen fanden die Rheinwiesenerlager Ende der 1980er Jahre durch das Buch *Der geplante Tod*² des kanadischen Journalisten James Bacque, in dem dieser behauptet, dass der Tod von einer Million Kriegsgefangenen in den Rheinwiesenerlagern gezielt von den amerikanischen Alliierten geplant worden sei. Die extrem überhöhte Zahl - seriöse Untersuchungen gehen von 5.000 bis

maximal 10.000 Toten aus - greifen bis heute rechte Kreise auf. Sie lösen die Rheinwiesenerlager zudem aus ihrem historischen Kontext und betonen einseitig das Leid der deutschen Gefangenen. Dabei klammern sie insbesondere aus, dass die Lager eine Folge des von Deutschland ausgehenden Zweiten Weltkriegs sind.

Nicht nur um rechten Populisten etwas entgegen zu setzen, sondern auch weil sich das Thema Rheinwiesenerlager auf vielfältige Weise anbietet, kann und sollte es im Schulunterricht bearbeitet werden. Im Rahmen eines Workshops während der Tagung konnte das Thema erstmals mit LehrerInnen und anderweitig Interessierten auf seinen Unterrichtseinsatz hin geprüft werden.³ Im Folgenden steht daher weniger die Geschichte der



Luftaufnahmen wie diese von dem Kriegsgefangenenlager Remagen machen die extremen Ausmaße der Rheinwiesenerlager deutlich. Fotografie der US-Armee, 25. April 1945. Quelle: National Archives Washington, DC.

Rheinwiesenlager im Vordergrund, sondern vielmehr deren Einsatz als Thema in Schulen.

2. Historischer Kontext der Rheinwiesenlager

Auch wenn hier nicht der Platz ist, ausführlich auf die Geschichte der Rheinwiesenlager und die zu ihnen führenden historischen Umstände einzugehen,⁴ müssen einige wichtige Punkte festgehalten werden, die für die schulische Auseinandersetzung mit dem Thema relevant sind:

- Die etwa 20 Rheinwiesenlager bestanden - mit besagter Ausnahme in Bretzenheim - von Frühjahr bis Herbst 1945 entlang des Rheins. Hauptsächlich deutsche Soldaten der Wehrmacht und SS, aber auch Zivilisten waren dort unter



Die Kriegsgefangenen bauten aus Blechdosen kleine Öfchen, um sich zu wärmen oder - wie hier auf der Zeichnung von R. Kluge - Brot zu rösten. Quelle: Dokumentationszentrum Bretzenheim.

freiem Himmel provisorisch untergebracht. In Größe und Existenzdauer unterschieden sich die Lager sehr.

- Die amerikanischen Alliierten sowie nach der Übergabe der Rheinwiesenlager im Juni bzw. Juli 1945 die britischen und französischen Besatzungsmächte waren nicht auf die hohe und sprunghaft ansteigende Zahl der Gefangenen vorbereitet. Während sich Anfang des Jahres 1945 noch zwischen 300.000 bis 370.000 Deutsche in US-amerikanischer Kriegsgefangenschaft befanden, war diese Zahl nur wenige Monate später im Mai 1945 auf ca. 2,6 Millionen gestiegen. Darüber hinaus waren die Alliierten für die Versorgung vieler deutscher Zivilisten, Displaced Persons⁵ und der eigenen Armee verantwortlich, wobei die Infrastruktur in Deutschland in großen Teilen zerstört war.
- Die Rheinwiesenlager stehen in einem direkten Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg und die Erlebnisse der einzelnen Kriegsgefangenen sind verbunden mit den großen Themen Kriegsende, Kriegsverlauf und Wiederaufbau/Reparationsarbeiten.

Die Rheinwiesenlager sind eine Form der Kriegsgefangenschaft, die nicht oft im Unterricht durch die Schüler und Schülerinnen (SuS) bearbeitet wird. Nur vereinzelt gibt es bisher Schulprojekte in Gemeinden, in denen es 1945 ein Lager gab und sich heute lokale

Initiativen oder Einzelpersonen für eine Aufarbeitung einsetzen. Ausgearbeitete Materialien für den Unterricht gibt es daher noch nicht, doch im Rahmen eines Projekts der *Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz* wurde als Einstiegsmöglichkeit in die Thematik ein Internetangebot geschaffen (www.rheinwiesen-lager.de). Durch die historisch kontextualisierte Einbettung und den engen Austausch mit lokalen Experten soll so dem zunehmenden Missbrauch der Thematik durch rechte Kreise ein schwellenarmer Zugang entgegengesetzt werden, der verlässliche Informationen – speziell auch für Schüler und Schülerinnen – bietet.

3. Grundsätzliche Herausforderungen beim Thematisieren der Rheinwiesenerlager im Schulunterricht

Entscheidet sich eine Lehrkraft dazu, sich des Themas anzunehmen und es im Unterricht zu bearbeiten, ergeben sich einige Herausforderungen, die bereits im Vorfeld in die Planungen einbezogen werden sollten.

Zunächst ist dabei die schwierige Quellenlage zu bedenken: Zwar gab es eine ausführliche historische Aufarbeitung in den 1970er Jahren,⁶ jedoch beherrschen tendenziöse Bücher und Internetseiten die allgemeine Wahrnehmung. Vor allem im Internet – das gerade von SuS als erste

Informationsquelle genutzt wird – gibt es rechtslastige Seiten im Übermaß.⁷

Darüber hinaus ist auf Seiten der Lehrer und der SuS ein breites Kontextwissen nötig, um die Rheinwiesenerlager historisch einzubinden. Mit den SuS müssen über das Kanonwissen zum Zweiten Weltkrieg hinaus wichtige Aspekte erarbeitet werden wie NS-Täterschaft, der Umgang mit ausländischen Soldaten in deutscher Kriegsgefangenschaft, die Genfer Konventionen zur Regelung der Kriegsgefangenschaft sowie die Situation im Frühjahr bis Herbst 1945. Dies erfordert auch bei den Lehrern eine zeitintensive Einarbeitung, da nur in den seltensten Fällen das nötige Vorwissen in seiner detaillierten Breite bereits vorhanden sein wird.

Hat man diese Hürden genommen, stellen sich andere Fragen bei der Herangehensweise: Es gibt zum Beispiel keine Rheinwiesenerlager als historische Gedenkorte zu besichtigen, da die ehemaligen Lagerareale heute überbaut sind oder als landwirtschaftliche Anbauflächen genutzt werden. Meist gibt es ‚nur‘ eine Gedenktafel oder ein Denkmal vor Ort. Zwei Ausnahmen bilden das *Dokumentationszentrum Kriegsgefangenenlager Bretzenheim* und das *Friedensmuseum Brücke von Remagen*.⁸

In beiden gibt es einen Ausstellungsraum zu den dortigen Kriegsgefangenenlagern mit Gegenständen aus der Zeit. Allerdings müssen Schulen, die einen weiteren Anfahrtsweg

haben, abwägen, ob diese Reise finanziell tragbar ist. Schließlich gibt es auch keine ausgearbeiteten Lehrmaterialien oder Unterrichtsentwürfe sowie im Umgang mit SuS geübte Zeitzeugen.⁹ Dennoch – das wurde im Workshop und in der Rückmeldung der teilnehmenden Lehrer deutlich – bietet die Thematik der Rheinwiesenerlager vielfältige Anknüpfungspunkte für SuS. Eine Beschäftigung kann daher trotz der bestehenden Schwierigkeiten im Vorfeld mehr als lohnend sein.

4. Mögliche Herangehensweisen und Einsatzmöglichkeiten im Schulunterricht

Die Rheinwiesenerlager zeichnen sich dadurch aus, dass sie mehr als einen klassischen Ansatzpunkt bieten. Gerade weil sie bisher wenig im Unterricht besprochen werden, können Sie durch ihre Neuartigkeit zu einem interessanten Thema für SuS werden, die häufig eine vermeintlich immer gleiche Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg beklagen.

Ein Vorteil der Thematik ist, dass sie fächerübergreifend unterrichtet bzw. in verschiedenen Fächern separat aufgegriffen werden kann. Im Fach Geschichte kann sie im Zusammenhang mit der gerade sehr präsenten zeitgeschichtlichen Thematik der Situation um das Kriegsende im Mai 1945 („Stunde Null“) behandelt werden.¹⁰ Gerade in höheren Klassen können die

SuS sensibilisiert werden für den Umgang mit Quellen und mit Beiträgen der Oral History. Internetangebote wie das deutsch-französische Projekt *gefangen // befreit* bieten Interviews mit ehemaligen Kriegsgefangenen, die mit den Schülern besprochen werden können.¹¹

Im Fach Politik und Wirtschaft (PoWi) beziehungsweise Gesellschaftslehre kann mit den SuS die politische und tagesaktuelle Dimension der Rheinwiesenerlager erarbeitet werden. In Auseinandersetzung mit rechtslastigen Darstellungen kann nach einer vorherigen historischen Aufarbeitung gezeigt werden, wie Geschichte von neonazistischen und anderen Gruppen instrumentalisiert wird. So kann ein Prozess der demokratischen Bildung angestoßen werden, der SuS zu kritischer Medienkompetenz und im besten Fall zu einer demokratisch reflektierten Haltung verhelfen kann.

Daran anknüpfend können in Fächern wie Religion und Ethik die moralischen Aspekte der Kriegsgefangenschaft in den Rheinwiesenerlagern behandelt werden: Wie verhält es sich mit der Täter-Opfer-Frage? Welche Konzeption von Selbstbildern und welche Erklärungsmuster finden sich in den Erinnerungsberichten? Welche gesellschaftlich tradierten Topoi werden genutzt und wie werden sie weitergegeben?

Sollte ein fächerübergreifendes Projekt an einer Schule geplant werden, kann auch der Zugang über das Fach Deutsch

mit Gedichten wie denen von Günter Eich angestrebt werden. Die literarische Bewältigung eines Traumas kann durch Gedichte wie „Camp 16“ oder „Inventur“ besprochen werden.¹² Falls es Partnerschaften mit französischen Schulen gibt, wäre sogar eine länderübergreifende Auseinandersetzung wie im bereits erwähnten deutsch-französischen Projekt *gefangen// befreit* denkbar.

Es bleibt also festzuhalten, dass die Rheinwiesenerlager durch ihre vielen Anknüpfungspunkte ein durchaus lohnenswertes Thema im Schulunterricht darstellen. Diese Meinung wurde im Workshop auch von den anwesenden Lehrern nachdrücklich geteilt.

5. Erste Schritte: pädagogische Möglichkeiten und bereits vorhandenes Material

Wie bereits erwähnt, befindet sich die Thematisierung der Rheinwiesenerlager im Schulunterricht noch am Anfang. Ausgearbeitete Schulmaterialien, auf die Lehrkräfte zurückgreifen können und die aus der Gedenkstättenarbeit bekannt sind, gibt es noch nicht. Einige bereits vorhandene Materialien ermöglichen jedoch einen Einstieg in die Thematik und können auch im Unterricht gezielt eingesetzt werden.

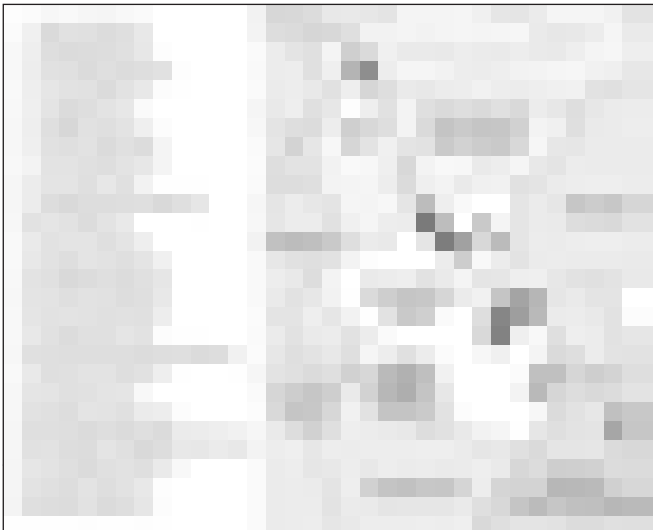
Grundsätzlich sei auf die speziell für Leser mit keinen bis geringen Vorkenntnissen ausgerichteten *Blätter*

zum Land - Kriegsgefangenschaft in den Rheinwiesenerlagern (1945-1948) der *Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz* verwiesen. Hier wird in klarer Sprache eine historische Kontextualisierung auf kleinem Raum geliefert. Dokumente und Fotografien erleichtern darüber hinaus den Zugang und verringern die Hemmschwelle beim Einstieg in das neue Thema. Die Broschüre kann kostenlos unter der Internet-Adresse www.rheinwiesenerlager.de heruntergeladen oder bei der *Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz* in Klassensatzstärke bestellt werden. Die genannte Homepage erlaubt im Anschluss einen tieferen Einblick in die Thematik und stellt vor allem weitere Rheinwiesenerlager vor, soweit sich dazu Informationen finden ließen. Gerade wenn eine Studienarbeit zu einem der Kriegsgefangenenlager angedacht ist, können dort weitere Informationen, Kontaktmöglichkeiten und Literaturhinweise bezogen werden.

Zwei Zugänge, die auch im Lehrerworkshop besprochen wurden, sollen abschließend exemplarisch dargestellt werden. Für den Deutschunterricht einerseits findet der interessierte Leser im Anhang dieses Beitrags die beiden bereits genannten Gedichte von Günter Eich. Für den Zugang über die Sensibilisierung für den Missbrauch von Geschichte andererseits können nach der Einarbeitung in die historischen Kontexte - bei aller gebotenen Vorsicht mit diesem

Medium - Zitate und Auszüge der rechtslastigen Seite rheinwiesenlager.de mit den SuS analysiert werden. Die SuS können erworbenes Wissen zu den Rheinwiesenlagern anwenden, um die gezielten Fehldarstellungen zu erkennen. Auszüge der Seite und die potentiellen Punkte, die daraus herausgearbeitet werden können, finden sich in Anhang 2 des vorliegenden Beitrags.

Welcher Zugang gewählt wird, bleibt selbstverständlich den Lehrkräften vorbehalten, die auch im Vorfeld entscheiden müssen, welche Herangehensweise für welche Klasse sinnvoll ist, um ein Lernziel zu erreichen. Dennoch soll das Fazit dieses Beitrags sein, dass sich eine Beschäftigung mit den



Für die Blätter zum Land wurde erstmals eine Übersichtskarte aller Rheinwiesenlager (PWTE = Prisoner of War Temporary Enclosure) erstellt. Quelle: <http://rheinwiesen-lager.de/alliierte-kriegsgefangenenlager/> © Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz.

Rheinwiesenlagern lohnt - auch in Schulen, die nicht in der Nähe eines der ehemaligen Kriegsgefangenenlager liegen.

6. Anhang: Materialien¹³

6.1 Gedichte von Günter Eich

Inventur (1945)

Dies ist meine Mütze,
dies ist mein Mantel,
hier mein Rasierzeug
im Beutel aus Leinen.

Konservenbüchse:
Mein Teller, mein Becher,
ich hab in das Weißblech
den Namen geritzt.

Geritzt hier mit diesem
kostbaren Nagel,
den vor begehrlischen
Augen ich berge.

Im Brotbeutel sind
ein Paar wollene Socken
und einiges, was ich
niemand verrate,
so dient es als Kissen
nachts meinem Kopf.
Die Pappe hier liegt
zwischen mir und der Erde.

Die Bleistiftmine
lieb ich am meisten:
Tags schreibt sie mir Verse,
die nachts ich erdacht.

Dies ist mein Notizbuch,
dies meine Zeltbahn,
dies ist mein Handtuch,
dies ist mein Zwirn.

Camp 16 (1945)

Durch den Stacheldraht schau ich
grad auf das Fließen des Rheins.
Ein Erdloch daneben bau ich, ein Zelt
hab ich keins.

Ich habe auch keine Decke.
Der Mantel blieb in Opladen.
Wenn ich ins Erdloch mich strecke,
find ich keinen Kameraden.

Zur Lagerstatt ruf ich Luzerne.
Nachts sprech ich mit mir allein.
Zu Häupten mir funkeln die Sterne,
es flüstert verworren der Rhein.

Bald wird die Luzerne verdorrt sein,
der Himmel sich finster bezieht,
im Fließen des Rheins wird kein Wort sein,
das mir süß einschläfert das Lid.

Nichts wird sein als der Regen, –
mich schützt kein Dach und kein Damm, –
zertreten wird auf den Wegen
das Grün des Frühlings zu Schlamm.

Wo blieben die Kameraden?
Ach, bei Regen und Sturm
wollen zu mir sich laden
nur Laus und Regenwurm.

6.2 Die Rheinwiesenerlager als Thema der Neuen Rechten. Gezielte Instrumentalisierung durch Auslassung des Kontexts (Auszüge der rechtslastigen Seite www.rheinwiesenerlager.de)

Hintergrund: Die Autorin der Seite mit dem Pseudonym Maria Grüttner (auch Maria Schmidt) zeichnet ebenfalls verantwortlich für Seiten wie www.tod-im-bombenkrieg.de, auf der ebenfalls eine verzerrte und tendenziöse Geschichtsdarstellung betrieben wird. In den Zitaten sind einzelne besonders entscheidende Passagen durch die Verfasserin dieses Artikels hervorgehoben.

Zitate der Seite www.rheinwiesenerlager.de

1. Nach Überquerung des Rheins im März 1945 beginnen die

Amerikaner auf Weisung Eisenhowers, entlang des westlichen Rheinufers für die deutschen Gefangenen Lager anzulegen. Weitläufige Flächen werden beschlagnahmt, mit Stacheldraht umzäunt und die Gefangenen in täglich wachsender Zahl hineingetrieben, darunter Verwundete und Amputierte, Frauen, Kinder und alte Leute. [...] Nach Kriegsende am 8. Mai 1945 werden auch auf den verschiedensten Kriegsschauplätzen die sich ergebenden deutschen Soldaten gefangengenommen. Täglich treffen nun Landser in verschlossenen Viehwaggons und auf Lastwagen zusammengepfercht ein, um dann wie Müll hinter die Stacheldrahtzäune gekippt zu werden. Manche der Gefangenen sind schon jetzt nicht mehr am Leben. [...] Es ist davon auszugehen, daß sich schließlich fünf bis sechs Millionen Deutsche in den US-Lagern am Rhein befinden. (<http://rheinwiesenerlager.de/lager.htm>)

- Arbeit mit Fotografien, wenig Information
- Keine Thematisierung der deutschen Schuld, stattdessen Fokus auf Verwundete, Frauen, Kinder und Alte mit völlig überhöhten Zahlen
- Annäherung an Holocaust: verschlossene Viehwaggons, 5–6 Millionen
- Wortgewaltige Sprache („wie Müll hinter die Stacheldrähte gekippt“)
- NS-Sprache (Landser), Idee des Aufgebens der Soldaten erst nach Kriegsende

2. Den Zuständen entsprechend kommt es bald nach Einrichtung der Rheinwiesenenlager zum **Massensterben**. [...] Bacque weist anhand von Dokumenten und von Zeugenaussagen nach, dass in den amerikanischen und später in den französischen Gefangenen- und Arbeitslagern zusammen 800.000 bis eine Million Menschen zu Tode gekommen sind. Etwa drei Viertel der Toten lastet Bacque den Amerikanern an, also an die 750.000. [...] Die US-Geschichtsschreibung dagegen spricht lediglich von ca. 5.000 Toten der Rheinwiesenenlager. Die offizielle Geschichtsschreibung in Deutschland schließt sich an: 5.000 Lager-tote, höchstens 10.000, auf keine[n] Fall mehr! Das hieße, dass von den fünf bis sechs Millionen Gefangenen, die durch die Rheinwiesenenlager gegangen sind, nur 0,1% die im Ursinne mörderischen Umstände nicht überstanden habe. Eine Todesrate von 0,1% aber entspricht einer Todesrate von Menschen, die unter normalen Bedingungen leben. Für die Rheinwiesenenlager ist eine solch niedrige Todesrate ausgeschlossen. Überdies ist trotz aller Nachforschungen noch immer der Verbleib von über einer Million Kriegsteilnehmern des Zweiten Weltkrieges ungeklärt. Man spricht von der *vermißten Million* [...]. (rheinwiesenenlager.de/sterben.htm)

- Falsche Zahlen
- Bild des Massensterbens in den Lagern ist nicht korrekt
- Unseriöse Quellen wie das Buch des kanadischen

Journalisten James Bacque *Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern* werden herangezogen, die von Historikern widerlegt wurden

3. **So ist von offizieller Seite nie die Notwendigkeit gesehen worden, nach Massengräbern in der Umgebung der Rheinwiesenenlager zu suchen oder nach Toten auf den Lagergeländen. Tote, die es nach offizieller Meinung nicht gibt, brauchen nicht gesucht zu werden.** [...] Nur einmal wird ein Grabungsversuch unternommen, von inoffizieller Seite: Der Bundeswehrangehörige und Grabungsexperte Otto Schmitt aus Guldental bei Bretzenheim hat es sich seit ca. 1970 zur Aufgabe gemacht, in Eigenleistung Vermissensschicksale aufzuklären. [...] Noch ist kein Toter gefunden, dafür erscheint nach kurzer Zeit ungebetener Besuch. Eine Abordnung der Kreisverwaltung Bad Kreuznach überbringt ein Schreiben, in welchem mitgeteilt wird, daß das Gelände unter Denkmalschutz stehe und daß daher auf Anordnung des Landesamtes für Denkmalpflege in Mainz Grabungen bei Androhung von 250.000 DM Geldstrafe verboten seien. Otto Schmitt muß das Feld räumen. [...] **Warum ist das so?** Warum sind die Kriegsverbrechen der Rheinwiesenenlager noch immer ungesühnt? Warum liegen unsere Väter und Großväter noch immer ungeborgen in Massengräbern und in den Schlammflöchern und Latrinen

am Rhein? Warum wagen die Besiegten selbst nach einem halben Jahrhundert noch immer nicht, die eigenen Toten zu berühren? Warum lassen die Besiegten sich noch immer die Trauer verbieten? Warum ist es noch immer eine fast kriminelle Handlung, die Toten der Rheinwiesen zu ehren? **Es ist, als läge ein Fluch nicht nur über den Todeslagern am Rhein, sondern über dem ganzen Land, in welchem die Toten vergebens nach den Lebenden rufen. Wie lange noch?** (<http://rheinwiesenerlager.de/Toten.htm>)

- Verschwörungstheorie, dass Grabungen offiziell verhindert werden
- Rhetorik zum Aufruf etwas zu ändern, den Toten vermeintliche Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; Betonung der persönlichen Bindung („unsere Väter und Großväter“)
- Verdrehung der Tatsachen (Schmitt war beispielsweise Hobbyhistoriker)

Anmerkungen

- 1 Auszug aus Günter Eich: „Camp 16“. In: ders.: *Abgelegene Gehöfte*. Frankfurt a.M. 1948.
- 2 Vgl. u.a. die aktuellste Ausgabe: James Bacque: *Der geplante Tod*. Martensrade 2008. Das Buch ist in großen Verlagen wie Ullstein und im Bertelsmann-Club in zahlreichen Auflagen erschienen und daher weit verbreitet. Eine wissenschaftliche Gegendarstellung, die eingehend die Fehler der Bacque'schen Theorie aufführt, liefert Arthur Lee Smith: *Die „vermißte Million“*. Zum Schicksal deutscher Kriegsgefangener nach

- dem Zweiten Weltkrieg. (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 65). München 1992.
- 3 Der Workshop fand mit ca. 15 Teilnehmern im Rahmen der Tagung *Geschichte und Geschichtsbilder. Der Erste und Zweite Weltkrieg im internationalen Vergleich* (29. bis 31. Oktober 2015) in Grünberg statt. Den Vormittag gestaltete Daniela Geppert vom Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin, indem sie sich zusammen mit den Teilnehmern mit Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkriegs beschäftigte. Im Fokus standen das NS-Zwangsarbeiterlager Schöneweide und die dortige Arbeit mit Schulklassen. Beide Workshopblocks wurden verbunden durch die Betrachtung von Lagerstrukturen und des Lageralltags sowie durch die Wahrnehmung der Themen heute. Besonders hilfreich war die Abfolge, da durch den Rekurs auf die NS-Zwangsarbeit noch einmal deutlich wurde, dass die Rheinwiesenerlager nicht in einem Vakuum entstanden, sondern eine Vorgeschichte haben.
- 4 Für die historische Einordnung der Lager sei auf folgende Materialien verwiesen: Ausführlich werden der Hintergrund und - erstmals in der Forschung - auch die einzelnen Rheinwiesenerlager zusammen auf der Internetseite www.rheinwiesenerlager.de der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz vorgestellt. Auf der Seite können auch die *Blätter zum Land - Kriegsgefangenschaft in den Rheinwiesenerlagern (1945-1948)* und - zur breiteren geschichtlichen Einordnung - der Tagungsband *Kriegsgefangenerlager 1939-1950. Kriegsgefangenschaft als Thema der Gedenkarbeit* kostenlos heruntergeladen werden. Es gibt im Handel auch zahlreiche Zeitzeugenberichte, die jedoch - wie es diesem Genre eigen ist - nicht immer historisch kontextualisiert sind; sie variieren

- je nach Autor in der Aussagekraft und historischen Genauigkeit.
- 5 Unter dem Begriff Displaced Persons fassten die Alliierten ca. 11 Millionen ehemalige Zwangsarbeiter sowie Überlebende der Konzentrationslager zusammen, deren Transport in ihre Heimatländer sowie die Versorgung und Unterbringung nach der Befreiung durch die Alliierten organisiert werden musste.
 - 6 Vgl. Maschke, Erich (Hrsg.): Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges. 22 Bände. Bielefeld 1962-1974. Hier besonders: Die deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischer Hand. Europa. Bd. X/2. Bearbeitet von Kurt W. Böhme. Bielefeld 1973.
 - 7 Stellt man eine Internetsuchanfrage über google, stammen - nach dem dazugehörigen Wikipediabeitrag - die ersten drei Treffer zum Begriff ‚Rheinwiesenerlager‘ alle von der dubiosen Seite www.rheinwiesenerlager.de, vor der die SuS aktiv gewarnt werden sollten. Exemplarisch kann daran erarbeitet werden, wie politische Instrumentalisierung im Internet funktioniert, wodurch die Medienkompetenz der SuS gesteigert werden kann.
 - 8 Das *Friedensmuseum Brücke von Remagen* verfügt über eine Homepage (www.bruecke-remagen.de); die Kontaktmöglichkeiten mit den Verantwortlichen in Bretzenheim finden sich unter rheinwiesenerlager.de/einzelne-lager-im-heutigen-rheinland-pfalz/bretzenheim-winzenheim.
 - 9 Zum Thema Zeitzeugen trug ein Workshopteilnehmer die aussagekräftige Beobachtung vor, dass sowohl sein Vater als auch sein Onkel in amerikanischer Kriegsgefangenschaft gewesen waren. Während der eine sehr differenziert das eigene Schicksal reflektierte, beschränkte sich der andere auf das selbst erlebte Leid. Trotz der im Grunde gleichen Erfahrung bei demselben familiären Hintergrund unterscheiden sich die Bilder und - wie der Teilnehmer es nannte - ‚Lehren aus der Zeit‘ fundamental.
 - 10 Die Thematik der ‚Stunde Null‘, also der Zeit unmittelbar vor und nach dem Kriegsende im Mai 1945, ist gerade seit dem letzten Gedenkjahr omnipräsent. Neben dem Historiker Keith Lowe und dessen Buch *Der wilde Kontinent: Europa in den Jahren der Anarchie 1943-1950* (Stuttgart 2014), in dem er kurz auch auf die Rheinwiesenerlager eingeht, greifen besonders populäre Geschichtsmagazine wie ZEIT Geschichte unter dem programmatischen Titel *1945. Auschwitz, Berlin, Hiroshima: Die Welt zwischen Krieg und Frieden* das Thema auf. Wolfgang Benz untersucht die Kriegsgefangenschaft in seinem Artikel „Stille im Land der Täter“ in dem DAMALS-Themenheft *Kriegsende 1945. Wege aus dem Chaos* (Heft 4/2015) und auch das populäre Geschichtsmagazin GEO Epoche befasst sich - so der Titel - mit *Europa nach dem Krieg. Chaos und Neuanfang 1943-1953* (Heft 2/2016).
 - 11 Die Internetseite <http://www.gefangenbefreit.eu/interviews/> bietet neben Dokumenten zur Zeit der Rheinwiesenerlager unter französischer Regie vor allem Interviews mit deutschen Kriegsgefangenen, die zu Reparationsarbeiten nach Frankreich gebracht wurden. Das Projekt wurde mit dem deutsch-französischen Journalistenpreis 2014 ausgezeichnet.
 - 12 Vgl. dazu die beiden Gedichte im Anhang 6.1 dieses Beitrags.
 - 13 Beide Anhänge wurden als Handout für den Unterricht im Lehrerworkshop ausgegeben.

Ulrich Schnakenberg

„Die Stimmung in der Heimat ist ein wesentliches militärisches Kriegsmittel“

Die „Mobilmachung“ der Gesellschaft durch populäre Bildmedien, 1914-1918

Der hundertste Jahrestag der Schüsse von Sarajevo eröffnete im Juni 2014 eine ganze Serie von Gedenkveranstaltungen, Ausstellungseröffnungen, öffentlichen Reden und TV-Dokumentationen. Es ist bereits jetzt abzusehen, dass das Thema Erster Weltkrieg in der Geschichtskultur mindestens bis 2019, dem hundertsten Jahrestag der Pariser Vorortverträge, weiterhin breiten Raum einnehmen wird.

Die Allgegenwärtigkeit des Ersten Weltkrieges im öffentlichen Raum ist das beste Argument, dieses Thema auch im Geschichtsunterricht bzw. in der außerschulischen Bildung zu behandeln. Denn schließlich lernen Schülerinnen und Schüler wie Menschen generell nur dann, wenn ihnen ein Thema subjektiv bedeutsam erscheint. Hierzu gehört auch, dass das Thema Erster Weltkrieg eine große Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung hat. Nicht nur wirft die Frage nach Krieg und Frieden ein grundsätzliches Problem menschlichen Zusammenlebens auf. Das Massensterben im industrialisierten

Krieg, die Totalisierung des Krieges an Front und Heimatfront, die ökonomische Zerrüttung des europäischen Kontinents, der Zusammenbruch der alten Ordnung (innen- wie außenpolitisch), die Etablierung der kommunistischen Diktatur in Russland, der Aufstieg der USA zur alleinigen Weltmacht: All diese Entwicklungen haben ihre Ursprünge in den vier Jahren von 1914 bis 1918. Sie prägten die Welt auf Jahrzehnte, ja, prägen sie teilweise bis auf den heutigen Tag.¹

Mobilisierung der „Heimatfront“ durch Bildpropaganda

Aus der Vielzahl möglicher (Unterrichts-)Themen soll im Folgenden eines herausgegriffen werden, dass in letzter Zeit zunehmend mehr Beachtung gefunden hat: Die Mobilisierung der „Heimatfront“ durch Bildpropaganda. Die Geschichtsdidaktikerin Susanne Popp konstatierte jüngst: „[D]ie historische Auseinandersetzung mit dem Ersten Weltkrieg, ... steht

mehr als je zuvor im Zeichen der ‚Visual History‘ und forderte dazu auf, „die Bildpraktiken während des Krieges als integrale[n] Bestandteil der Geschichte dieses Krieges und die visuellen Erinnerungs- und Verarbeitungsstrategien als Faktoren der engeren und weiteren Nachkriegsgeschichte“ verstärkt ins Visier der Forschung zu nehmen.² Zwar haben Zeitgenossen die Bedeutung der Stimmung in der Bevölkerung für die Erfolgsaussichten eines Waffengangs schon lange vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges erkannt; das Ausmaß staatlicher wie nichtstaatlicher Propaganda erreichte jedoch im „Großen Krieg“ einen bis dahin unerreichten – und zugleich oft negativen – Höhepunkt. Michael Jeismann ist unbedingt beizupflichten, wenn er schreibt: die Propaganda wurde zur „Sinnindustrie“ des heraufziehenden totalen Krieges, welche die Möglichkeiten einer pragmatischen Politik zunehmend stärker einschränkte und eine diplomatische Beendigung des Grauens immer unwahrscheinlicher machte.³

Inwiefern populäre Bildmedien in der offiziellen Propaganda eine Rolle spielen sollten, war dabei innerhalb der Führungsebene des Deutschen Kaiserreiches – zumindest in den ersten Kriegsjahren – stark umstritten. So lehnten konservative „Traditionalisten“ etwa den Einsatz von Plakaten als „amerikanisch“, also als demokratisch, ab, da sie gefährliche Langzeitfolgen für das

bestehende Herrschaftssystem befürchteten. Für den kurzfristigen Erfolg – die Mobilisierung der breiten Masse gegen den Feind – wollte man die staatlich-monarchische Ordnung nicht riskieren.

Aber ab Mitte des Krieges setzte sich innerhalb der politischen Führungsschicht immer mehr die Einsicht durch, dass die Bevölkerung noch stärker mobilisiert werden musste, wollte man den Kampf gewinnen. Zunehmend sann man über neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit nach. „Gegen Ende des Krieges zweifelten nicht einmal mehr traditionalistische Hardliner daran, dass in der modernen Industriegesellschaft die Politik auf Vermittlungsarbeit angewiesen sei.“⁴ Wie Anne Schmidt in ihrer Dissertation eindrucksvoll zeigt, gewann in der Folge insbesondere die visuelle Kommunikation an Gewicht: „Bilder als Mittler amtlicher Botschaften begannen dem bis dahin dominierenden Wort Konkurrenz zu machen. Selbst moderate Traditionalisten vertraten in der zweiten Kriegshälfte die Überzeugung, dass man die breiten Schichten der Bevölkerung besser über Bildmedien als über schriftliche Erzeugnisse erreichen könne, und sie vertrauten zunehmend auf die Wirkung von Bildplakaten, Postkarten, Fotografien und Filmen.“ Im Zuge dessen näherte sich die deutsche Propaganda den Mitteln der Alliierten immer weiter an. So votierten die „Modernisten“ – im Unterschied

zu den Traditionalisten, die weiterhin vor zu viel Emotionen und Leidenschaften warnten – zunehmend erfolgreicher dafür, „gezielt populäre Bildmedien einzusetzen, um negative Gefühle der Angst und des Hasses zu schüren und so die Menschen zum ‚Durchhalten‘ zu bewegen.“⁵

Zum Quellenwert von Bildern und Karikaturen

Die Geschichtsforschung hat den Quellenwert von Bildern lange Zeit unterschätzt. Dies hat sich zwar mit dem „pictorial turn“ geändert, aber auch heute noch werden Bilddokumente zu selten heuristisch genutzt, dienen Karikaturen und andere Bilder in vielen Werken häufig immer noch rein illustrativen Zwecken. Dabei haben die visuellen Medien Politik, Wirtschaft und Kultur im 20. Jahrhundert entscheidend geformt: „Sie haben Weltbilder vermittelt, Sichtweisen geprägt und schließlich auch noch die Erinnerung bestimmt“ (Gerhard Paul).⁶ Hinzu kommt: Kaum eine Textform, abgesehen vielleicht von Feldpostbriefen und Tagebucheinträgen, schildert das Geschehen der Jahre 1914 zwischen 1918 so lebendig und unmittelbar wie die Karikatur.

Neben Plakaten, Postkarten, Fotografien und Filmen findet die Karikatur in der propagandistischen Bearbeitung der „Durchhaltegesellschaften“ der Kriegsjahre eine Schlüsselrolle zu. Während sie bis 1914 vor allem innenpolitische Entwicklungen mehr oder minder

vorsichtig kritisierte oder sich oft genug auch völlig unpolitisch gerierte, so erhielt die Karikatur mit Kriegsbeginn „einen neuen gesellschaftlichen Auftrag: Sie sollte die Bevölkerung moralisch und geistig für den Krieg mobilisieren, eventuelle Rückschläge oder Versorgungsprobleme entschuldigen oder überspielen und den Glauben an die eigene Überlegenheit und die Hoffnung auf den Endsieg festigen.“⁷

Allgegenwärtige Bildpropaganda als Signum des „totalen Krieges“

Der Konflikt der Jahre 1914-1918 trug bereits deutliche Elemente des „totalen Krieges“ in sich; er war daher auch und gerade ein Propagandakrieg. In einer noch bilderarmen Zeit fiel den Karikaturisten wie den Plakatkünstlern bei der Mobilisierung der eigenen Soldaten, der Heimatfront wie auch bei dem Werben um die Neutralen im „Gedankendienst mit der Waffe“ (Thomas Mann) eine zentrale Aufgabe zu.

Ein lenkendes Eingreifen, ein Auf-Linie-Bringen der Redaktionsstuben durch die Obrigkeit war dabei häufig gar nicht nötig. Praktisch alle deutschen Zeitungen und satirischen Zeitschriften schwenkten seit dem Juli 1914 freiwillig und in voraus-eilendem Gehorsam auf die offizielle Regierungslinie ein und folgten dem Aufruf des

Kaisers zur nationalen Geschlossenheit angesichts des ausgebrochenen Weltenbrands nahezu bedingungslos. Der berühmte „Kladderadatsch“ etwa, der dem Liberalismus schon in den 1880er Jahren zunehmend den Rücken gekehrt hatte, eilte im August 1914 mit wehenden Fahnen in die „heilige Schlacht“ gegen den französischen „Erbfeind“. Die wüste Verunglimpfung der deutschen Kriegsgegner ging dabei Hand in Hand mit überschwänglichen Huldigungen an die deutschen Truppen und Heerführer, insbesondere an Hindenburg. Selbst der sozialdemokratische „Wahre Jacob“, im Wilhelminischen Reich immer wieder unterdrückt und verfolgt, erlag dem nationalen Taumel und druckte als farbiges Titelblatt am 28. August 1914 eine Karikatur wie „Nun, Kinder, drauf los! Jetzt hilft nur noch das Dreschen“, in welcher der deutsche Michel mit dem Dreschflügel auf Russen, Briten und Franzosen einschlägt.

Für die Kriegsgegner der Mittelmächte lassen sich ähnliche Tendenzen nachweisen. Ein Beispiel hierfür ist die mediale Ausschlachtung des Untergangs der Lusitania durch die Presse der Entente. Das Bild des 1915 von einem deutschen U-Boot versenkten Schiffes und den rund 1200 ertrunkenen Passagieren wurde in dutzenden Zeichnungen über Jahre hinweg immer wieder aufgegriffen. Die Karikaturisten trugen so wesentlich zur Verfestigung des Bildes von den grausamen „Hunnen“ bei. Auf

diese Weise wurde der eigenen Bevölkerung und den Neutralen eingehämmert: Mit diesem Volk darf man kein Mitleid haben, weder mit den Soldaten noch mit der verhungerten Bevölkerung.

Ziel: Subjektivität, Parteilichkeit und Manipulation entlarven

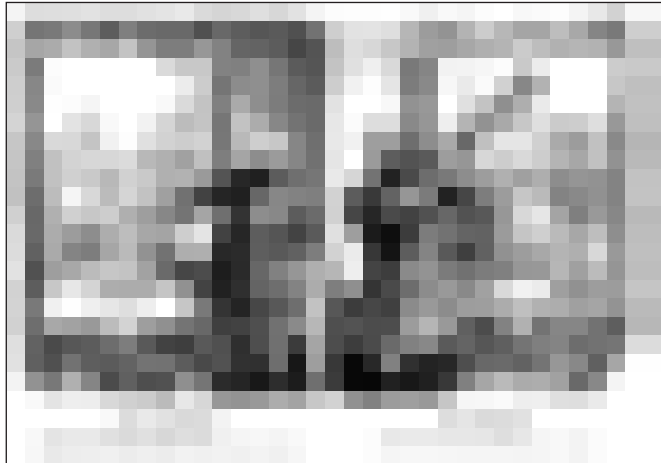
Insbesondere die Gefahr ihres Missbrauchs spricht dafür, sich intensiver mit Bildpropaganda auseinanderzusetzen. Denn bei der Fähigkeit, Subjektivität, Parteilichkeit oder Manipulation in ihren unterschiedlichen Spielarten zu erkennen, handelt es sich im Medienzeitalter um eine der wichtigsten Kompetenzen eines mündigen Bürgers. Dabei bietet die Arbeit mit agitatorisch-propagandistischen Karikaturen, Postkarten oder Plakaten eine besondere Chance für die schulische wie außerschulische Bildung. Denn gerade an ihrem Beispiel lässt sich gut verdeutlichen, dass es sich bei Bildern niemals nur um Abbildungen von Realität handelt, sondern um die „Interpretation eines Ereignisses aus einem bestimmten Blickwinkel, subjektiv, manchmal parteiisch, mitunter manipulativ.“⁸ Die Erfahrung hat dabei gezeigt, dass den Schülern die Dekonstruktion einer Bildquelle oft leichter fällt als die ideologiekritische Auseinandersetzung mit Texten (die natürlich ebenso ihre Berechtigung hat).

Effektivität der Bildpropaganda

Allein schon die Auswahl eines Themas war für die Karikaturisten in den Krieg führenden Staaten ein Politikum ersten Ranges. So wurden innenpolitische Entwicklungen im eigenen Land, politische Streitigkeiten, Versorgungsengpässe und die daraus resultierenden Proteste weitestgehend ausgeklammert, da dies nicht zur Hebung der Kriegsmoral beitrug. Hunger gab es zwar, aber selbstverständlich nur beim Feind. Die Wahrheit wurde dem Ziel, den Krieg um jeden Preis zu gewinnen, von Anfang an untergeordnet.⁹

Einige Zeichner erwiesen sich hierbei als ganz besonders effektiv. So war bereits für zahlreiche Zeitgenossen unstrittig, dass vor allem ein Karikaturist mit seinem Zeichenstift einen nicht zu unterschätzenden Anteil am Sieg der Alliierten im Großen Krieg hatte: Der Holländer Louis Raemaekers (1869-1956). Seine drastischen, stark zugespitzten Darstellungen insbesondere der „deutschen Gräuel“ in Belgien, so zeigt Ariane de Ranitz in „Armed with pen and pencil“ überzeugend, entfalteten in den Ländern der Entente wie in wichtigen neutralen Staaten eine enorme Wirkung. Eine Wirkung, die auch die Mittelmächte sehr früh spürten. Bereits am 7. Oktober 1914 stellte eine deutsche Zeitung fest: „Das Volk ist eben vergiftet worden. Nicht wenig haben dann auch die

einseitigen, satirischen Bilder im Blatte Telegraaf von der Hand des [...] Zeichners Louis Raemaekers dazu beigetragen.“¹⁰



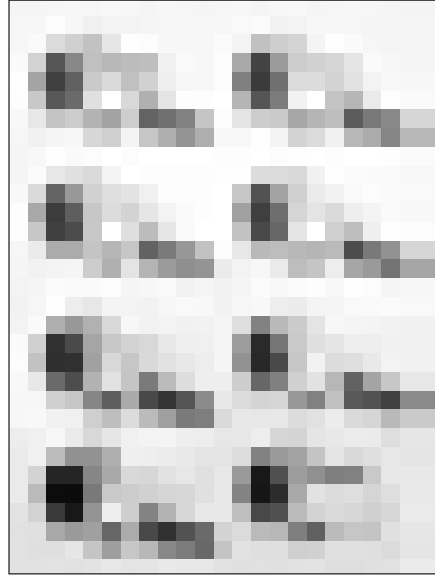
Ohne Titel, Leonard Raven-Hill, in: Punch (GB), 19. Januar 1916 (Sammlung des Autors)

Mobilisierung durch Gräuelpropaganda: Das Beispiel Raemaekers

Louis Raemaekers wirkte zunächst ausschließlich in den Niederlanden, aber schon bald wurde man in Großbritannien auf ihn aufmerksam. Noch im Oktober 1914 druckte Northcliffes Daily Mail, damals die auflagenstärkste Tageszeitung der Welt, vier (!) seiner Karikaturen auf der Titelseite.¹¹ Rund ein Jahr später schloss Raemaekers dann einen Exklusivvertrag mit dem Eigner des Blattes ab; gleichzeitig sagte er der britischen Regierung seine Unterstützung im Kampf um die Herzen und Köpfe vor allem der Bevölkerung der neutralen



John Bulls Hungerkrieg, L. Bahr, Kladderadatsch, 17. März 1918 (Sammlung des Autors)



Lost Dog. The Worst Story of the War, The Bystander (GB), 14. Juni 1916 (Sammlung des Autors)



Die Treppe der Kultur. Auf den untersten Stufen, russische Karikatur eines unbekanntenen Künstlers, wohl 1915. In: Schnakenberg, Ulrich, Geschichte in Karikaturen II. Deutschland und die Welt, 1900 bis 1945, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2014, S. 28



Unmasked (Demaskiert), Louis Raemaekers, Niederlande, 1914/15 (Sammlung des Autors)

Staaten zu. Mit seinem Einverständnis verteilte Wellington House, die Propaganda-Abteilung in Westminster, 15.000 Raemaekers-Alben an Gewerkschaftsfunktionäre sowie hunderttausende weitere an britische Soldaten.¹² Darüber hinaus finanzierte London die Übersetzung des Bandes „Raemaekers Cartoons“ in 18 Sprachen sowie dessen Dissemination im neutralen Ausland. Raemaekers Botschaft von der „deutschen Barbarei“ fand aber auch auf unkonventionellem Wege Verbreitung: So legte man 50 Millionen (!) Zigarettenspäckchen der Marke „Black Cat“ je eine von 140 ausgewählten Raemaekers-Kriegskarikaturen bei.

Während Raemaekers in England und Frankreich mit Ehrungen überhäuft und seine Zeichnungen millionenfach gedruckt wurden, gelang dem Zeichner nach dem von ihm schon lange erhofften Kriegseintritt der USA im Jahr 1917 der endgültige Durchbruch. Der Holländer unterzeichnete im Sommer einen Vertrag mit der Hearst-Gruppe und tingelte anschließend rund vier Monate quer durch Nordamerika, eröffnete Raemaekers-Ausstellungen und ging auf Raemaekers-Empfänge. Wohin er auch kam: Die mächtigsten Persönlichkeiten rissen sich förmlich um ihn und überhäuft ihn mit Ehrungen. Währenddessen zeichnete Raemaekers praktisch täglich und kommentierte weiterhin den aktuellen Kriegsverlauf – nun häufig aus amerikanischer Sicht.

Im Oktober 1917 beispielsweise veröffentlichten 2000 (!) amerikanische Zeitungen und Zeitschriften mindestens eine seiner Karikaturen. De Ranitz Urteil, dass Raemaekers einen nicht unerheblichen Beitrag leistete zum Stimmungswechsel der amerikanischen Bevölkerung, die ja in ihrer Mehrheit einem Kriegseintritt ursprünglich kritisch gegenübergestanden hatte,¹³ vermag so durchaus zu überzeugen.

Die zentrale Botschaft im Kaiserreich: Durchhalten!

Auch wenn in der Vergangenheit – gerade im Vergleich zu der Gräuelpropaganda eines Louis Raemaekers – immer wieder auf die relative Unterlegenheit der deutschen Propagandaanstrengungen hingewiesen wurde, so sollte man ihre Wirkung auf Front und Heimat hierzulande keinesfalls unterschätzen. Demm konstatiert überzeugend: „Im Ausland war die deutsche Propaganda sicher weniger erfolgreich als die alliierte, im Inland aber hat sie sich durchaus bewährt. Wenn die deutsche Bevölkerung trotz aller Leiden und Entbehnungen vier Jahre lang durchhielt, so lässt sich das überhaupt nur durch den wirksamen Einsatz von Propaganda erklären.“¹⁴ Im Mittelpunkt der vorgestellten Bildmaterialien steht daher nicht in erster Linie die Gräuelpropaganda, sondern die Auseinandersetzung der Karikaturisten mit einem anderen zentralen Thema der Alltagskultur

im Weltkrieg: der Sorge um die tägliche Ernährung und der weit verbreitete Hunger. Schülerinnen und Schüler sollen anhand der Abbildungen die Aussagen der Karikaturisten rekonstruieren, in den historischen Kontext einordnen und schließlich kritisch bewerten. Sie erwerben so wichtige ideologiekritische Kompetenzen, die, werden sie erfolgreich vermittelt, zu einem späteren Zeitpunkt auch auf andere Materialien und Gegenstände angewendet werden können.

Literatur

- Auclert, Jean-Pierre, *Baïonnette aux crayons: Caricatures et propagande de la Grande Guerre*, Paris 2013.
- Bremm, Klaus-Jürgen, *Propaganda im Ersten Weltkrieg*, Darmstadt 2013.
- Brocks, Christine, *Die bunte Welt des Krieges. Bildpostkarten aus dem Ersten Weltkrieg 1914-1918*. Essen 2008
- Bryant, Mark, *World War I in Cartoons*, London 2006
- Consiglio regionale del Piemonte (Hrsg.), *Matite di guerra: satira e propaganda in Europa (1914-1918)*, Turin: Il Pennino, 2014.
- Demm, Eberhard, *Der Erste Weltkrieg in der internationalen Karikatur*, Hannover: Fackelträger Verlag, 1988
- Douglas, Roy, *The Great War, 1914-1918. The cartoonists' vision*, London 1995
- Janz, Oliver (Hrg.), 1914-1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Freie Universität Berlin, <http://encyclopedia.1914-1918-online.net/home/>
- Kämpfer, Frank, *„Der rote Keil“*. Das politische Plakat. Theorie und Geschichte, Berlin 1985.
- Koch, Christian, *Giftpfeile über der Front. Flugschriftpropaganda im und nach dem Ersten Weltkrieg*. Klartext Verlag, Essen 2015.
- Lindenthal, Bernd, *Wir Barbaren. Über Propaganda im Ersten Weltkrieg*, in: *Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins* 46 (2013), S. 149-254.
- Linhart, Sepp, *„Niedliche Japaner“ oder Gelbe Gefahr? Westliche Kriegspostkarten 1900-1945*, Münster: LIT 2005.
- Museum de Fundatie Zwolle (Hrg.), *Sluijters' Grote Oorlog Politieke oorlogsprenten uit de Nieuwe Amsterdammer 1915-1919 (Sluijters' Great War. Political war prints from the Nieuwe Amsterdammer 1915-1919)*, Zwolle 2014
- Popp, Susanne, William Orpens „Unterzeichnung des Friedensvertrages im Spiegelsaal von Versailles, 28. Juni 1919“ - eine Bildquelle als Baustein für eine „Visual History“ des Ersten Weltkrieges, in: *Antike - Bilder - Welt*, hrg.v. Charlotte Bühlgamer, Schwalbach/Ts. 2014, S. 149-162.
- Schnakenberg, Ulrich, *Die Karikatur im Geschichtsunterricht*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2012.
- Schnakenberg, Ulrich, *Geschichte in Karikaturen II. Deutschland und die Welt, 1900 bis 1945*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2014.
- Schnakenberg, Ulrich, *Weltkrieg 1914-1918. Kriegsalltag an Front und Heimatfront*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2014.
- Schnakenberg, Ulrich, Rezension zu: Krufft, Anton; van Lith, Hans; Keuning, Ralph; Scholte, Rob (Hrsg.): *Jan Sluijters oorlogsprenten, 1915-1919. Politieke oorlogsprenten uit de Nieuwe Amsterdammer*. Zwolle 2014 / de Ranitz, Ariane: *Louis Raemaekers 'Armed with Pen and Pencil'. How a Dutch cartoonist became world famous during the First World War*. Roermond 2014 / Gardes, Jean-Claude (Hrsg.): *La guerre après la guerre. L'Echo de la grande guerre dans la caricature*

(1918-2014). Brest 2013, in: H-Soz-Kult, 23.07.2015, <<http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-24671>>.

Sellin, Volker, Maskierung und Demaskierung. Kriegskarikaturen des Simpicissimus in der Weimarer Republik als Quellen der Mentalitätsgeschichte, in: Konrad Krimm, Herwig John, Bild und Geschichte, Sigmaringen 1997, S. 301-317.

Anmerkungen

- 1 Ulrich Schnakenberg, Weltkrieg 1914-1918. Kriegsalltag an Front und Heimatfront, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2014, S. 1ff.
- 2 Hierbei macht sie die wichtige Ergänzung, dass die „Visual History“ die „Bilddokumente der Vergangenheit weniger als Bildquellen zur Rekonstruktion einer außerhalb der Bilder liegenden ‚primären Realität‘ auf der Ebene des dargestellten Ereignisses [betrachtet], sondern vielmehr als historische ‚Akteure‘, die den historischen Prozess mitbestimmen: beispielsweise als propagandistische Waffen in politischen oder militärischen Auseinandersetzungen, als Mittel zur Formung von kollektiven Vorstellungen und Handlungsdispositionen, als Instrument zur Ausübung von Deutungsmacht bei der Konstruktion der Memoria oder schließlich auch als Handlungsziel, in dem politische Taten um der dabei entstehenden wirkmächtigen Medien-Bilder willen verübt werden.“ Susanne Popp, William Orpens „Unterzeichnung des Friedens Vertrages im Spiegelsaal von Versailles, 28. Juni 1919“ - eine Bildquelle als Baustein für eine „Visual History“ des Ersten Weltkrieges, in: Antike - Bilder - Welt, hrg.v. Charlotte Bühl-Gramer, Schwalbach/Ts. 2014, S. 149.
- 3 Michael Jeismann, „Propaganda“, in: Hirschfeld, G. (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn
- 4 2004, 198ff. Leonhard betont ebenfalls, wie die Propaganda Erwartungen weckte, die in der Realität immer weniger erfüllt werden konnten. Jörn Leonhard, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges, München 2014, S. 587. Insgesamt schenkt der Autor der Propaganda in seiner ausgezeichneten Studien zum „Großen Krieg“ aber zu wenig Beachtung.
- 4 Anne Schmidt, Belehrung - Propaganda - Vertrauensarbeit. Essen 2006, S. 247ff.
- 5 Schmidt, Ebd.
- 6 Vgl. Ulrich Schnakenberg, Die Karikatur im Geschichtsunterricht, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2012.
- 7 Eberhard Demm, Der Erste Weltkrieg in der internationalen Karikatur, Hannover: Fackelträger Verlag, 1988, S. 6.
- 8 Edgar Wolfrum, Die 60er Jahre, (Deutschland im Fokus), Darmstadt 2006, S. 6.
- 9 Allerdings weist Bremm zurecht darauf hin, dass eine reine Schuldzuweisung an Regierung, Medien oder Zeichner zu einfach ist. Schließlich handelte es sich bei der glorifizierenden Propaganda um „geliebte Lügen“: Die Bevölkerung wollte nur gute Nachrichten hören und manipulierte sich so wohl ein Stück weit selbst. Vgl. Klaus-Jürgen Bremm, Propaganda im Ersten Weltkrieg, Darmstadt 2013.
- 10 Ariane de Ranitz, Louis Raemaekers 'Armed with Pen and Pencil'. How a Dutch cartoonist became world famous during the First World War. Roermond 2014, hier S. 116
- 11 de Ranitz, S. 95.
- 12 de Ranitz, S. 156.
- 13 de Ranitz, S. 196
- 14 Demm, S. 15.

Constanze Jaiser

Frauen als Opfer und als Akteure von Gewaltherrschaft

In Zeiten von Krieg und Gewaltherrschaft spielen selbstverständlich Männer *und* Frauen eine Rolle. Dennoch geht in der pädagogischen Vermittlung (und nicht nur dort!) eine Hinwendung auf Frauen noch immer mit der Skepsis einher, ob man denn dann auch das „Eigentliche“ und „Wichtige“ vermitteln würde, ob man damit nicht einfach nur noch einen zusätzlichen, mehr oder weniger interessanten Aspekt in den Unterrichtsstoff hineinbringe.

Allein von Frauen und Männern zu sprechen, greift eigentlich zu kurz. Deshalb wären wahrscheinlich Handlungsspielräume im privaten und öffentlichen Raum das treffendere Workshopthema gewesen. Doch auch mit einer solchen Einteilung entgeht man nicht zwangsläufig einer Bewertung in wichtige und weniger wichtige Aspekte in der Geschichtsvermittlung zum Thema.

Entscheidend ist die Einsicht, dass dichotome Analysemodelle den Blick auf geschichtliche Realitäten geradezu verstellen. Denn die Beschäftigung mit Frauen im Krieg ist in Wirklichkeit eine Auseinandersetzung mit Genderfragen, die keineswegs auf ein biologisches Geschlecht

bezogen sind. Vielmehr waren und sind das Beziehungsgeflecht zwischen Frauen und Männern und das Aushandeln von geschlechtsspezifischen Handlungsräumen die Prämissen einer fruchtbaren Auseinandersetzung mit dem Themenfeld.

Das notwendige Aufgeben einer dichotomen Sichtweise erstreckt sich im Weiteren auch auf die Verflechtung von Kriegsfrente und Heimatfront; sie lässt sich in wirtschaftliche und soziale Aspekte auffächern, spiegelt sich aber auch – betrachtet man zum Beispiel Plakate oder autobiografische Äußerungen – in Propaganda und Atmosphäre wider. Unter Extrembedingungen, wie Diktatur und Krieg, weicht die in der Regel weiblich und männlich konnotierte Grenzziehung zwischen „privaten“ und „öffentlichen“ Räumen, auf. Und der Verlauf des jeweiligen kriegerischen Konfliktes hat, wie die Geschichte zeigt, erhebliche Auswirkungen auf Selbstbilder, Rollenverständnis und Handlungsspielräume.

Im Rahmen des Workshops ging es aber zunächst um die Fragen: Was haben Frauen gemacht im Krieg? Welche Rollen und Aufgaben füllten sie aus?

Inwieweit deckten diese sich mit Geschlechterordnungen der jeweiligen Zeit?

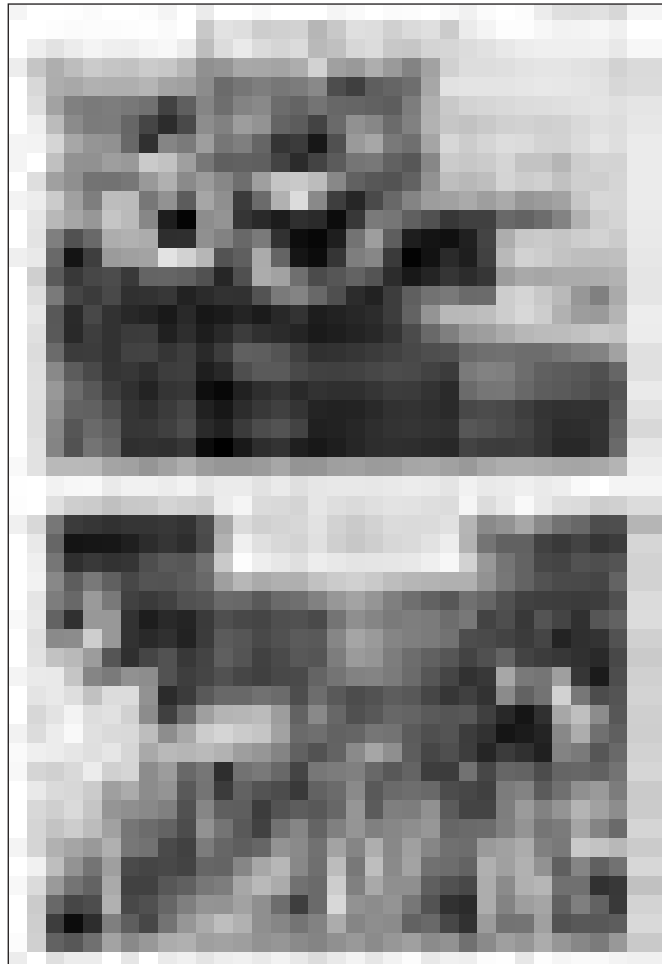
„Während den Männern eingetrichtert wurde, sie müssten Frauen und Kinder ‚in der Heimat‘

Beispiele von Handlungsräumen von Frauen im Ersten Weltkrieg

Beginnen wir mit Beispielen aus dem Ersten Weltkrieg. Frauen erschienen bereits früh auf Bildpostkarten als Symbol der „Waffenbrüderschaft“ und „Vaterlandstreue“.¹

Eine ihrer konkreten Aufgaben bestand, unter dem Begriff „Labadienst“ darin, Dienst an den Nächsten zu verrichten, sei es das millionenfache Herstellen für und Versenden von diversen „Liebesgaben“ an die Soldaten, sei es bei der Unterstützung von kriegsbedingt arbeitslos gewordenen Frauen, der Sammlung von Geld und Materialien oder der Armen-, Mütter- und Kinderfürsorge.²

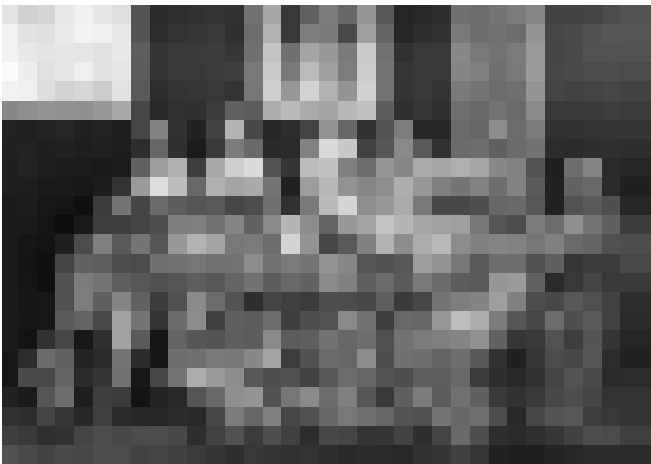
Im Verlauf des Krieges traten jedoch weitere Tätigkeitsfelder immer mehr in den Vordergrund, die mit der demografischen und wirtschaftlichen Situation der Kriegsländer zu tun hatten. So wurden Frauen mehr und mehr in typischen Männerberufen akzeptiert, ja massiv angeworben. Ein typisches Sujet auf Tausenden von Bildpostkarten, wie sie im Wien-Museum gesammelt wurden, waren Frauen als Briefträgerinnen, Straßenkehrerinnen, Schaffnerinnen, Gemüsebäuerinnen in den städtischen Parkanlagen oder als „Tramwayschienen-Reinigerin“.



„The Girl behind the Gun“: Die Seite erschien in der Ausgabe vom 30. Dezember 1915 des englischen Kriegsmagazins „The War Budget“. Die beiden Frauen oben bringen Sprengkapseln an Geschossen an, unten inspizieren Frauen die fertigen Kartuschen auf einem Fließband. WikiCommons, public domain

mit ihrem Leben schützen, quasi die bedrohte heile Welt daheim verteidigen, bekamen die Frauen vermittelt, dass sie ihren Beitrag zu leisten hatten. Das Kriegslleistungsgesetz, bereits 1912 eingeführt, verpflichtete alle Untertanen des Kaisers zur Dienstleistung im Kriegsfall. Verbrämt war das noch mit der reaktionären Botschaft, der Krieg werde ‚tiefer, echter Weiblichkeit‘ erst zum Durchbruch verhelfen.“³

Doch auch der steigende Bedarf von Arbeitskräften in der Rüstungsindustrie öffnete Zugänge für Frauen. Waren Frauen vor dem Krieg allenfalls in der firmeneigenen Kantine beschäftigt, so stellten sie zum Beispiel im saarländischen Eisenwerk St. Ingbert/Differdingen im Ersten



Gruppenaufnahme von Kriegskrankenschwestern im k. u. k. Epidemiehospital in Troppau, Fotografie, 1915. Quelle: ww1-habsburger.net, © Sammlung Frauennachlässe, Institut für Geschichte der Universität Wien

Weltkrieg 1917 22 Prozent der Belegschaft.⁴

Als Rote-Kreuz-Schwester waren Frauen sowohl an der Heimat als auch an der Kriegsfront im Einsatz. Wurde die Figur des Soldaten als Idealbild von Männlichkeit propagiert, so war besonders die Figur der Kriegskrankenschwester sein weibliches Äquivalent.

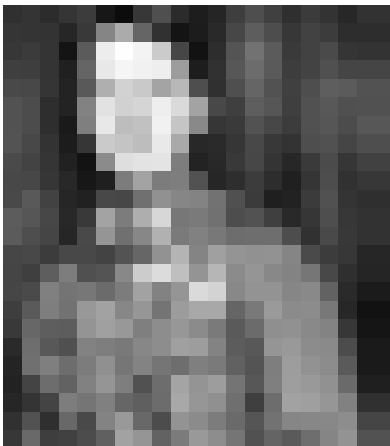
Darüber hinaus waren weibliche Hilfskräfte auch in der Armee tätig und damit direkt in die Kriegsführung einbezogen. Für Österreich ist die Rede von 30.000 bis 50.000 „weiblichen Hilfskräften der Armee im Felde“, die durch ihren Einsatz die Soldaten für den Fronteinsatz freistellen sollten.⁵

Bekannt sind auch Frauen, die, freilich als Mann verkleidet, im Krieg als Soldatinnen kämpften. Victoria Savs zum Beispiel war als Hans Savs im Krieg. Sie war 16 Jahre alt. Man ließ sie in Männerkleidern und unter dem Siegel der Verschwiegenheit zu. Erst als sie, inzwischen mit Medaillen dekoriert, eine schwere Verletzung erlitt, flog der Schwindel auf.⁶

Dorothy Lawrence, eine englische Reporterin, schlich sich im Ersten Weltkrieg an die Front, um zu kämpfen und als Journalistin über ihr Abenteuer zu berichten. In die Schlacht zog sie per Fahrrad und verkleidet als Mann.⁷

Schließlich sind auch Frauen zu nennen, die nicht im oder für den Krieg tätig waren, sondern als politische Aktivistinnen gegen den Krieg kämpften.

So hatten die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann mit einigen gleich gesinnten bürgerlichen Frauenrechtlerinnen aus Holland und England einen Internationalen Frauenkongress für Frieden in Den Haag geplant. Über 1100 Frauen aus 12 Nationen, Europa und den USA trafen sich im April 1915 in Den Haag, zum Teil reisten sie unter widrigsten Umständen durch Kriegsgebiet an. Sie forderten u.a. allgemeine Abrüstung, dem Recht die Herrschaft über die Gewalt zu verschaffen, die Gleichberechtigung der Frau und einen internationalen Strafgerichtshof. Außerdem gründeten sie die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ und sandten im Anschluss Delegationen mit ihren Forderungen zu den einzelnen europäischen Regierungen.⁸ Vier Jahre später, auf dem 2. Internationalen Frau-



Victoria (Hans) Savs. Quelle: WikiCommons, gemeinfrei

enfriedenskongress in Zürich, benannten sie das Internationale Frauenkomitee für dauernden Frieden in „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ (IFFF) um.

Die kursorische Auflistung von weiblichen Handlungsräumen während des Ersten Weltkriegs mag genügen, um deutlich zu machen, wie vielfältig die Rollen von Frauen und damit auch die Verflechtungsgeschichte von Kriegs- und Heimatfront war. Mit Fotos, Dokumenten, Zeugnisaussagen oder eigenen Entdeckungen in Stadt- und Firmenarchiven lassen sich interessante Unterrichtseinheiten erstellen.

Beispiele von Handlungsräumen von Frauen im Zweiten Weltkrieg

Bezogen auf die NS-Zeit und den Zweiten Weltkrieg ist das Thema Frauen als Täterinnen und Mittäterinnen inzwischen gut dokumentiert. Die Handlungsspielräume von Frauen waren dabei häufig eingeschränkt resp. konnten sie die Karriereleiter nicht in derselben Weise erklimmen wie Männer. Doch gibt es genügend Fälle, die eben doch einen Karriereweg erkennen lassen, der nicht minder rücksichtslos gegangen wurde. Als Beispiel sei der Werdegang der jungen KZ-Aufseherin Irma Grese, zu der ich didaktisch aufbereitetes Material für eine Diskussion während des Workshops mitgebracht hatte, skizziert:

Irma Grese begann 18-jährig ihren Dienst als KZ-Aufseherin im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück, wurde nach Auschwitz-Birkenau versetzt, wo sie im Telefondienst und in der Postzensur begann, dann als Bewacherin des Straßenbau- und des Gartenbaukommandos und auch des Strafkommandos tätig war und schließlich als jüngste Aufseherin von Auschwitz die zweithöchste Position, die Frauen im so genannten weiblichen Gefolge der SS einnehmen konnten, erlangte. Als Rapportführerin im Lagerabschnitt C in Birkenau war sie zuständig für die Arbeits- und Zählappelle von 20.000 bis 30.000 weiblichen Häftlingen, sie war an Selektionen beteiligt und nahm insbesondere die Aufgabe wahr, die Flucht von Gefangenen zu verhindern. Mit einem Räumungstransport Anfang 1945 kam sie für vier Wochen nach Ravensbrück zurück und von dort nach Bergen-Belsen, wo sie als Kommandoführerin am Tor das tägliche Passieren der Häftlinge kontrollierte. Wegen ihrer Beteiligung an den mörderischen Verbrechen und ihrer vielfach bezeugten Brutalität wurde sie bereits 1945 vor dem britischen Militärgericht in Lüneburg zum Tode verurteilt.⁹

Auch wenn die oberen Hierarchie-ränge für Frauen und Mädchen in der Regel eher die Ausnahme waren, so gestalteten sie doch die nationalsozialistische Gewalt-herrschaft maßgeblich mit, wie ein Blick auf die traditionell weiblich konnotierten Aufgaben zeigt. Beispielsweise war die Rolle der

Fürsorgerinnen alles andere als ein „unpolitisches Helfen“, sondern ihre Arbeit nahm eine Schlüsselfunktion für die national-sozialistische Diskriminierungs- und Ausmerzpolitik ein.¹⁰ Überhaupt erfüllte die Sozialarbeit in der NS-Zeit wichtige Funktionen, sei es bei der Erhebung von Lebensumständen und politischer Einstellung und der davon abhängigen Gewährung von Unterstützungen wie Ehestandsdarlehen oder Kinderbeihilfen, sei es bei der Anwendung eugenischer Prinzipien und rassistischer Ideologie.¹¹

Auch überwiegend von Frauen ausgeübte Bürotätigkeiten feiten keineswegs davor, unmittelbar in die Vernichtungsmaschinerie einbezogen zu sein und hierin eine aktive Rolle zu übernehmen. Am Beispiel des weiblichen Büro-personals, das in den Heil- und Pflegeanstalten an den NS-„Euthanasie“-Morden beteiligt war, lässt sich feststellen, dass Frauen vor Ort nicht nur einen sicheren Arbeitsplatz, sondern offenbar auch gute Bedingungen vorfanden, den richtigen Mann für eine Eheschließung zu finden.¹²

Zumindest auf den zweiten Blick pädagogisch vielversprechend ist auch die Einbeziehung von Frauen als Repräsentantinnen des NS-Staats, so zum Beispiel Magda Goebbels, die nicht nur als Vorzeigemutter, sondern auch als enge Vertraute Hitlers und als eigenständig der national-sozialistischen Ideologie folgende Täterin aktiv war.¹³ Durch den Film „Der Untergang“, der in vielen

Schulen zum gängigen Unterrichtsmaterial gehört, kann sehr leicht an Vorwissen angeknüpft werden, um dies dann multiperspektivisch zu vertiefen.

Durch die Berücksichtigung der weiblichen Erfahrungswelt und Handlungsspielräume kann es gelingen, die Alltagswirklichkeit von Krieg näher zu bringen; der Zugang ermöglicht eher eine Vorstellung als der „ferne“ Krieg. Darüber hinaus kann nur so das Beziehungsgeflecht wahrgenommen werden, das immer eine Rolle spielt, zugespitzt bis hin zu etwas, dass die Historikerin Lerke Gravenhorst einst als „Verbrechensverbund Ehe“ bezeichnet hat. Ohne „die Frau an seiner Seite“ (so ein Buchtitel zu den SS-Ehefrauen) wäre das Morden, aber auch das Streben nach Karriere und Anerkennung für Männer ganz anders ausgefallen.

Aus der Perspektive der Verfolgten gilt es natürlich ebenso, die verschiedenen möglichen Erfahrungsräume von Frauen sehen zu lernen. Dabei wäre es wünschenswert, wenn der Diskurs internationaler geführt werden würde. Gerade sexuelle Gewalt bzw. sexualisierte Gewalt ist ein zentrales Strukturmerkmal von Kriegsverbrechen, und diese traf nicht nur Jüdinnen, Roma und Sinti oder politische Widerständige, sondern spielte in großem Stil auch eine Rolle in asiatisch-pazifischen Ländern.¹⁴ Das Problem bei diesem Thema freilich ist neben der Gefahr der Überwältigung von Jugendlichen auch wieder die

Gefahr der Reproduktion üblicher Viktimisierungsdiskurse.¹⁵

Fällt die Entscheidung auf den nach wie vor gewinnbringenden biografischen Ansatz um Geschichte zu vermitteln, so kann das Thema Frauen und Mädchen als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung zum Beispiel über die interaktive Jugendwebseite „Du bist anders?“ selbstständig erschlossen werden.¹⁶ Wichtig bei den vorgestellten Lebensgeschichten war uns immer, über die, wenn auch noch so geringen, Handlungsspielräume der jungen Protagonist_innen zu erzählen; die Person gerade nicht als „Jüdin“, „Zigeunerin“, „Asoziale“ zu klassifizieren; und sie soweit wie möglich in einem Beziehungsgeflecht darzustellen (Familie, Freunde, Helfende, Verfolger, Profiteure, etc.).

Pädagogisch ist neben einem biografischen Ansatz auch eine regionalgeschichtliche Anbindung sinnvoll. Welche Orte kennen Sie in Hessen, in denen auch Frauen eine Rolle spielen? Materialien sind entweder vorhanden oder könnten leicht erstellt werden, zum Beispiel zur Gedenkstätte Hadamar und den NS-Euthanasie-Morden (z.B. Aussagen von Pflegerinnen oder von Büropersonal).

Auch das Thema Frauen und Zwangsarbeit lässt sich ortsbezogen vermitteln und erforschen und ist ein weites Feld mit noch vielen unterbelichteten Aspekten.¹⁷ Nach Ulrich Herberts Studien zum Thema „Fremdarbeiter“ und „Ausländer-Einsatz“ in der Kriegswirtschaft, lag

die Zahl der registrierten ausländischen Zivilarbeiter im August 1944 bei 5,7 Millionen. Ein Drittel davon waren Frauen, die in überwiegender Mehrzahl aus Osteuropakamen (87 Prozent, bei den Männern waren es 62 Prozent).¹⁸

Die von den Nationalsozialisten vorgenommene rassistische und politisch-ideologische Einteilung der einzelnen Ausländergruppen korrespondierte mit dem wachsenden Frauenanteil. Bei den zivilen Kräften aus der damaligen Sowjetunion lag der Frauenanteil bei über 50 Prozent, beim Bündnispartner Ungarn bei lediglich 3 Prozent - ein Phänomen, das, nach Cordula Tollmien, mit dem rassistischen Menschenbild der Nationalsozialisten und den behaupteten Hierarchien in der Wertigkeit korrespondierte.

Ein spezielles, bis heute nur wenig beachtetes Thema ist das der „Kinder von Zwangsarbeiterinnen“. Eine Datenbank im Internet, mit über 400 Einträgen, wo überall Entbindungs- oder Säuglingslager bestanden bzw. Spuren wie Säuglingsgräber oder Zeitzeugenberichte eine weitere Erforschung erfordern, sowie weitere Informationen zu Zwangsarbeiterinnen und ihren Kindern finden sich auf der Webseite der Historikerin Cordula Tollmien.¹⁹

Biografische und regionalgeschichtliche Ansätze sind aus meiner Sicht nach wie vor gut geeignet, um in ein Thema zu führen. Bedeutsam scheint mir daneben aber auch, methodisch-didaktische Wege zu gehen, bei

denen einerseits „Geschichte spannend erzählt wird“, andererseits ausreichend Möglichkeiten gegeben werden, verschiedene Perspektiven kennenzulernen und eine eigene Werteklä rung zu erreichen.

Die Neigung zu Heroisierung (= männlich) und Viktimisierung (= weiblich), die in der Erinnerung an Kriege auch auf internationaler Ebene zu beobachten ist, gilt es immer wieder neu zu unterwandern. Solchen (stereo)typisierenden geschlechtsspezifischen Geschichtsbildern sollte mit Gegen-Bildern begegnet werden, um eine Reflexion anzuregen über Fragen nach dem Wie und Warum dieser Art von Erinnerungen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu Christa Hämmerle: „Heimat/Front-Geschlechtergeschichte/n des Ersten Weltkriegs in Österreich-Ungarn“, Wien, 2014.
- 2 Grundlagenpapier österreichischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus Anlass des Gedenkens des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren, http://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/bmeia/media/3-Kulturpolitische_Sektion_-_pdf/Themen_Dateien/Grundlagenpapier_1914_-2014.pdf (Letzter Zugriff: 14.05.2016).
- 3 Petra Stuibler, Alltag und der Kampf der Frauen an der Heimatfront, in: Der Standard, 29.11.2013, <http://derstandard.at/1385169370487/-von-einem-Weib-heimflennen-> (letzter Zugriff: 14.05.2016), darin auch eine Beispielpostkarte.
- 4 Vgl. <http://www.alte-schmelz.de/Ansicht/Hauptseiten/Geschichte.htm> (letzter Zugriff: 14.05.2016).

- 5 Grundlagenpapier www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/bmeia/media/3-Kulturpolitische_Sektion_pdf/Themen_Dateien/Grundlagenpapier_1914_-_.2014.pdf (Letzter Zugriff: 14.05.2016).
- 6 Vgl. <http://www.dreizinnen.info/historisches/soldatin-viktoria-savs.asp> (letzter Zugriff: 14.05.2016).
- 7 <http://www.spiegel.de/einestages/erster-weltkrieg-soldatin-dorothy-lawrence-a-951366.html> (letzter Zugriff: 14.05.2016).
- 8 Imogen Rhia Herrad, Frauenkongress. Ein Radiofeature des SWR (2015), <http://www.swr.de/-/id=15214204/property=download/nid=660374/18pfvv1/swr2-wissen-20150428.pdf> (letzter Zugriff: 14.05.2016). Vgl. auch das Unterrichtsmaterial von Ute Kätzel, Es waren nur wenige, doch der Staat fühlte sich bedroht. Frauenfriedensbewegung von 1899 bis 1933, in: Praxis Geschichte, Heft 3/97, S. 9-13 http://87.106.4.207/service/unter/f_beweg/ktzel_02.htm (letzter Zugriff: 14.05.2016).
- 9 Vgl. auch meinen Beitrag Irma Grese (1923-1945). Zur Rezeption einer SS-Aufseherin, in: Simone Erpel (Hrsg.), Im Gefolge der SS: Aufseherinnen im Frauen-KZ Ravensbrück. Begleitband zur Ausstellung, Berlin 2007.
- 10 Esther Lehnert, Die Beteiligung von Fürsorgerinnen an der Bildung und Umsetzung der Kategorie „minderwertig“ im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2003.
- 11 Vgl. z.B. Stefan Schnurr, Sozialpädagogen im Nationalsozialismus, Weinheim und München 1997.
- 12 Die Untersuchung der Personalakten sowie Vernehmungsprotokollen führte zu dieser, auch mich überraschenden Erkenntnis, vgl. meinen Beitrag „Das Büropersonal in der Euthanasie-Mordanstalt Bernburg. Möglichkeiten der Umsetzung des Themas ‚Frauen als Täterinnen im NS‘ in der Bildungsarbeit“, in: Dokumentation der Tagung „Frauen als Täterinnen“ in der Gedenkstätte Bernburg, Halle 2007, S. 26-55.
- 13 Vgl. z.B. Anja Klabunde, Magda Goebbels - Annäherung an ein Leben, München 1999.
- 14 Vgl. Rheinischen JournalistInnenbüro in Köln, Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg, 2. Auflage vom November 2012, zum Bestellen oder als frei zugängliches PDF (unter „Didaktisches/Unterrichtsmaterialien“) auf der Webseite der Herausgeber, <http://www.3www2.de>.
- 15 Vgl. z.B. Helga Amesberger, Katrin Auer, Brigitte Halbmayr, Sexualisierte Gewalt. Weibliche Erfahrungen in Konzentrationslagern Wien 2004; Regina Mühlhäuser, Eroberungen. Sexuelle Gewalttaten und intime Beziehungen deutscher Soldaten in der Sowjetunion 1941-1945, Hamburg 2010; zum Thema „Sexualität im Gewaltverhältnis KZ“ vgl. auch meine Forschung zu „Repräsentationen von Sexualität und Gewalt in Zeugnissen jüdischer und nichtjüdischer Überlebender“, in: Gisela Bock (Hrsg.), Genozid und Geschlecht im System der nationalsozialistischen Lager, Frankfurt a. M. 2005, S. 123-148.
- 16 Hrsg. Von der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Redaktion: Nadja Grintzewitsch, Constanze Jaiser, Julia Radtke, vgl. www.dubistanders.de.
- 17 Vgl. die umfassende Topografie des Nationalsozialismus in Hessen, bei Eingabe des Schlagworts „Zwangsarbeit“ erscheinen zahlreiche Orte, <http://www.lagis-hessen.de/de/subjects/index/sn/nstopo> (letzter Zugriff: 14.05.2016).
- 18 Vgl. Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des "Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin-Bonn 1985, S. 271.
- 19 <http://www.cordula-tollmien.de/zwangsarbeiterinnen.html> und <http://www.krieggegenkinder.de> (letzter Zugriff: 14.05.2016).

Judith Sucher, Viola Krause

Zum Umgang mit „Tätern“ und „Opfern“ in der Erinnerungskultur und Bildungsarbeit

Exkursion und Workshop zur Kriegsgräberstätte Kloster Arnsburg

Auf insgesamt 1.052 hessischen Kriegsgräberstätten und Friedhöfen ruhen über 70.000 Kriegstote des Ersten und des Zweiten Weltkrieges. Gemäß der Genfer Konvention sowie dem bundesdeutschen „Gesetz über die Erhaltung der Gräber von Krieg und Gewaltherrschaft“ aus dem Jahre 1952 dient das dauerhafte Ruherecht dieser Gräber dazu, der „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft [...] zu gedenken und für zukünftige Generationen die Erinnerung wach zu halten, welche schrecklichen Folgen Krieg und Gewaltherrschaft haben.“¹ Wer genau diese Opfer sind und um welche konkreten Erinnerungen und schrecklichen Auswirkungen es geht, ist jedoch an den wenigsten dieser Stätten ersichtlich: Nur sehr selten finden sich auf Kriegsgräberstätten Informationen, die über die wenigen Angaben der Grabzeichen - Name, Geburts- sowie Todesdatum, militärischer Rang und (soweit bekannt) Nationalität - hinausgehen. Dieses Fehlen jedweder Individualität und oftmals auch Identität der auf Kriegsgräberstätten Bestatteten wird durch die einheitliche Gestaltung, die mit diesen

Orten einhergeht, noch verstärkt: Die Anordnung der Grabsteine in fast schon militärischer Formation lässt den Besucher unwillkürlich und beinahe unvermeidlich den Schluss ziehen, dass man es ausschließlich mit Soldatengräbern zu tun hat. Auch die vereinfachte Bezeichnung „Kriegstoter“ oder „Kriegsopfer“ trägt hierzu bei. Zwar ist diese Bezeichnung allein von der Wortbedeutung her nicht falsch, handelt es sich doch tatsächlich um Tote oder Opfer, welche durch Kriegsumstände oder -handlungen gestorben sind. Bei genauerer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass diese undifferenzierte Bezeichnung problematisch ist. Denn auf deutschen Kriegsgräberstätten ruhen nicht nur Opfer des Ersten und Zweiten Weltkrieges, sondern auch Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Politische Gegner des Regimes zählten bereits ab 1933 zu den ersten Opfern des Regimes und auch der Holocaust begann nicht erst nach Beginn des Zweiten Weltkrieges. Diese Toten werden unter der Begrifflichkeit „Kriegstote“ somit gar nicht berücksichtigt.² Aber auch die bis heute auf

Hinweisschildern oft zu findende Bezeichnung „Soldatenfriedhof“ wird der Komplexität der Orte nicht gerecht: Als Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft finden sich auch Kriegsgefangene, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sowie deren in der Gefangenschaft geborenen und verstorbenen Kinder, Bombenopfer, KZ-Häftlinge, Opfer des sogenannten „Euthanasie“-Programms, Flüchtlinge, Vertriebene und Displaced Persons auf hessischen Kriegsgräberstätten.

Die mit der Erweiterung des Gräbergesetzes einhergehende Formel, allumfassend den „Opfern von Krieg und Gewalt“ zu gedenken, hat zudem die Tendenz gefördert, die Unterscheidung zwischen „Tätern“ und „Opfern“ aufzulösen. Diese Auflösung ist um so problematischer, als dass man auf deutschen Kriegsgräberstätten immer wieder mit einer Doppelstruktur von Tätern und Opfern konfrontiert wird. Vor allem hinsichtlich der Toten des Zweiten Weltkriegs funktionieren kollektive Zuschreibungen von Täter- und Opferrollen nicht. Dies macht sich vor allem - aber nicht nur³ - an der Opfergruppe der Soldaten fest. Wernstedt plädiert dafür, in dieser „politisch prekären“ Frage gedanklich - und im Falle des Volksbundes auch praktisch - zu unterscheiden zwischen Soldaten, die sich verbrecherisch und völkerrechtswidrig verhalten haben und denen, deren kriegerisches Verhalten eine eindeutige Unterscheidung zwischen Täter und Opfer nicht zulassen.⁴ Wie jedoch kann man

diese Unterscheidung als Besucher einer Kriegsgräberstätte treffen, wenn man doch kaum mehr weiß, als das, was auf den Grabzeichen niedergeschrieben steht? Und wie soll der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. als anerkannter Träger der politischen Bildung mit dieser Tatsache umgehen? Wie gar mit der Tatsache, dass es auch Friedhöfe gibt, auf denen nachgewiesene Kriegsverbrecher liegen?

Man kann davon ausgehen, dass sich in Europa kaum eine Kriegsgräberstätte findet, auf der keine SS-Angehörigen liegen, schlimmstenfalls Reihe an Reihe mit Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Dies liegt darin begründet, dass der Volksbund sich bei der in den 1950er und 1960er Jahren erfolgten Zu- und Umbettung von „Kriegstoten“ auf Sammelfriedhöfe von der Maxime „Im Tode sind alle Menschen gleich“ hat leiten lassen. Dieses dadurch entstandene Nebeneinander aller „Opfergruppen“ stößt beim Besuch einer Kriegsgräberstätte auch persönlich nicht betroffenen Besucher mitunter übel auf. Mannitz sieht in dieser Praxis und der damit einhergehenden fehlenden Reflexion der unterschiedlichen „Kriegstoten“ einen Ausdruck der unmittelbaren Erinnerungskultur nach 1945: Diese war geprägt durch „die Ambivalenz der vielschichtigen Abgrenzungen von Täter- und Opfergruppen, individueller Schuld und gesamtgesellschaftlicher Verantwortung“ einerseits sowie durch das „Leugnen und

Nichtwahrhabenwollen der begangenen Verbrechen durch die Beteiligten“ andererseits.⁵ Erst in den achtziger Jahren, mit Wegfall der unmittelbaren Erlebnisgeneration als zentralem Träger des nationalen Gedächtnisses, rückten die Opfer des Nationalsozialismus ins Zentrum des kulturellen Gedächtnisses.⁶ Im Zusammenhang mit diesem Generationenwechsel steht auch der Wandel der Bedeutung von Kriegsgräberstätten als Orte der individuellen Trauer der Angehörigen (für die deutschen Kriegstoten) hin zu kollektiven Gedenkorten (für die Opfer des Nationalsozialismus). Der zu Beginn erwähnte mahnende Auftrag, der von Kriegsgräbern ausgeht, rückt also immer stärker ins Zentrum. Wernstedt sieht hier vor allem das Potential dieser Orte als „materielle Hinterlassenschaften“⁷ des Krieges. Um dem völkerrechtlichen und friedenspädagogischen Auftrag des Gräbergesetzes gerecht zu werden, müssen sie jedoch erklärt und zugänglich gemacht werden. Sie dürfen nicht weiter stumme Orte zu sein, die keinerlei Informationen über ihre Geschichte und ihre Toten preisgeben, sondern müssen zu Lernorten entwickelt werden.

Wie dies aussehen kann und welches didaktische Potenzial sich insbesondere aufgrund der „Opfer“struktur bietet, wurde im Workshop zur Kriegsgräberstätte Kloster Arnsburg erörtert.

Auch im Falle der im Kreuzganggarten des Zisterzienserkloster angelegten Kriegsgräberstätte

erfolgte die Zusammenbettung der Kriegstoten aus den Kreisen Alsfeld, Büdingen und Gießen Ende der 1950er Jahre aus praktischen Erwägungen heraus. Die genauen Beweggründe der einzelnen Gemeinden sind heute nur noch schwer nachvollziehbar. Aus einem Schreiben des Volksbundes geht jedoch hervor, dass einige Gemeinden den Wunsch äußerten, den für die dauerhaften Kriegsgräber beanspruchten Platz auf den Gemeindefriedhöfen für neue Bestattungen zu räumen.

Laut der am Eingang befindlichen Gedenk- und Übersichtstafel ist dieser Friedhof nun die letzte Ruhestätte „für 450 Opfer des Krieges und nationalsozialistischer Gewalt“. Neben deutschen Wehrmachtssoldaten und Angehörigen der Waffen-SS sind dies ausländische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der damaligen Sowjetunion, aus Polen, Ungarn, Rumänien, Tschechien und Lettland. Unter den Opfern befinden sich zudem Kriegstote - 81 Frauen und sechs Männer -, die als Häftlinge der Gestapo in den letzten Kriegstagen von einer Kampftruppe der SS bei Hirzenhain ermordet wurden.⁸ Unter dem Vorwand der Entlassung setzte man die Gefangenen am 26. März 1945 aus dem dortigen Arbeitserziehungslager in Marsch, um sie kaltblütig zu erschießen. Auch die sechs männlichen Zwangsarbeiter, die das Massengrab am Vortag ausheben mussten, wurden ermordet.

Lediglich einer der verantwortlichen SS-Männer musste sich für diese Tat verantworten, der Kommandeur wurde wegen anderer Kriegsverbrechen hingerichtet, die übrigen blieben unbehelligt.

Einem Schreiben des Volksbundes aus dem Jahre 1960 zufolge äußerte der damalige Regierungspräsident im Zuge der allgemeinen Umbettungen den Wunsch, auch die 87 Opfer der Gestapo auf den neu angelegten „Kriegsopferfriedhof“ – so die damalige Bezeichnung – zu überführen. Diese waren bislang in Hirzenhain an einer stark befahrenen Straße bestattet, eine Situation, die dem Regierungspräsidenten laut Schreiben nicht als würdige Ruhestätte erschien. Von den 87 Toten konnte lediglich die Luxemburgerin Emilie Schmitz im Zuge der Umbettung identifiziert werden. Alle übrigen Toten wurden – trotz des durch das Schreiben bewiesenen Wissens, dass es sich um „Opfer der Gestapo“ handelte – als „unbekannte Kriegstote“ mit dem falschen Sterbedatum des 3. April 1945 beigesetzt. Möglicherweise ist diese dadurch entstandene Anonymität Ausdruck der von Mannitz angesprochenen Verdrängung der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. Ende der 1970er Jahre schließlich entbrannte eine heftige Diskussion darüber, wie mit dem Gedenken an diese Opfer umgegangen wurde. Während am Ort der Erschießung in der Gemeinde Hirzenhain eine Gedenktafel an die Ermordeten erinnerte

und auch auf den neuen Begräbnisort verwies, so erhielten die Besucher der Kriegsgräberstätte Kloster Arnburg falsche Informationen über die Opfer, die auch nicht auf einen zusammenhängenden Rückschluss beider Orte schließen ließen. Erst 1996, 51 Jahre nach der Erschießung der Opfer, kam es zu einem Austausch der Grabplatten und einer Kenntlichmachung des Schicksals der Toten. Der neue Text der Grabplatten lautet nun: „Gestapo-Gefangene ermordet am 26.3.1945 bei Hirzenhain.“ Eine Informationstafel an der Friedhofsmauer erinnert zudem an das Verbrechen, eine weitere Tafel listet die Namen der 87 Ermordeten auf.

Der Fall der Kriegsgräberstätte Kloster Arnburg hat gezeigt, dass auch Formen des Erinnerns und Gedenkens einem gesellschaftlichen Wandel unterliegen. Für den Landesverband Hessen war diese Diskussion Anlass, ein Forschungsprojekt zur historischen Aufarbeitung ausgewählter Kriegsgräberstätten anzustoßen, um die Geschichte und die Entstehung hessischer Kriegsgräberstätten und die mit ihnen verbundenen Biografien zu recherchieren und zu dokumentieren und damit auch aus eigenen Versäumnissen zu lernen. Denn um dem friedenspädagogischen Anspruch gerecht zu werden und an die Folgen von Krieg und Gewalt zu mahnen, müssen Kriegsgräberstätten auch der historischen Wahrheit genügen.⁹ Dazu gehört auch, dass man bestimmte

Biografien und erinnerungspolitische Entwicklungen und eigene Verfehlungen nicht verschweigt. Wenn man diesem Anspruch folgt, bieten Kriegsgräberstätten neben Gedenkstätten Anknüpfungspunkte für eine universelle, multiperspektivische historisch-politische Bildung und haben zudem den Vorteil, dass sie in lokaler Reichweite zu fast jeder hessischen Schule zu finden sind.

Noch mehr als Gedenkstätten, die sich am historischen Ort des Verbrechens befinden, betrifft sie die Problematik, dass sich mit immer größerem Abstand zum Zweiten Weltkrieg schwer eine spontane Empathie bei jungen Leuten erzeugen lässt. Zu lange liegen die Ereignisse zurück, zu viel erfährt man über die Medien, zu wenig weiß man noch über die eigene Familiengeschichte. Die heutige Schüलगeneration, insbesondere in der Migrationsgesellschaft, hat in der Mehrheit kein persönliches Verhältnis zu der Zeit des Nationalsozialismus. Durch den Generationen- und damit einhergehenden Perspektivwechsel bieten sich aber gleichsam auch Chancen, wie Mannitz erkennt: „Wer nicht mehr an die subjektive Erinnerung der Großeltern gebunden ist, sondern sich anhand vieler Quellen eigene objektive Zugänge zur Geschichte erarbeitet und recherchiert, wird mit größerer Wahrscheinlichkeit auf historische Fakten, aber vor allem auch auf Multiperspektivität der Geschichte stoßen und Fragen selbstreflektierter beantworten“.¹⁰

Multiperspektivität versucht, ein eindimensionales Geschichtsbild aufzubrechen, indem verschiedenen Perspektiven offengelegt werden.¹¹ Die Toten der Kriegsgräberstätte Kloster Arnsburg sind sehr viel mehr, als die bloßen Daten der Grabkennzeichnung aussagen: Allein durch die Gestaltung der Anlage wird der Mensch als Mensch nicht erkennbar, das persönliche Schicksal nicht ersichtlich. Wer diese 450 Toten waren, wie ihre Lebens- und Leidenswege aussahen, unter welchen Umständen sie den Tod fanden - diese Fragen sollen (soweit 70 Jahre nach Kriegsende noch möglich) durch das Forschungsprojekt beantwortet werden.

Multiperspektivität als didaktischer Ansatz für eine Kriegsgräberstätte bedeutet aber auch, Menschen und deren Handlungsoptionen in ihrer Vielschichtigkeit zu zeigen und sich somit auch „unangenehmer“ Biografien anzunehmen. Insbesondere in der Bildungsarbeit sind schematische Einordnungen wie „Täter“ und „Opfer“ problematisch, da sie dazu verleiten, unter ihrer Zuhilfenahme komplexe Sachverhalte zu schnell und zu einfach zu erklären. Dabei wird jedoch nicht nur die Komplexität der Geschichte außer Acht gelassen. Es wird auch verhindert, dass man tatsächlich aus der Vergangenheit lernt.¹² Denn genauso wenig wie die „Opfer“ sind die „Täter“ eine heterogene Gruppe. Die Gründe, warum Personen in bestimmter Weise handelten;

der Referenzrahmen, in dem sie sich befanden; die Hintergründe und Ziele ihres Handelns; die Einordnung in den regional-historischen Kontext – all das variiert und bedarf einer näheren Betrachtung.

Wichtiges Hilfsmittel für die Bildungsarbeit mit Kriegsgräberstätten sind daher Einzelschicksale. Das Interesse an der Geschichte und die Erkenntnis an deren Bedeutung für das eigene Leben erweckt, wenn es um Menschen geht: gut wie böse, schuldig wie unschuldig, Täter wie Opfer. Durch Fotos, Briefe und Hinterlassenschaften wird die Person greifbarer. Die bislang gesichtslosen Kriegstoten bekommen Konturen, je nach Schicksal kann man sich zu einer Person hingezogen oder von ihr abgestoßen fühlen. Für einen solchen multiperspektivischen Umgang mit einer Kriegsgräberstätte als Lernort ist umfassendes Faktenwissen unerlässlich: Zahlen, Daten, Begriffe und regionalgeschichtliche Hintergründe müssen vorliegen. Auch ist es hinsichtlich der Biografien von SS- oder Wehrmachtsangehörigen wichtig, die Informationen, die oftmals über die Angehörigen vermittelt wurden und somit der subjektiven Erinnerung an den Bruder, Vater oder Onkel unterliegen, durch historische Fakten zu ergänzen und zudem auf die quellenkritische Betrachtung hinzuweisen. Zugleich ist der Volksbund gefordert, die Inhalte „durch Gegenwartsbezüge anschlussfähig zu machen“. Denn wie Mannitz völlig richtig anmerkt, ist das friedenspädagogische

Bildungsanliegen, Menschen in ihren Überzeugungen und ihrem Handeln für die Entstehungsbedingungen von Gewalt zu sensibilisieren, auf Gegenwart und Zukunft ausgerichtet.¹³ Der Volksbund kann sich also nicht allein auf die Authentizität des Lernortes verlassen. Auch darin liegt die Herausforderung des Forschungsprojektes: Der Transfer der wissenschaftlichen Ebene in die zeitgenössische didaktische Bildungsarbeit mit dem Ziel, das Handeln von Menschen in ihren historischen Zusammenhängen zu begreifen, um ein differenziertes Urteil fällen zu können und daraus eigene Handlungsmaxime abzuleiten.

Projektstage im Zusammenhang mit Kriegsgräberstätten können auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen und mit verschiedenen Methoden arbeiten: kreative Ansätze, wie die fotografische Auseinandersetzung oder der Einsatz von multimedialen Methoden – die Umsetzung richtet sich nach der Zielgruppe und der inhaltlichen Ausrichtung. Allen Projekten gemein ist jedoch die sogenannte „Spurensuche“, eine Methodik, bei der sich die Teilnehmenden mit Hilfe von Fragen zur Kriegsgräberstätte dieser und ihrer Geschichte(n) zunächst völlig vorbehaltlos nähern. Eine ähnliche Methode wurde auch während des Workshops angewandt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erkundeten, wenn auch ohne konkreten Fragebogen, das Gelände mit der Aufgabe, Eindrücke zu sammeln und Auffälligkeiten zu notieren. Die

daraus resultierenden Fragestellungen waren Gegenstand einer ersten Diskussionsrunde, wohlweislich, dass nicht auf alle Fragen eine Antwort gefunden werden konnte. Im Rahmen dieser Debatte wurde deutlich, welche Defizite hinsichtlich der „Erklärung“ der Anlage noch bestehen. Darüber hinaus wurde erörtert, wie die vorhandenen Materialien zur Geschichte des Ortes und zu den Kriegstoten für die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern aufbereitet werden können, welche Methode der Vermittlung besonders geeignet sind und in welchen Bereichen sich Verknüpfungen zur Lebenswelt der jungen Leute herstellen lassen.

Die Aufgabe des Landesverbandes ist nun, die Anregungen aus diesem Workshop aufzunehmen und die Entwicklung der Kriegsgräberstätte Kloster Arnsburg als Lernort weiter voranzutreiben.

Literatur:

- Assmann, A.: Das gespaltene Gedächtnis Europas und das Konzept des dialogischen Erinnerns, in: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (Hg.): Zur Konkurrenz der Erinnerungskulturen in Deutschland, Frankreich und Polen, Nördlingen 2012.
- Keller, M.: „Das mit den Russenweibern ist erledigt“. Rüstungsproduktion, Zwangsarbeit, Gestapo-KZ, Massenmord einer SS-Kampfgruppe und die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit am Tatort in Hirzenhain wie auf dem Kriegsgräberfriedhof im Kloster Arnsburg 1943-1996, 2. durchges. u. stark erw. Aufl., Friedberg (Hessen) 2000.
- Mannitz, S.: Ich nenn' euch die Zahl, die Namen, die Qual ... Friedenspäda-

- gogische Chancen des öffentlichen Kriegstotengedenkens, HSKF Standpunkte, Nr. 8/2010, Frankfurt 2010.
- Schrage, P.: Der Mensch im Kriegsgrab - Multiperspektivität in der historisch-politischen Jugendbildung, in: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (Hg.): Erinnern und Gedenken sind keine Momentaufgabe, Tagungsband des 1. Symposiums des Riga-Komitees in Magdeburg, Nördlingen 2012.
- Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Landesverband Hessen (Hrsg.): Projektmöglichkeiten auf Kriegsgräberstätten im Main-Kinzig-Kreis am Beispiel Schlüchtern, Frankfurt/Main 2007.
- Wernstedt, R.: Deutsche Erinnerungskulturen seit 1945 und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Pöbneck 2010.

Anmerkungen

- 1 Gräbergesetz in Gänze i.d.F.v. 2013 unter: http://www.gesetze-im-internet.de/gr_bg/BJNR005890965.html (abgerufen am 4.7.2016)
- 2 Die Erweiterung des Gräbergesetzes aus dem Jahr 1965 trägt diesem Umstand Rechnung: §1, Art. 2, Abs. 4. Vgl. dazu: Landesverband Hessen, Projektmöglichkeiten auf Kriegsgräberstätten.
- 3 Mannitz argumentiert, dass auch unter den zivilen Bomben- oder Flüchtlingsopfern glühende Anhänger des Nationalsozialismus, aber auch kleine Kinder, frei von jeder politischen Schuld, waren. Mannitz, 2010, S. 5f.
- 4 Wernstedt, 2010, S. 52ff.
- 5 Mannitz, 2010, S. 3.
- 6 Vgl. Assmann, 2012. Assmann sieht die unmittelbare Wende in der Rede Weizäckers am 8. Mai 1985.
- 7 Wernstedt, 2010, S. 64.
- 8 Siehe dazu: Keller, 2000.
- 9 Keller, 2000, S. 193ff.
- 10 Mannitz, 2010, S.10.
- 11 Schrage, 2013, S.104.
- 12 Vgl. ebd.
- 13 Mannitz, 2010, S. 11.

Astrid Messerschmidt

Reflexive Arbeit an der Thematisierung der Weltkriege und ihrer Wirkungen

Der folgende Text geht auf einige systematische Gesichtspunkte für die Auseinandersetzung mit der Geschichte und Wirkung der beiden Weltkriege in der Bildungsarbeit ein und skizziert Fragen und Diskussionsanstöße, die sich aus den Workshops ergeben haben.

„Weltkriege“

Der Begriff „Weltkriege“ als Fokus für die historisch-politische Bildung stellt sich ambivalent dar. Zum einen kann es mit diesem Begriff zur Entkontextualisierung und Entkonkretisierung der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts kommen. Zum anderen beansprucht diese Begrifflichkeit eine weltumspannende Geschichtsschreibung, die sich jedoch nicht so universal gestaltet, wie die Bezeichnungen suggerieren, sondern eher aus europäischer Perspektive formuliert ist. Die beiden Weltkriege im Zusammenhang zu thematisieren, kann hinsichtlich konkreter Themen sinnvoll sein, wenn es beispielsweise um den Vergleich von Gewaltmustern, Formen der Kriegsführung und ideologische Muster des Nationalismus geht. Aus diesen

Vergleichen ergeben sich eine Menge Unterschiede, die dann eben die jeweilige gesellschaftsgeschichtliche Einordnung des Ersten und des Zweiten Weltkrieges erfordern.

Die Rede vom „Krieg“ ist im deutschsprachigen Raum nach 1945 immer wieder als entlastendes Narrativ eingesetzt worden. Mit dem Sprechen vom „Krieg“ vollzieht sich in vielen deutschen Familien bis heute eine Trennung von „Krieg“ und Vernichtungskrieg, so als gäbe es im Kontext des WK II eine Art guten Krieg neben dem verbrecherischen Geschehen. Die Redewendung „nach dem Krieg“, die häufig benutzt wird, um über Entbehrungen, Hunger und den Verlust von Heimat zu sprechen, meint eben nicht gleichzeitig „nach dem Holocaust“. Beide Komplexe erscheinen als zwei unzusammenhängende Ereignisse. Für das Gedenken sind diese alltagssprachlichen Praktiken fatal, denn entweder folgt daraus ein exklusives Gedenken an die Kriegstoten, die als die „eigenen“ Toten repräsentiert werden, wodurch eine völkische Grundstruktur im Selbstbild der Deutschen wiederholt wird; oder es erfolgt eine historisch völlig unzulässige Vereinnahmung aller

Toten unter Verkenning der Tatsache, dass im Tod eben nicht alle gleich sind. Der Umgang mit den Bezeichnungen „Krieg“ und „Tote“ tendiert sowohl zu dieser Exklusivität wie auch zur Vereinnahmung. Die innere Verwobenheit von Vernichtungskrieg und Soldatentod wird verdrängt zugunsten einer entpolitizierenden Rede von Opfern. Die Doppelstruktur von Täter_innen und Opfern bleibt dabei tendenziell ausgeblendet (vgl. von Wrochem 2010).

Das dominierende Deutungsmuster, wie es beim Sprechen vom Krieg verwendet wird, beansprucht eine Opfererzählung. Formulierungen, wie sie an zentraler erinnerungspolitischer Stelle in der Neuen Wache in Berlin zu finden sind, die beansprucht, der „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ zu gedenken sind dafür nicht geeignet, da sie die Brechungen im Erinnerungsprozess überbrücken, noch ehe diese überhaupt benannt worden sind. Ein entdifferenzierendes Sprechen von den „Kriegstoten“ bedient das Bedürfnis, sowohl die Toten wie den Krieg auf Distanz zu halten und trägt zu einer Opferstilisierung bei, die Täter_innenschaft verdrängt. Es geht keine Irritation davon aus, kein Denkstoß. Eingebunden sind diese Selbstwahrnehmungen als Opfer moralisch verwerflicher Kriege in ein nationales Identitäts- und Gemeinschaftsmuster, das der weltweiten Ausdehnungen der Kriegshandlungen im Ersten und Zweiten Weltkrieg entgegensteht.

Bei Opfern von Bombenkrieg und Vertreibung denken viele hierzulande immer noch zuerst an deutsche Opfer. Dies mag sich in der stärker global vernetzten jüngeren Generation, also in der vierten Generation nach 1945 langsam verändern. Aber dazu braucht es Anstöße der Bewusstseinsbildung. Insofern fängt die Bildungsarbeit in der Auseinandersetzung mit den beiden Weltkriegen bei einer kritischen Inspektion des Begriffs Weltkrieg und seiner Verwendungsweisen an.

Bildungsarbeit

Die historisch-politische Bildung berührt das überaus interessante Feld der reflexiven Arbeit an Geschichtsbeziehungen. Es werden hier keine feststehenden Lehren aus der Geschichte vermittelt, die es zu kennen und nachzuvollziehen gilt. Vielmehr begibt sich diese Bildungsarbeit auf Wege der Verunsicherung und der Beunruhigung, weil die Gegenstände, mit denen sie es zu tun hat, die inneren Brüche der Zivilisation und die Fragilität dessen, was als moralisch angemessen gilt, dokumentieren. Kaum ein anderes Bildungsfeld ist dermaßen direkt mit der negativen Seite nationaler Vergesellschaftung konfrontiert.

Den Begriff der Bildung verstehe ich anknüpfend an die kritische Bildungstheorie in den Widersprüchen von Emanzipation und Herrschaft. Für die historisch-politische Bildung liegt seine

emanzipatorische Kraft in der Möglichkeit eigenständigen Denkens, das einen offenen Raum der Kritik eröffnet. Doch in jeder institutionalisierten Bildung kommt die Seite der Herrschaft zum Tragen.

In der historisch-politischen Bildung zum Zweiten Weltkrieg zeigt sich das beispielsweise, wenn eine moralische Übereinstimmung in der Verurteilung der NS-Verbrechen erreicht werden soll. Dieser Wunsch nach Harmonie blockiert eine differenzierte Auseinandersetzung und erzeugt bestenfalls sozial erwünschtes Sprechen, weckt aber kaum Interesse an genauerem Wissen und kritischem Hinterfragen. Für eine kritische Bildungsarbeit muss es darum gehen, das Beunruhigende und Verstörende der im NS ausgeübten Verbrechen zu reflektieren. Moralische Unangreifbarkeit blockiert eine kritische Auseinandersetzung und ist aus meiner Sicht einer der Faktoren, der die verbreitete Reserviertheit und Abwehr gegenüber der Thematik bewirkt. Die da etwas lernen sollen „aus der Geschichte“ ahnen, dass man ihnen nur ein Klischee der Geschichte präsentiert und empfinden ein Unbehagen gegenüber jenen Lehrenden, die von sich selbst meinen, bereits alles verstanden zu haben. Dabei geht es um Fragen, auf die nicht immer klar und selbstbewusst geantwortet werden kann, um Fragen, die alle Beteiligten verunsichern. Gefragt ist deshalb besonders die Bereitschaft zur Selbstreflexion

beim pädagogischen Personal. Die Anforderung der Reflexivität richtet sich in besonderer Weise an die Multiplikator_innen und alle, die Geschichte in Bildungszusammenhängen vermitteln.

Häufig wird behauptet, der Themenzusammenhang Nationalsozialismus und Holocaust sei erschöpfend behandelt. Darin äußert sich ein Überdruß an den Formen der Vermittlung und den immer gleichen Informationen. Der NS erscheint vielen Jugendlichen heute als ein Gegenstand, aus dem bereits die unumstößlichen Lehren gezogen worden sind und zu dem es daher nichts wirklich Interessantes mehr zu sagen gäbe. Erst wenn neue Fragen an die Geschichte gestellt und Gegenwartsbezüge hergestellt werden, lässt sich das Interesse wecken. Denn alle Jugendlichen interessieren sich dafür, warum sich Erwachsene, die sich selbst als anständig und bürgerlich betrachtet haben, an derartigen Verbrechen beteiligen konnten. Sie interessieren sich für die Ideologien, die aus Anderen Fremde machen und fragen danach, wo das heute passiert. Im Unterricht kann dann bspw. besprochen werden, wo die Unterschiede liegen zwischen einer systematischen Verfolgung im Zusammenhang eines Staatsapparatismus und heutigen Erfahrungen von Alltagsrassismus in der Demokratie. In den Bildungsinstitutionen erleben viele Jugendliche einen Mangel an wertschätzenden Erfahrungen, manchmal Missachtung (vgl.

Gryglewski 2015), insbesondere dann, wenn sie in einem nationalen Zugehörigkeitsrahmen als Andere oder Fremde positioniert werden. Häufig hängt dies mit einer fehlenden Passung zwischen der Institution und ihren Insassen zusammen. Die Formen des Kontakts, die persönlichen Erfahrungen mit den pädagogischen Herangehensweisen an den historischen Gegenstand werden in einer reflexiven Gedenkstättenpädagogik als wesentliche Faktoren für das Interesse an einer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus betrachtet. Bestehende Ungleichheitsverhältnisse und Missachtungserfahrungen wirken sich auf die Zugänge zu historischen Lernorten aus, weil Teilnehmende ihren Alltag in die Gedenkstätten mitbringen. Die Erfahrung, von Gedenkstättenmitarbeitenden ernst genommen zu werden, steht für viele Jugendliche und junge Erwachsene heute im Kontrast zu dem „defizitorientierten Diskurs über sie selbst“, den sie auch manchmal selbst reproduzieren (ebd., S. 87). Dieser Diskurs ist in ein Narrativ eingefügt, „das Migrationsgesellschaft auf Defizite reduziert“ (ebd., S. 81) und dadurch Botschaften der Nichtzugehörigkeit vermittelt. Neben die nationale Semantik der gesellschaftlichen Identität tritt eine auf Fähigkeiten und Integrationsbereitschaft bezogene Semantik, die den Raum akzeptierter Positionen nicht nur national, sondern auch bildungsbürgerlich und leistungsorientiert verengt.

Selbstbilder zwischen Empathie und Distanzierung

Zwischen Verbrechen- und Verbrecher_innen-Distanzierung einerseits und einer Opferzentrierung andererseits haben sich die dominierenden Vermittlungsformen zum Nationalsozialismus in der Bildungsarbeit lange bewegt. Beide Muster spiegeln das Bemühen, Selbstbilder zu etablieren, die unberührt bleiben von den ideologischen Elementen und den moralischen Verwerfungen des Nationalsozialismus. Die Reflexion von Täter_innenschaft wird dabei ersetzt von der Zurückweisung jeder Täter_innenbeziehung. Distanzierung lässt Geschichte erstarren und macht sie handhabbar für die Pflege eines unproblematischen gesellschaftlichen Selbstbildes. Schließlich geben die Verbrechen im NS-Herrschaftskontext immer eine Kontrastfolie für eine Gegenwart ab, die demgegenüber heil, friedlich und gerecht erscheint.

Weder eine Distanzierung von den Täter_innen noch eine Identifizierung mit den Opfern ist für eine kritische Erinnerungsarbeit geeignet. Vielmehr kann der zeitliche Abstand zum Nationalsozialismus als Chance für eine Erinnerungsbildung aufgenommen werden, die sich auf die Verunsicherung einlässt, die von der Tatsache der NS-Massenverbrechen ausgeht. Das bedeutet, sich von dem Wunsch nach einer

unmittelbaren Beziehung zu den Opfern wie auch von dem Wunsch nach einer eindeutigen Abgrenzung von den Täter_innen zu verabschieden.

Dieser Abschied fällt offensichtlich schwer, das Muster der Distanzierung von den Täter_innen stellt sich generationenübergreifend ein. Die Täter_innengeneration selbst vermied es tunlichst, ihre Nachkommen über die verübten und geduldeten Verbrechen aufzuklären. Die zweite Generation bildete sich in der Kritik an diesem Umgang mit der Vergangenheit heraus. Sie wendete sich der Vergangenheit zu, näherte sich ihr an, indem sie sich von der Nachkriegsgeneration distanzierte.

In jenen Teilen der dritten und vierten Generation nach 1945, die in einer Beziehung zur Täter_innen-, Mittäter_innen- und Zuschauer_innengesellschaft des Nationalsozialismus stehen, hat sich der Eindruck verfestigt, bei der Geschichtsaufarbeitung handele es sich um eine etablierte Veranstaltung, von der mehr gesellschaftliche Selbstbestätigung als Kritik ausgeht. Insbesondere die pädagogische Erinnerungsarbeit im schulischen Kontext betrachten viele als eine Maßnahme überzeugter Pädagog_innen, die ihren Schüler_innen eine übereinstimmende moralische Verurteilung der Geschehnisse abverlangen. Dieser Eindruck verselbständigt sich zunehmend, löst sich von konkreten Erfahrungen ab und wird zu einer allgemein geteilten Auffassung.

Die Abwehr, die sich dagegen richtet, von oben herab belehrt zu werden, wendet sich gegen die Auseinandersetzung mit dem historischen Gegenstand selbst, der als etwas erscheint, das mit einem selbst wenig zu tun hat. Diese abwehrende Haltung bestätigt wiederum die Lehrenden in ihrem Selbstbild, auf der Seite der Aufklärer zu stehen, die gegen Widerstände für die Sache der Erinnerung eintreten. Auf beiden Seiten wird somit eine Auseinandersetzung mit der Art und Weise der Vermittlung vermieden.

Dabei verstärkt die hierarchische Struktur der Schule die Wahrnehmung auf der Seite der Lernenden, als defizitär und aufklärungsbedürftig zu gelten. Im Verhältnis zu einer Verbrechen-geschichte wird dies als besonders problematisch erlebt. Es entwickelt sich ein Eindruck, unter Verdacht zu stehen. Auch wenn unterschiedliche Erfahrungen mit der Vermittlung von Wissen und Haltungen zum Nationalsozialismus gemacht worden sind, funktioniert dieser situative Konsens immer wieder, wird aber relativiert, wenn nach den eigenen Erfahrungen mit der Geschichtsvermittlung gefragt wird. Wenn Schüler_innen und Studierende ernst genommen werden mit ihren Eindrücken beim Umgang mit der Geschichte, brechen reservierte Haltungen meistens auf und es kann zu einer offenen Debatte über unterschiedliche Geschichtsbeziehungen kommen.

Workshopthema Zwangsarbeit

Die Thematik konfrontiert alle mit der ungeheuerlichen Dimension im quantitativen Ausmaß und mit der Unmenschlichkeit in der Art und Weise des Einsetzens von Zwangsarbeiter_innen zum Zweck ihrer totalen Verwertung (vgl. Wildt 2014). Das Arbeitsideal als ein elementarer Bestandteil in der Ideologie der Volksgemeinschaft ist kaum als Gegenstand historisch-politischer Bildung aufgegriffen worden. Es lässt sich leicht reaktivieren, wenn es mit Vorbehalten gegenüber Gruppen, die als kulturell fremd betrachtet werden, verknüpft wird. Empirische Studien über den realen Beitrag von Eingewanderten zu den Sozialversicherungskassen irritieren diese Haltungen kaum, da Überzeugungen, aus denen Selbstbilder erwachsen sind, den Tatsachen überlegen bleiben. So hat das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung den erheblichen Beitrag Eingewandelter zu den deutschen Sozialkassen in Höhe von 22 Milliarden Euro (2012) berechnet. Dies allein sollte jedoch nicht als Gegenargument gegen die Abwehr von Eingewanderten angeführt werden, um nicht in der eigenen Argumentation dem Nützlichkeitsdenken zu folgen. Dennoch gilt es, sich mit den Tatsachen zu konfrontieren und die einseitigen Vorstellungen einer Belastung der Sozialsysteme zurechtzurücken.

Das Selbstbild, rechtmäßig zum eigenen Wohlstand gekommen zu sein, stellt alle unter Verdacht, die einwandern, um mit eigener Arbeit und entsprechenden Sozialabgaben an diesem Wohlstand zu partizipieren. Begünstigt werden gruppenbezogene Diffamierungen und Fremdbilder, wenn ein „ethnischer Volksbegriff“ beansprucht wird (vgl. Holz/Weyand 2014, S. 216), der in einer zeitgeschichtlichen Beziehung zum nationalsozialistischen Konzept der „Volksgemeinschaft“ steht, das offensichtlich unzureichend aufgearbeitet worden ist. Rassismus und Nationalismus sind dabei verbunden worden und haben ein völkisches Selbstbild und eine „politische Ethik der Arbeit“ vermittelt (ebd., S. 203). Von beidem finden sich Spuren in der Gegenwart. Doch ist diese spezifische politische Kombination unzureichend reflektiert worden, und es lohnt sich, das nachzuholen, um geschichtsbewusst mit den Phänomenen der gegenwärtigen Abwehr von globalen Wirklichkeiten umzugehen.

Workshopthema Sichtweisen auf Frauen

Schon bei der Themenformulierung fällt auf, dass *Frauen* als Verkörperung von Geschlechtlichkeit aufgefasst und eingeordnet werden. Dabei geht es hier um Geschlechterordnungen und ihre Funktionen für die Weltkriege. Männlichkeitsvorstellungen gehören unbedingt dazu. Doch

das Männliche wird als Stellvertretendes für Subjekt überhaupt und jenseits des Geschlechtlichen positioniert, wenn erst mit der Kategorie „Frauen“ eine Thematisierung von Geschlecht als Kategorie und Struktur beginnt.

Wer für Frauenrechte und Gleichheit und für die Sichtbarkeit der Frauengeschichte eingetreten ist, konnte sich lange ziemlich sicher sein, auf der richtigen Seite zu stehen. Auf dieser Seite aber ist es ungemütlicher geworden, als nicht mehr nur die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, sondern jene unter den Frauen selbst auf die Tagesordnung der Frauen- und Geschlechterforschung gesetzt worden sind. Die Kategorie „Frau“ gerät ins Wanken und stellt sich als eine vielfach in sich gebrochene dar, weil mehrere Herrschaftsachsen durch sie hindurch laufen. Wer argumentiert aus welchem gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Zusammenhang? Wie sind Geschlechter in einem Geflecht von Herrschafts- und Dominanzbeziehungen verortet? Geschlechterpositionen sind als relationale in einem Beziehungsgeflecht unterschiedlicher Identifizierungskategorien erkennbar zu machen. Die unhinterfragt universalistisch verstandene Kategorie „Frau“ bezeichnet Marie Luise Angerer als eine „Meisterinnenerzählung“, die es auf der Folie der Differenz zu kritisieren gilt. Der Fokus verlagert sich vom Begriff „Frauen“ als Anzeichen

gemeinsam erfahrener Unterdrückung auf die Differenz zwischen Frauen und somit auf die „Relationalität geschlechtlicher Positionen“ (Angerer 1995, S. 25).

Der Zusammenhang von Geschlecht und nationaler Gemeinschaftsidentität ist in der langen Geschichte von Nationalismen verankert. Nation und Geschlecht werden als „zentrale Leitdifferenzen“ für die bürgerliche Moderne eingesetzt (vgl. Blättler 2000, S. 110). Bilder von Männlichkeit und Weiblichkeit prägen die Vorstellung von Nation. „Nationale Identität geht vermittelt durch die Geschlechtsidentität und Geschlechtsidentität vermittelt durch nationale Identität in die persönliche Selbstausslegung ein“ (ebd.). Die Herausbildung von Nationalstaaten und das diese begleitende nationale Bewusstsein der Zugehörigen ziehen Grenzen zwischen dem Eigenen und dem Fremden. Das nationale Moment errichtet eine Grenze nach außen, das geschlechtliche Moment strukturiert den Innenraum der Nation. Beide stehen in einem Vermittlungsverhältnis zueinander und stützen sich gegenseitig. Nation und Geschlecht bilden Ordnungsmodelle kollektiver Identitäten, die Blättler in einem „spezifisch bürgerlichen Selbstverständnis“ verwurzelt sieht (ebd., S. 111). Es handelt sich um normative Modelle, da in ihnen Identität restriktiv interpretiert wird. Fremdes bedroht diese Identitäten und muss deshalb entweder ausgegrenzt

oder angepasst, d.h. assimiliert werden – beides führt zu seinem Verschwinden.

Workshopthema Zivilbevölkerung

Die Thematisierung der Situation der Zivilbevölkerung in Kriegen neigt leicht dazu, diese ausschließlich als Opfer zu betrachten, so als seien nur Mitglieder kämpfender Verbände Täter_innen in Kriegszusammenhängen. Doch die Zivilbevölkerung selbst profitierte von der Ausbeutung besetzter Länder, insofern die Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppe nicht den Verfolgten zuzuordnen ist. Es zeigt sich hier schnell, dass die Kategorie Zivilbevölkerung zu undifferenziert ist, weil in ihr nicht die ungleichen, auf Rassismus, völkischem Denken und Nationalismus beruhenden Positionierungen berücksichtigt sind. Alles hängt also davon ab, was im Zusammenhang mit dieser Kategorie zum Thema wird. In den Materialien wurde teilweise nahe gelegt, Erfahrungen von Entbehrung und Mangel nachzuvollziehen oder sogar nachzuempfinden. Problematisch ist daran zum einen die Konzentration auf Mangel und die Ausblendung von Privilegierung und Profitieren und zum anderen der Ansatz einer Einfühlung in einen anderen historischen und gesellschaftlichen Kontext. Doch warum sollten sich Angehörige der dritten und vierten Generation nach 1945 in die Situation von Entbehrung und Angst im Ersten

oder Zweiten Weltkrieg einfühlen? Pädagogische Arbeit sollte jedes absichtsvolle Evozieren von Gefühlen vermeiden, um die Teilnehmenden nicht emotional zu instrumentalisieren. Sie sollte vielmehr dem Denken als dem Fühlen verpflichtet sein, ohne allerdings Emotionen auszuschließen. Doch es macht einen Unterschied, ob ich diese hervorrufen will oder ob ich sie zulasse.

Workshopthema Antisemitismus

Mit Alltagsantisemitismus ist an vielen Stellen zu rechnen, er variiert kontextuell je nach den Zuordnungen derer, die ihn artikulieren. Zugleich will kaum jemand antisemitisch sein, so dass sich eine paradoxe Konstellation von antisemitischen Artikulationen bei gleichzeitiger Abgrenzung ergibt. In einer qualitativen Studie konnte gezeigt werden, wie sich der Großteil der befragten Jugendlichen vom Antisemitismus distanziert und gleichzeitig Juden und Jüdinnen als Gegenbild zum eigenen Selbst positioniert (vgl. Schäuble 2012). Das Bedürfnis nach diesem Gegenbild ist stabil, während die Beschaffenheit des Bildes variiert. Ebenso stabil zeigt sich der Wunsch nach Distanzierung, den ich als einen „Wunsch, unschuldig zu sein“ (Schneider 2010, S. 122) betrachte und der in einer Beziehung zur postnationalsozialistischen Gegenwart verstanden werden kann. Diese Gegenwart ist zum einen

davon gekennzeichnet, dass die rassistisch-antisemitischen Zugehörigkeitsvorstellungen, die im Nationalsozialismus mit der Politik der Volksgemeinschaft vermittelt wurden, in ihr nachwirken und zum anderen dadurch, dass die Verbrechensgeschichte als angemessen aufgearbeitet repräsentiert wird, wodurch Antisemitismus eher als Problem der Vergangenheit betrachtet wird. Seine Aktualität zu vermitteln, ist daher ein wichtiger thematischer Einstieg und fast immer in der Bildungsarbeit erforderlich, wenn vermutet wird, Antisemitismus sei zwar historisch relevant, doch gegenwärtig nicht mehr anzutreffen.

In der Geschichte des modernen Antisemitismus, wird in unterschiedlichen Varianten eine Entgegensetzung von „uns“ und „den Juden“ betrieben (Weyand 2010, S. 77). In der Bundesrepublik ist nach 1989 zu beobachten, wie sich das gesellschaftliche Wir im Verhältnis zur Verbrechensgeschichte des Nationalsozialismus in zwei Modi repräsentiert: zum einen als eine Opfergemeinschaft derer, die eine geschichtliche Last zu tragen haben und zum anderen als Aufarbeitungsgemeinschaft erfolgreicher Geschichtsbewältigung.

Die Thematisierung von Antisemitismus ist von Abwehrbedürfnissen überlagert, was die Perspektive derer, die von Antisemitismus getroffen werden, tendenziell ausblendet. Die Gefühle, die mit dem Wunsch nach einem unproblematischen

Selbstbild verbunden sind, dominieren die Auseinandersetzung. Ein Perspektivenwechsel auf die Wirkung von Antisemitismus auf diejenigen, gegen die er sich richtet, stellt sich nicht von selbst ein, sondern bedarf der Anregung. Anne Klein schlägt für die antisemitismuskritische Bildungsarbeit eine „subjektorientierte Perspektive“ (Klein 2012, S. 213) vor, die Antisemitismus nicht sozialpsychologisch auf „Judenhass“ verengt, sondern nach den subjektivierenden Wirkungen antisemitischer Praktiken fragt. Mit antisemitischen Botschaften werden Zugehörigkeiten geordnet. Das bedeutet einen Machtgewinn auf der Seite derer, die sich antisemitisch äußern und eine Zurückweisung für die als nicht zugehörig Adressierten. Antisemitisches Sprechen verhindert systematisch eine direkte Auseinandersetzung mit Individuen, da es nicht interpersonal erfolgt, sondern nur ein Bild bedient, das schon vor jeder Begegnung existiert und auch nicht durch Begegnung aufzulösen ist.

Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich Pädagog_innen jenseits antisemitischer Auffassungen und Bilder befinden, also auf der Seite derer, die mit einem kritischen Bewusstsein für die Problematik ausgestattet wären. Im Gegenteil kommt es bei der Thematisierung von Antisemitismus auf pädagogischer Seite leicht zu einer „inneren Resonanz“ gegenüber antisemitischen

Äußerungen, die eine „mehr oder weniger intensiv gefühlte Zustimmung“ (Fechler 2005, S. 193) gegenüber dem Gesagten signalisiert. Wenn antisemitische Muster artikuliert werden, stoßen Pädagog_innen eben auch auf Verwandtschaften und Ähnlichkeiten mit dem eigenen Denken, mit eigenen Weltbildern und Erklärungsmustern. Bernd Fechner spricht von „unaufgearbeiteten Schuldgefühlen“ und „unbewussten Ambivalenzen“, „durch die Pädagog_innen Gefahr laufen, „ihren Kampf mit den Schatten der eigenen Vergangenheit projektiv an ihren jugendlichen Adressaten auszutragen“ (ebd., S. 192). Teilnehmende in Bildungskontexten werden somit instrumentalisiert und geraten selbst in eine Dynamik des Abwehrens und Dethematisierens, weil ihnen das Problem des Antisemitismus als ein äußeres erscheinen muss – ihnen angetragen von pädagogisch Handelnden, die selbst kaum in die Lage gekommen sind, ihre eigene Beziehung dazu zu reflektieren. Ein multiperspektivischer Zugang in der pädagogischen Fortbildung sollte allerdings davon ausgehen, dass eine Vielfalt von Beziehungen zum Thema vorhanden sein kann. Multiplikator_innen mit eigenen Antisemitismuserfahrungen müssen ihre Perspektiven oftmals erst explizit machen, um sprechen zu können und gehört, aber nicht vereinnahmt zu werden.

Ein antisemitismuskritischer Ansatz nimmt den Begriff der Kritik

auch für sich selbst in Anspruch und fragt danach, wie Antisemitismus auch dort reproduziert wird, wo er bekämpft werden soll. Motiviert ist dieser Ansatz aus der rassismuskritischen Bildungsarbeit, die Rassismus als allgemeines gesellschaftliches Problem und nicht als persönliches Vorurteil betrachtet und heraus arbeitet, wie unterschiedlich positionierte Individuen und Gruppen anderer Zugehörigkeit, Gleichberechtigung und Partizipation verweigern und hierarchische Unterscheidungen von Wir und Nicht-Wir vornehmen (vgl. Mecheril/Melter 2010).

Literatur

- Angerer, Marie Luise (1995): *The Body of Gender: Körper. Geschlechter. Identitäten*. In: dies. (Hrsg.), *The Body of Gender: Körper. Geschlechter. Identitäten*, Wien 1995, S. 17-34.
- Blättler, Sidonia (2000): *Nation und Geschlecht im philosophischen Diskurs der politischen Moderne*. In: *Feministische Studien*, 18. Jg., Heft 2/2000, S. 109-118.
- Fechler, Bernd (2005): *Antisemitismus im globalisierten Klassenzimmer. Identitätspolitik, Opferkonkurrenzen und das Dilemma pädagogischer Intervention*. In: Hanno Loewy (Hrsg.): *Gerüchte über die Juden. Antisemitismus, Philosemitismus und aktuelle Verschwörungstheorien*. Essen, S. 181-206.
- Gryglewski, Elke (2015): *Erinnerungspädagogik in der Migrationsgesellschaft*. In: Benedikt Widmaier/Gerd Steffens (Hrsg.): *Politische Bildung nach Auschwitz. Erinnerungsarbeit und Erinnerungskultur heute*, Schwalbach: Wochenschau Verlag 2015, S. 78-90.

- Holz, Klaus/Jan Weyandt (2014): Arbeit und Nation. Die Ethik nationaler Arbeit und ihre Feinde am Beispiel Hitlers. In: Sebastian Voigt/Heinz Sünker (Hrsg.): Arbeiterbewegung - Nation - Globalisierung. Bestandsaufnahme einer alten Debatte, Weilerswist, S. 202-228.
- Klein, Anne (2012): „Jude sein ist keine einfache Sache.“ Identität, Sozialität und Ethik in der Migrationsgesellschaft, in: Gebhardt, Richard/Klein, Anne/Meier, Marcus (Hrsg.): Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft. Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit, Weinheim, 209-229.
- Mecheril, Paul/Claus Melter (2010): Rassismuskritik als pädagogische Querschnittsaufgabe. In: Paul Mecheril et al: Migrationspädagogik. Weinheim/Basel, S. 168-178.
- Schäuble, Barbara (2012): „Anders als wir“. Differenzkonstruktion und Alltagsantisemitismus unter Jugendlichen, Berlin.
- Schneider, Christian (2010): Besichtigung eines ideologisierten Affekts: Trauer als zentrale Metapher deutscher Erinnerungspolitik. In: Ulrike Jureit/Christian Schneider: Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung. Stuttgart, S. 105-212.
- Weyandt, Jan (2010): Die Semantik des Antisemitismus. In: Wolfram Stender/Guida Follert/Mihri Özdoğan (Hrsg.), Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden, S. 69-89.
- Wildt, Michael (2014): „Arbeit“ im Nationalsozialismus. Zur Bedeutung des Begriffs in Ideologie und Praxis des NS-Staats. In: Einsicht 12: Bulletin des Fritz-Bauer-Instituts, 6. Jg., Oktober, S. 14-19.
- von Wrochem, Oliver (2010): Gedenkstätten und Bundeswehr. Bestandsaufnahme und Perspektiven institutioneller Gedenkpraxen, in: ders./Peter Koch (Hrsg.): Gedenkstätten des NS-Unrechts und Bundeswehr. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Paderborn, S. 13-33.

Karl Rössel

Verdrehte Geschichte

Die Ausblendung der Dritten Welt
aus der Historiografie des Zweiten Weltkriegs
am Beispiel Afrikas¹

Die Ausblendung der Dritten Welt aus der Historiografie des Zweiten Weltkriegs begründet Professor Kum'a Ndumbe, Politikwissenschaftler aus Kamerun, so:

„Die Geschichte des Zweiten Weltkriegs erweist sich, wie jede Geschichte, als die der Sieger, aber auch als die der Besitzenden und Wohlhabenden. Deutschland und Japan gehören trotz ihrer militärischen Niederlage in der Geschichtsschreibung zu den Siegern, denn auch wenn die Historiografie in den beiden Ländern eine kritische Befragung und Korrekturen hinnehmen musste, werden sie doch als Menschen gleichen Ranges wahrgenommen. Diejenigen aber, die nach dem Krieg vergessen wurden, als ob sie während des Krieges gar nicht existiert hätten, die mit ihren eigenen Kindern die Geschichte neu erlernen müssen, ohne eigene Taten in dieser Geschichtsschreibung wiederzufinden, gehören zu den eigentlichen Verlierern. Verlierer und ohne eigene Stimme, so leben bis heute noch Hunderte Millionen Menschen mit ihren Nachkommen in Afrika, Asien, Lateinamerika, in Australien und in der Pazifikregion ...“

Dies verweist darauf, dass die ökonomisch dominanten Mächte nicht nur die Geschichte des Zweiten Weltkriegs bestimmt haben, sondern auch die anschließende Geschichtsschreibung darüber. Denn, als dieser Krieg begann und als er endete, war die Welt noch weitgehend kolonialisiert.

Alle kriegführenden Mächte nutzen Kolonien für ihre militärischen Zwecke. Dennoch hat die strategische Bedeutung der Kolonialgebiete für den Verlauf und Ausgang des Zweiten Weltkriegs in der Geschichtsschreibung nicht die Beachtung gefunden, die ihr gebührt. Der Kameruner Politikwissenschaftler Professor Kum'a Ndumbe erklärt das so:

„Die Forscher aus den wohlhabenden Staaten unterliegen bewusst oder unbewusst einem stillen Rassismus, der sie dazu führt, Geschehnisse außerhalb ihres eigenen ‚Wohlstandszentrums‘ als wenig relevant für ihre Arbeit zu betrachten. So entsteht eine Literatur über den Zweiten Weltkrieg, die sich hauptsächlich mit den reichen Nationen befasst. Wer die Mittel besitzt, bestimmt auch

die Themen, Theorien und Richtungen der Forschung. Opfer aus der Peripherie zählen deshalb nicht. Und die Opfer selbst lesen und lernen die von den Zentren der Wohlhabenden veröffentlichte und weltweit verbreitete Literatur zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs und erkennen ihre eigene Geschichte darin nicht wieder.“

Die Hälfte der Geschichte ausgeblendet

Tatsächlich sind in Büchern, Filmen und Zeitungsberichten über die Befreiung Europas vom Naziterror bis heute meist nur Bilder US-amerikanischer, französischer, britischer und russischer Soldaten zu sehen und fast durchweg sind es Bilder von Weißen. Fotos von schwarzen Kriegsteilnehmern sind seltene Ausnahmen von dieser Regel, obwohl allein in den US-Streitkräften mehr als eine Million Afroamerikaner Kriegsdienste leisteten. Wurden *ihre* Einsätze im Zweiten Weltkrieg in der Geschichtsschreibung schon weitgehend ignoriert, so blieben die von Kriegsteilnehmern aus Afrika, Asien, Ozeanien, Süd- und Mittelamerika erst recht außen vor.

Dabei geht es hierbei nicht um Marginalien, die vielleicht hätten übersehen werden können, sondern um ein zentrales, wenn auch vergessenes Kapitel der Geschichte. Schließlich stellte die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg mehr Soldaten als Europa und hatte mehr Kriegsopfer zu

beklagen als Deutschland, Italien und Japan zusammen.

Weite Teile der Dritten Welt dienten auch als Schlachtfelder: von der lateinamerikanischen Küste über West-, Nord- und Ostafrika und den Nahen Osten bis nach Asien und zu den pazifischen Inseln.

Auf allen Kontinenten requirierten die kriegführenden Mächte Nahrungsmittel für ihre Truppen und Rohstoffe für ihre Rüstungsproduktion, was weitreichende Folgen für die betroffenen Länder und ihre Bewohner hatte, Folgen, die vielerorts noch heute nachwirken. Das gilt auch und insbesondere für den Kontinent Afrika.

Joseph Ki-Zerbo, Historiker aus Burkina Faso, sagte dazu in einem Interview, das ich im Rahmen unserer Recherchen in Ouagadougou mit ihm führte: „Kein Ereignis seit dem Sklavenhandel und der Zerstückelung des Kontinents durch die Grenzziehungen der Kolonialmächte bei der Berliner Konferenz im Jahre 1884 hatte so verheerende und nachhaltige Folgen für Afrika wie der Zweite Weltkrieg“.

Europas Afrikabilder

Joseph Ki-Zerbo verfasste in den 1960er Jahren die erste Geschichte seines Kontinents aus afrikanischer Sicht und räumte darin gründlich mit dem in Europa weit verbreiteten Vorurteil auf, Afrika sei vor Beginn der Kolonisation ein „geschichtsloser

Kontinent“ gewesen. In der Einleitung seines Buches zitiert Ki-Zerbo zahlreiche Belege für die ignorante, von kolonialer Überheblichkeit geprägte, oft unverblümt rassistische Haltung, die europäische Dichter und Denker dem afrikanischen Kontinent über Jahrhunderte entgegenbrachten. So - um nur ein Beispiel zu nennen - der deutsche Philosoph Georg Friedrich Wilhelm Hegel. In dessen „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte“ von 1830 heißt es:

„(Afrika) ist kein geschichtlicher Weltteil, es hat keine Bewegung und keine Entwicklung aufzuweisen, und was etwa in ihm, das heißt, in seinem Norden, geschehen ist, gehört der asiatischen und europäischen Welt zu... Was wir eigentlich unter Afrika verstehen, das ist das Geschichtslose und Unaufgeschlossene, das noch ganz im natürlichen Geiste befangen ist, und das hier bloß an der Schwelle der Weltgeschichte vorgeführt werden musste.“ (Ki-Zerbo, S. 24)

Abfällige Haltungen wie diese prägten das europäische Bild von Afrika auch in der Geschichtswissenschaft bis in die jüngste Vergangenheit. So beschrieb - laut Ki-Zerbo - noch 1957 ein Historiker in der „Revue de Paris“ Afrika als „Land ohne Geschichte“. Und ein halbes Jahrhundert später klang dies noch immer in einer Rede nach, die der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy 2007 bei seiner ersten Afrika-Reise als Präsident in Dakar hielt und in der er behauptete, dass

„der afrikanische Mensch nur unzureichend die Geschichte betreten“ habe.

Auf den 750 Seiten seines Buches weist Ki-Zerbo nach, dass die gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung in Afrika der auf anderen Kontinenten tatsächlich lange Zeit weit voraus war. Laut Ki-Zerbo waren die Jahrhunderte vom 12. bis zum 16. die „große“ Zeit Afrikas. Damals entstanden in vielen Teilen des Kontinents Gesellschaften mit vergleichsweise hoch entwickelter Technik und Wirtschaft sowie einem reichen kulturellen Leben. Aber dann seien die Plünderer und Sklavensammler aus Europa in Afrika eingefallen, die mit Hilfe geistlichen und den Geist vernebelnden Gifts, sprich: mit christlichen Missionaren und alkoholischen Getränken, die großen Reiche Afrikas bis in ihre Grundfesten erschüttert hätten.

In traditioneller Gastfreundschaft hätten die Afrikaner die ersten Europäer empfangen. Ein folgenschwerer Fehler, der darauf beruhte, dass die skrupellose Gier der europäischen Eindringlinge nach Gold, Macht und Sklaven jenseits jeglichen Vorstellungsvermögens lag.

Da verpflichtete sich eine portugiesische Handelsgesellschaft, „10.000 Tonnen Neger“ zu liefern. Da entrissen weiße Händler Sklavinnen ihre Kinder, um sie den Hyänen zum Fraß vorzuwerfen. Da wurden Männer und Frauen vor dem Verkauf gemästet und mit Arzneien vollgestopft, damit sie auf den

Sklavenmärkten höhere Preise erzielten. Die Sklavenschiffe waren, so Ki-Zerbo, mit einer „speziellen Ausrüstung an Fesseln, Nieten und Ketten, Decks und Zwischen-decks versehen, um die menschliche Ladung mit dem geringsten Platzverlust unterbringen zu können“. Bei der Überfahrt nach Amerika wurden die Verschleppten mit Peitschenhieben gezwungen, auf Deck für ihre weißen Bewacher zu tanzen. Und wer unterwegs krank wurde oder starb, wurde einfach über Bord geworfen. „Man darf annehmen, dass Afrika seit dem 15. Jahrhundert mindestens 50, wahrscheinlich aber um 100 Millionen Menschen verloren hat,“ schreibt Ki-Zerbo. Von diesem „Aderlass“ habe sich der Kontinent nie mehr erholt. Der ganze Reichtum Europas dagegen basiere darauf: Denn der Sklavenhandel brachte europäischen Handelsgesellschaften Gewinnsteigerungen von 300 bis 800 Prozent und schuf damit die finanzielle Grundlage für die Industrialisierung Europas. Diese ermöglichte auch die Produktion neuartiger Waffen und begründete damit letztlich auch die militärische Überlegenheit der europäischen Invasoren in Afrika. Wo immer die europäischen Eroberer auf dem Kontinent eindringen, rekrutierten sie einheimische Helfershelfer und Soldaten für ihre Feldzüge. Die Zwangsrekrutierungen trugen, so Ki-Zerbo, noch dazu bei, die „allgemeine miserable Lage zu verschlimmern.“

Afrikanische Kolonialsoldaten für europäische Kriege

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hoben die Kolonialherren reguläre afrikanische Truppen aus. Im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 kamen sie erstmals auch in Europa zum Einsatz.

Im Ersten Weltkrieg mussten schon Hunderttausende Afrikaner an Fronten auf verschiedenen Kontinenten kämpfen, im Zweiten Weltkrieg waren es Millionen.

Ki-Zerbo, der auch an dem umfangreichen Forschungsprojekt der UNESCO zur afrikanischen Geschichte beteiligt war, schrieb über die Folgen des Zweiten Weltkriegs für Afrika: „Den afrikanischen Völkern wurden außergewöhnliche Kriegsleistungen abverlangt. In den großen Küstenstädten herrschte Not. Die Ärmsten hüllten sich in alte Getreidesäcke. Doch im Allgemeinen ertrug man die Kriegslast ohne großen Widerstand: Man litt stumm. Zweifellos fühlten die Menschen, dass sie an einem großen, weltweiten Drama teilnahmen. Dennoch war die Kriegslast manchmal für die Soldaten leichter zu tragen. Sie befanden sich Auge in Auge mit den Nazitruppen und wussten, gegen wen sie kämpften. Die anonymen Massen der Afrikaner aber ließ man Tausende von Kilometern vom Kriegsschauplatz entfernt arbeiten und zahlen.“

Der britische Historiker David Killingray, einer der wenigen europäischen Wissenschaftler,

die sich intensiv mit den Folgen des Zweiten Weltkriegs für Afrika beschäftigt haben, kommt zu dem ähnlichen Ergebnis: „Vom Kap bis nach Kairo gab es kaum einen Lebensbereich, der nicht wirtschaftlich und darüber hinaus durch den Zweiten Weltkrieg in seinen Grundfesten erschüttert wurde.“

Der Hauptgrund dafür ist, dass die Welt - als der Zweite Weltkrieg begann - noch weitgehend kolonialisiert war und insbesondere Afrika noch nahezu vollständig unter europäischer Kolonialherrschaft stand bzw. - wie Südafrika - ökonomisch und politisch von einer ehemaligen Kolonialmacht aus Europa kontrolliert wurde.

Kolonien zu Beginn des Zweiten Weltkriegs

Als größte Kolonialmacht verfügte Großbritannien - mit dem Commonwealth - über ein Imperium, das ein Viertel der Erde mit einem Viertel der Weltbevölkerung umfasste. Die französischen Kolonien waren zwanzigmal größer als das sogenannte „Mutterland“ und hatten 100 Millionen Einwohner. Die Fläche Niederländisch-Indiens (heute Indonesien) entsprach der Westeuropas. Die USA beherrschten die Philippinen und von Inseln wie Hawaii und Amerikanisch-Samoa weite Teile des Südpazifiks.

Japan kontrollierte mit Mikronesien den Norden des Pazifiks sowie die koreanische Halbinsel,

Formosa und die Mandschurei. Und auch die faschistische Regierung Mussolinis herrschte in Nord- und Ostafrika über ein Kolonialgebiet, das um ein Vielfaches größer war als Italien.

Deutschland hatte seine Kolonien in Afrika und im Pazifik zwar nach dem Ersten Weltkrieg an die Siegermächte abtreten müssen. Doch ihre Rückgewinnung gehörte zu den erklärten Kriegszielen der Nazis.

Es brauchte jedoch ein halbes Jahrhundert und einen afrikanischen Autor, bis diese historischen Fakten erstmals im deutschsprachigen Raum erforscht und publiziert wurden. Der Umgang damit ist ein plastisches Beispiel dafür, wie historische Ereignisse, die für die Dritte Welt im Allgemeinen und für Afrika im Besonderen von großer Bedeutung waren, in der Nachkriegszeit aus der hiesigen Geschichtsschreibung bewusst herausgehalten wurden.

Konrad Adenauer als Kolonialpropagandist

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte das Deutsche Reich bei den Friedensverhandlungen von Versailles im Jahre 1919 bekanntlich „seine“ Kolonien in Afrika, an der chinesischen Küste und im Pazifik an die Siegermächte abtreten müssen. Seitdem agitierten deutsche Kolonialwarenhändler, Industrielle und Bankenvertreter, die von der Ausplünderung der deutschen Kolonien profitiert

hatten, gegen die „Schande von Versailles“. Nationalkonservative Politiker unterstützten diese Kolonial-Propaganda, wie das folgende Zitat von Konrad Adenauer belegt, der vor 1933 nicht nur Oberbürgermeister der Stadt Köln war, sondern auch stellvertretender Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft. In dieser Funktion erklärte Adenauer:

„Das Deutsche Reich muss unbedingt den Erwerb von Kolonien anstreben. Im Reiche selbst ist zu wenig Raum für die große Bevölkerung. Gerade die etwas wagemutigen, stark vorwärts strebenden Elemente, die sich im Lande selbst nicht betätigen konnten, aber in den Kolonien ein Feld für ihre Tätigkeit finden, gehen uns dauernd verloren. Wir müssen für unser Volk mehr Raum haben und darum Kolonien.“

Mit diesem Adenauer-Zitat wurde in einer „Kolonialen Sonderschau“ auf der Kölner Zeitungsmesse „Pressa“ im Jahr 1928 die Eroberung von angeblich „mensenleerem Raum“ in Afrika propagiert. Dazu waren zwei Karten abgebildet: eine kleine, gedrängte von Deutschland mit dem Titel: „60 Millionen ohne Raum“ und eine große, weite von Afrika mit der Überschrift: „Raum ohne Volk“.

Bislang ist Adenauers Tätigkeit als Funktionär der Deutschen Kolonialgesellschaft nicht einmal ansatzweise erforscht. Es scheint auch kein allzu großes Interesse daran zu geben, wurde Adenauer doch in einer Zeitungs-umfrage vor einigen Jahren noch

zum „bedeutendsten deutschen Politiker aller Zeiten“ gewählt. Da stören Hinweise darauf, dass das NS-Regime an Kolonialpropaganda wie die seine nahtlos anknüpfen konnte.

Die Kolonialpläne der Nazis

Tatsächlich richtete die NSDAP schon 1933 ein Kolonialpolitisches Amt (KPA) ein, um die Verwaltung eines „germanischen Kolonialreichs“ in Afrika vorzubereiten. Dieses sollte von der Atlantikküste im Westen bis zum Indischen Ozean im Osten reichen und ein Drittel des Kontinents umfassen. Seine Eroberung gehörte zu den erklärten Kriegszielen der Nazis und sollte nach der Unterjochung Osteuropas erfolgen.

Ab 1940 rekrutierte das NS-Regime bereits Polizisten und SS-Truppen für Einsätze „in den Tropen“ und bildete ausgewählte Männer und Frauen für die Verwaltung von Plantagen und Minen aus. Denn das afrikanische Kolonialreich sollte Nazideutschland mit Nüssen, Ölen, Kaffee, Tee, Kakao, Tabak und Südfrüchten, Baumwolle, Sisal, Tropenhölzer, Erzen, Metallen, Gold und Diamanten versorgen. Selbst „Arbeitsbücher“ zur Registrierung der „Eingeborenen“, die unter deutscher Aufsicht Zwangsarbeit leisten sollten, wurden bereits gedruckt. Und NS-Juristen entwarfen ein „Kolonialblutschutzgesetz“, um jegliche „Rassenmischung“ in den Kolonien zu unterbinden. Schon

im Juli 1941 konnte das Kolonialpolitische Amt vermelden: „Wenn der Führer, der Gestalter der deutschen Zukunft, den Einsatzbefehl auf kolonialem Gebiet geben wird, so wird er das Kolonialpolitische Amt gerüstet finden, diesen Befehl nach Kräften auszufüllen.“

Die ostafrikanische Insel Madagaskar wollte das NS-Regime auf besonders perfide Weise nutzen. Vier Millionen europäische Juden sollten dorthin deportiert werden. Dabei war klar, dass auf der Insel keineswegs so viele Menschen überleben konnten. Der Tod der meisten Deportierten war somit einkalkuliert. Die Überlegenheit der britische Flotte auf den Seewegen rund um Afrika verhinderte, dass Madagaskar zum Schauplatz des Holocaust wurde. Außerdem bot „der Krieg gegen die Sowjetunion... die Möglichkeit...“ andere Territorien für die Endlösung zur Verfügung zu stellen“, wie Franz Rademacher, Leiter des „Referats Judenfragen“ im Auswärtigen Amt, am 10. Februar 1942 in einem Brief an seinen Kollegen Ernst Bielfeld, Leiter der Kolonialabteilung, erläuterte. Danach hatte „der Führer entschieden, dass die Juden nicht nach Madagaskar, sondern nach Osten abgeschoben werden sollen.“

Der Sieg der Roten Armee in Stalingrad und der Sieg der alliierten Kolonialtruppen unter britischem Kommando in Nordafrika vereitelten die geplante Eroberung eines deutschen Kolonialreiches in Zentralafrika.

Der erste Wissenschaftler, der die Kolonialpläne der Nationalsozialisten erforschte, war bezeichnenderweise kein deutscher Historiker, sondern der bereits zitierte Politologe Kum'a Ndumbe aus Kamerun. Er studierte in den 1950er Jahren in Deutschland und begann schon damals mit Recherchen zu diesem Thema, obwohl ihm seine deutschen Professoren dringend davon abrieten, weil sich dazu angeblich in den Archiven nichts finden ließe. Tatsächlich hatten sie selbst nie danach gesucht.

Kum'a Ndumbe liess sich nicht entmutigen, zumal er einen Auftrag der Zeitschrift „Das Parlament“ erhielt, die versprach, die Ergebnisse seiner Recherchen zu publizieren. Doch als die von ihm präsentierten Fakten vorlagen, schreckte die Zeitschrift vor einer Veröffentlichung zurück. Schließlich hätte diese den amtierenden Bundeskanzler Konrad Adenauer und andere ehemalige Kolonialpropagandisten desavouieren können, die ihre politischen Karrieren nach 1945 in der Bundesrepublik ungebrochen hatten fortführen können. So war es Jean-Paul Sartre, der die Forschungsergebnisse Kum'a Ndumbes über die Kolonialpläne der Nazis erstmals in seiner Zeitschrift „Les Temps Modernes“ publizierte - in französischer Sprache. In Deutsch konnten sie erst 1993 erscheinen in einem Buch mit dem Titel: „Was wollte Hitler in Afrika? NS-Planungen für eine faschistische Neugestaltung Afrikas.“

Das Beispiel zeigt, dass bedeutende aber unbequeme Kapitel der Kolonialgeschichte des Zweiten Weltkriegs über fast ein halbes Jahrhundert hinweg aus dem deutschsprachigen historischen Diskurs gezielt herausgehalten wurden.

Französische Kolonien im Dienste Nazideutschlands

Ähnlich unbeachtet blieb lange Zeit die Tatsache, dass auch das NS-Regime nach der Unterwerfung Frankreichs und dem Waffenstillstandsvertrag mit der Kollaborationsregierung von Vichy ab Juni 1940 Zugriff auf die französischen Kolonien in Afrika, Asien und Ozeanien erhielt - mit fatalen Folgen für deren Bewohner. Denn diese mussten in Zwangsarbeit Rohstoffe für die deutsche Rüstungsindustrie und Nahrungsmittel für die deutschen Truppen liefern.

Sokamzum Beispiel der Kautschuk zur Bereifung deutscher Militärfahrzeuge bis zum Überfall auf die Sowjetunion im Jahre 1941 aus den französischen Kolonien in Indochina - transportiert mit der transsibirischen Eisenbahn.

Und aus den afrikanischen Kolonien lieferten die Vichy-Behörden den faschistischen Achsenmächten für ihre Rüstungsfabriken 900.000 Tonnen Phosphat und 350.000 Tonnen Eisen.

In Westafrika trieben französische Kolonialbeamte auf Geheiß des NS-Regimes sogar Geld zur

Verpflegung der Zehntausenden afrikanischen Kriegsgefangenen in deutschen Lagern ein, die auf Seiten der Alliierten gekämpft hatten. Bauern in der Elfenbeinküste z.B. mussten einem „Komitee zur Versorgung der Kriegsgefangenen“ Kolanüsse, Mais, Mehl, Honig und Geld aushändigen.

Ab Februar 1941 kam noch die Versorgung der deutschen Panzerverbände in Nordafrika hinzu, für die im Maghreb weitere Nahrungsmittel, PKW und Lastwagen konfisziert wurden. Allein Algerien lieferte in einem Jahr 450.000 Doppelzentner Getreide, 220.000 Schafe und 4,8 Millionen Hektoliter Wein, während die algerische Bevölkerung an Unterernährung, Tuberkulose und Typhus litt.

Auch das Afrikakorps unter General Rommel spannte nach seiner Landung in Libyen Zwangsarbeiter ein. Aber während es Dutzende glorifizierende Bücher und Biografien über Rommel und seinen Afrikafeldzug gibt, ist mir nicht eine einzige historische Forschungsarbeit bekannt, die sich ernsthaft mit den Folgen der deutsch-italienischen Invasion für die Bevölkerungen in Libyen und Ägypten auseinander gesetzt hätte.

Weder aus Deutschland noch aus Italien kamen in der Nachkriegszeit nennenswerte Entschädigungen für die Ausbeutung und die Zerstörung Nordafrikas durch die deutsch-italienische Kriegsführung. Dagegen fand sich schon in den 1950er Jahren genügend Geld für ein gigantisches

Kriegerdenkmal, das 200 Veteranen des Afrikakorps in Anwesenheit der Witwe des Nazi-Generals Rommel in der libyschen Wüste enthüllten, um an ihre „gefallenen Kameraden“ zu erinnern.

In El Alamein, Tobruk und auf anderen ehemaligen Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs in der Region finden sich heute zahlreiche Denkmäler für deutsche, italienische und alliierte Opfer. Aber nach meiner Kenntnis erinnert keines davon an die zu Tode geschundenen Zwangsrekrutierten und Zwangsarbeiter der faschistischen Achsenmächte oder an die Hunderttausenden Kolonialsoldaten, die unter britischem Kommando in Nordafrika kämpften und von denen Tausende in Nordafrika gefallen sind. Dazu gehörten Inder, Aborigines aus Australien, Maoris aus Neuseeland, Pazifikinsulaner, Soldaten aus der Karibik und Truppen aus allen bestehenden und ehemaligen britischen Kolonien in Afrika.

Rassismus in den südafrikanischen Streitkräften

Allein Südafrika z.B. stellte im Zweiten Weltkrieg etwa 335.000 Soldaten, darunter Schwarze, Weiße und so genannte „Coloureds“ - „Farbige“, wie Menschen mit indischen Vorfahren in der rassistischen Terminologie des Landes genannt werden.

60.000 Südafrikaner kämpften 1941 in der nordafrikanischen

Wüste gegen das Afrikakorps der deutschen Wehrmacht. Am 21. November geriet die fünfte Brigade des „Cape Corps“ in eine verlustreiche Schlacht mit deutschen Panzerverbänden und Kampfflugzeugen. 3.000 Südafrikaner gerieten in deutsche Kriegsgefangenschaft, 224 kamen bei den Kämpfen um. Die Überlebenden bestatteten die Toten Seite an Seite in einem Massengrab. Aber als die Front weiter gezogen war, ließ das südafrikanische Oberkommando die Leichen exhumieren und erneut begraben - in drei Gräbern, nach Hautfarben getrennt.

Die Apartheid wurde zwar erst 1948 zur offiziellen Staatsdoktrin in Südafrika, wobei die von den Nazis entworfenen Kolonialgesetze rückblickend wie Vorlagen für die südafrikanischen Apartheidgesetze erscheinen. In den Streitkräften jedoch galt - wie das Beispiel zeigt - schon während des Zweiten Weltkriegs eine strikte Rassentrennung.

Die Verfolgung der nordafrikanischen Juden

Unbeachtet von der historischen Forschung nicht nur in Deutschland sondern auch in Frankreich blieb lange Zeit auch die Tatsache, dass nach dem Waffenstillstandsvertrag der französischen Kollaborationsregierung unter Marshall Philippe Pétain mit dem NS-Regime im Juni 1940 auch die etwa 500.000 Juden in den nordafrikanischen Kolonien Frankreichs vom Tod bedroht

waren. 1.350 algerische Juden hatten noch im Mai 1940 im Kampf gegen die deutsche Wehrmacht für Frankreich ihr Leben gelassen. Aber mit der Übernahme der Kolonialverwaltung durch das Vichy-Regimes verloren Juden in Algerien erst ihre französische Staatsbürgerschaft, dann sämtliche öffentlichen Ämter und Funktionen. Nach dem „Judenstatut“ vom Juni 1941 durften sie in zahlreichen Berufen (vom Journalismus bis zu Lehrtätigkeiten) nicht mehr arbeiten und ab Juni 1941 auch nicht mehr als Anwälte, Händler, Versicherungsvertreter und Unternehmer. Schließlich zwangen die französischen Kolonialbeamten Juden dazu, ihre Geschäfte und Wohnhäuser zu Spottpreisen zu verkaufen und verbannten jüdische Kinder aus Schulen und Universitäten.

Die deutschen und italienischen Faschisten sowie ihre französischen Verbündeten unterhielten in Nordafrika auch mehr als einhundert Arbeitslager, in die neben politischen Oppositionellen und Deportierten aus Europa auch Tausende maghrebinische Juden verschleppt wurden. Allein im Lager von Giado in der italienischen Kolonie Libyen kamen 562 Inhaftierte um.

Im Osten Marokkos mussten 7.000 Zwangsarbeiter Schienenstränge für eine geplante Trans-Sahara-Eisenbahn verlegen, die bis nach Niger reichen sollte. Die Lager in Algerien und Tunesien befanden sich meist in abgelegenen

Wüstenregionen, in denen Zehntausende Gefangene schutzlos den brütend heißen Sommertagen und den eisigen Winter Nächten ausgesetzt waren. Der Partisan Claudio Moreno beschrieb das Lager von Hadjerat M'Guil deshalb als „französisches Buchenwald in Nordafrika“.

Es ist bemerkenswert, wie wenig Beachtung die Verfolgung der nordafrikanischen Juden bis heute findet. So erinnern zum Beispiel das eindrucksvolle Stelenfeld in Berlin und die Gedenkstätte daneben explizit nur an „die Vernichtung der europäischen Juden“. Hinweise auf die Verfolgung von Juden außerhalb Europas sucht man dort vergeblich. Nur auf einer Landkarte im Eingangsbereich, die bis zu den südlichen Anrainerländern des Mittelmeers reicht und auf der Lager verzeichnet sind, finden sich auch einige Punkte in Nordafrika. Aber Informationen dazu werden nicht geboten. Dabei kamen durch Hunger, Misshandlung und Folter in den nordafrikanischen Arbeitslagern sowie durch Pogrome wie z. B. 1941 in Tunesien und durch Deportationen in die Todeslager der Nazis zwischen 4.000 und 5.000 Juden aus dem Maghreb ums Leben.

Arabische Helfershelfer für die faschistischen Achsenmächte

Wie der US-amerikanische Nahost-Historiker Robert Satloff, der zwei Jahre in der Region

geforscht hat, schreibt, bestand das Personal der faschistischen Straflager in Nordafrika durchweg aus einheimischen Freiwilligen:

„Zahlreiche Berichte von Augenzeugen belegen, dass arabische Soldaten, Polizisten und Arbeiter zu allem bereit waren - manchmal in wesentlichem, manchmal in geringerem Maße - um nach dem Vorbild der Judenverfolgung in Europa auch gegen das nordafrikanische Judentum vorzugehen: das reichte von der Durchsetzung anti-jüdischer Sondergesetze über die Zwangsverpflichtung jüdischer Arbeiter bis zur Verwaltung von Arbeitslagern. Von den Außenbezirken Casablancas bis in die Wüstengebieten südlich von Tripolis dienten Araber überall als Wächter und Aufseher in den Arbeitslagern. Und von wenigen Ausnahmen abgesehen, waren sie bei den jüdischen (und anderen) Gefangenen als willige und loyale Diener der Nazis, Vichys und der (italienischen) Faschisten gefürchtet.“

Robert Satloff war eigentlich nach Nordafrika gereist, um dort nach arabischen Widerstandskämpfern und Antifaschisten zu suchen, die Juden gerettet haben. Er hatte die Hoffnung, über solche positiven Role-Models die Bereitschaft in arabischen Ländern zu fördern, sich kritisch mit Nationalsozialismus, Holocaust und der Beteiligung arabischer Kollaborateure daran auseinanderzusetzen. Satloff fand auch einige dieser arabischen „Helden“ wie z. B. den Tunesier

Khaled Abdelwahhab, der jüdische Frauen vor deutschen Besatzungsoffizieren versteckte, die sie in ihre Militärbordelle verschleppen wollten. Aber anders als manche deutsche Islamwissenschaftler und Arabisten besitzt Satloff die wissenschaftliche Redlichkeit, auch Forschungsergebnisse zu publizieren, die seinem eigentlichen Ziel widersprechen. So schreibt er z.B., dass ihn Nachfahren von Arabern, die Juden im Zweiten Weltkrieg zu Hilfe kamen, darum baten, keinesfalls ihre Namen zu nennen, weil die Familien ansonsten von ihren heutigen Nachbarn deshalb geächtet, wenn nicht sogar tötlich angegriffen würden. So brisant kann die Aufarbeitung von Geschichte im nordafrikanischen Kontext sein.

Das SS-Kommando zur Vernichtung der nordafrikanischen Juden

Im Jahre 2006 publizierten die Historiker Martin Cüppers und Mathias Mallmann erstmals Dokumente, die belegen, dass das NS-Regime auch konkrete Pläne zur Vernichtung der Juden in Nordafrika und im Nahen Osten schmiedete. In ihrem Buch „Halbmond und Hakenkreuz“ weisen die beiden Mitarbeiter der Forschungsstelle Ludwigsburg zur Verfolgung von NS-Verbrechen nach, dass seit Mitte des Jahres 1942 ein Spezialkommando der SS in Athen auf Abruf für seinen Einsatz in Nordafrika bereit

stand. Die Truppe - mit „sieben SS-Führern, 17 Unterführern und Mannschaften“ - stand unter dem Befehl des SS-Obersturmbannführers Walter Rauff, der schon an Massenmorden in Polen beteiligt gewesen war und 1941 Lastwagen so hatte umbauen lassen, dass darin Menschen durch Abgase ermordet werden konnten. Diese „Vertrautheit mit dem Prozess der rationalisierten Vernichtung der Juden“ prädestinierte Rauff laut Cüppers und Mallmann „für den neuen Posten als Chef einer mobilen Todesschwadron für den Nahen Osten.“

Rauffs Truppe bestand nur aus maximal 100 Personen, aber die Nazis vertrauten darauf, ähnlich wie in Osteuropa, genügend einheimische „Freiwillige“ für die Vernichtung der Juden zu finden: „Wie sich schon seit langem in zahlreichen Stimmungsberichten andeutete“, so Cüppers und Mallmann, „bot sich (...) im Nahen Osten eine unübersehbare und teilweise bereits wohlorganisierte Zahl von Arabern aus der dortigen Bevölkerung als willige Helfershelfer der Deutschen an. Das zentrale Betätigungsfeld von Rauffs Kommando, die Realisierung der Shoah in Palästina, wäre mit Hilfe jener Kollaborateure unmittelbar nach Erscheinen der Panzerarmee Afrika schnell in die Tat umgesetzt worden.“

Nachdem die Alliierten den Vormarsch der deutschen Truppen in Ägypten zurückschlagen konnten, landete das SS-Todeskommando im November 1942 in Tunesien,

wo damals etwa 85.000 Juden lebten. Rauff ließ unmittelbar nach seiner Ankunft führende Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Haft nehmen und erteilte ihnen den Befehl, bis zum nächsten Tag 2.000 jüdische Zwangsarbeiter zum Ausbau der deutschen Frontlinien aufzubieten. Bei Nichtbefolgung drohte Rauff „mit der sofortigen Verhaftung von 10.000 Juden“.

Die deutschen Besatzer ließen in Tunesien 30 Arbeitslager bauen und zwangen Juden, auch während alliierter Bombardements, weiter in Häfen und an Eisenbahnstrecken zu arbeiten. Darüber hinaus mussten Juden Abgaben in Millionenhöhe leisten, mit denen die arabische Bevölkerung nach alliierten Angriffen entschädigt wurde, weil das „internationale Judentum“ angeblich für den Krieg verantwortlich sei.

In der tunesischen Küstenstadt Sfax plante das SS-Kommando den Bau eines Konzentrationslagers, der nur aufgrund des alliierten Vormarsches aufgegeben werden musste.

Auch die Pläne der Nazis zur Vernichtung der Juden im Maghreb und die Sympathien arabischer Kollaborateure für eine „endgültige Lösung des Judenproblems in allen arabischen und mohammedanischen Ländern“ gehören zu den gravierenden Folgen des Zweiten Weltkriegs in Afrika. Es stellt sich somit die Frage, warum es mehr als sechs Jahrzehnte dauerte, bis diese Fakten endlich historisch

erforscht und öffentlich präsentiert wurden. Eine Antwort darauf lautet, dass viele Regionalexperten, Islamwissenschaftler und Arabisten keinerlei Interesse zeigten und zeigen, sich mit Nazikollaborateuren in der Region auseinanderzusetzen. Im Gegenteil: Manche, wie etwa Mitarbeiter des Zentrums Moderner Orient in Berlin, scheuen nicht einmal vor systematischen Geschichtsklitterungen zurück, um Nazikollaborateure aus arabischen Ländern als antikoloniale Freiheitskämpfer erscheinen zu lassen und ihre offenen Sympathien für faschistische Gesellschaftsmodelle und den antisemitischen Rassenwahn der Nationalsozialisten zu verharmlosen.

Dies lässt sich anhand der Publikationen nachweisen, die im Rahmen eines mehrjährigen Forschungsprojekts des Berliner ZMO über „Arabische Begegnungen mit dem Nationalsozialismus“ entstanden sind. Schon der Titel klingt verharmlosend so, als seien sich ein paar Araber und Nazis auf der Promenade der Zeitgeschichte begegnet und hätten sich zugewunken.

Hochrangige Nazikollaborateure in Ägypten

Tatsächlich gab es insbesondere unter den Eliten in Nordafrika und im Nahen Osten breite und unverblümete Sympathien für den Faschismus und den Krieg der

faschistischen Achsenmächte in Nordafrika. Aber diese werden vom ZMO durchweg heruntergespielt. So veröffentlichte zum Beispiel Gerhard Höpp, von 1996 bis zu seinem Tod im Jahr 2003 führender Mitarbeiter des ZMO, eine Studie über „Deutsche Islampolitik zwischen 1938 und 1945“. Darin schrieb er, dass im Juli 1942 zwei ägyptische Militärpiloten im Auftrag von König Faruk die britisch-deutschen Linien überflogen, um dem Generalstab der deutschen Truppen in Nordafrika britische Militärpläne zu übergeben. Zur Vorbereitung der Spionageaktion hatte sich der ägyptische Konsul in Istanbul mit SS-Oberführer Erwin Ettl und einem Neffen des palästinensischen Großmuftis Husseini getroffen. Die Drei hatten vereinbart, dass die erfolgreiche Übergabe der britischen Militärgeheimnisse an die deutsche Wehrmacht durch das Verlesen bestimmter Suren aus dem Koran im Propagandasender der Nazis signalisiert werden sollte, was am 13. August 1942 auch geschah.

Den Islamwissenschaftler Höpp interessierte an dieser Geschichte lediglich der Einsatz von Koransuren im Rahmen der deutschen Militärspionage. Dass der ägyptische König und seine Militärs mit der SS kollaborierten und alliierte Militärgeheimnisse an die Nazis verrieten, war für ihn nicht der Rede wert. Sein Fazit lautete: „Diese Episode ist an sich gewiss bedeutungslos; sie verdeutlicht lediglich einen von mehreren, letzten Endes

gescheiterten Versuchen, einheimische Verbündete für den zunächst militärischen Vorstoß Deutschlands nach Nordafrika und den Nahen Osten ausfindig zu machen und schließlich zu gewinnen.“

Tatsächlich fand Nazideutschland gerade in Ägypten zahllose „einheimische Verbündete“ nicht nur im Königshaus sondern auf allen Ebenen der Gesellschaft. Schon Ende der 1930er Jahre war die Anhängerschaft der ägyptischen Muslimbrüder von 8.000 auf 200.000 angestiegen. Die Organisation rief nach deutschem Vorbild zum Boykott jüdischer Geschäfte auf und forderte: „Juden raus aus Ägypten und Palästina!“ Infolge dieser Agitation kam es 1939 zu Sprengstoffanschlägen auf eine Synagoge und jüdische Privathäuser in Kairo.

Die ägyptische Regierung hatte sich zwar vertraglich verpflichtet, im Falle eines Krieges auf der Seite Großbritanniens zu kämpfen. Aber die britischen Kommandeure scheuten sich, die ägyptische Armee mit ihren 40.000 Soldaten an der nordafrikanischen Front einzusetzen, weil sie deren Loyalität bezweifelten. Zu Recht, denn ägyptische Offiziere, darunter die späteren Präsidenten Gamal Abdel Nasser und Anwar as-Sadat, standen damals in ständigem Kontakt mit dem deutschen Kommando in Libyen und koordinierten ihre Aktivitäten mit dem Nazi-General Erwin Rommel. Sadat gestand dies später in seinem Buch „Revolte am Nil“ freimütig ein. Im September 1942

traf sich Sadat in Kairo mit zwei deutschen Geheimagenten, die ihm gefälschte Papiere, Funkgeräte und 20.000 britische Pfund für seinen Versuch überreichten, den deutschen Truppen in Ägypten den Weg zu ebneten. Doch die Briten kamen dem zuvor und nahmen Sadat und die beiden Deutschen fest. Auch der Chef des ägyptischen Generalstabs, Aziz Akli el-Masri, gehörte zum Kreis der Verschwörer und landete in Haft.

Im Juli 1942 beriet der König mit dem von den Briten abgesetzten ehemaligen Regierungschef Ali Mahir bereits über die Zusammensetzung des Kabinetts, das mit den deutschen und italienischen Besatzern zusammenarbeiten sollte. Mit Scheikh el-Azhar, dem Oberhaupt der Muslime in Ägypten, bereitete er einen fulminanten Empfang für die faschistischen Truppen vor, der „den Pomp, mit dem einstmals Napoleon willkommen geheißen wurde“, noch übertreffen sollte.

Fakten wie diese finden sich in den Publikationen des ZMO nicht, obwohl sie schon 1966 in einer Studie des polnischen Historikers Lukasz Hirszowicz nachzulesen waren. Hirszowicz hatte als erster entsprechende Dokumente des Auswärtigen Amts und anderer Regierungsstellen des NS-Regimes ausgewertet.

Wenn es auf Tagungen des Berliner ZMO um Ägypten ging, dann referierte dort zum Beispiel Wolfgang Schwanitz, der sich mit Fragen wie der Geschichte

der „Deutschen Handelskammer in Ägypten“ beschäftigte. Er beschrieb die guten deutsch-ägyptischen Beziehungen in den 1930 Jahren, ohne auf die faschistische Machtübernahme in Deutschland im Jahre 1933 auch nur einzugehen. Stattdessen hielt er Episoden wie die Folgende aus dem Jahre 1938 für erwähnenswert:

„Der ‚Führer und Reichskanzler‘ (Adolf Hitler) (schenkte) dem jungen König Faruk zu dessen Vermählung mit der schönen Farida großmütig ein ‚Mercedes-Benz-Sport-Cabriolet.‘“

Die Publikationen des Berliner ZMO belegen, dass manche Islamwissenschaftler und Arabisten unbequeme Kapitel der Geschichte bewusst ausblenden oder gar umschreiben, weil die historischen Fakten ihre aktuellen Positionierungen im Nahost-Konflikt stören könnten.

Beginn des Zweiten Weltkriegs 1935 in Äthiopien?

Andere Historiker messen, wie Professor Kum'a Ndumbe zurecht kritisiert, historischen Ereignissen, die in Afrika stattfanden, offenkundig nicht dieselbe Bedeutung zu wie vergleichbaren Szenarien in Europa.

Dies zeigt der Umgang mit der italienischen Invasion in Äthiopien bzw. Abessinien, mit der 1935 auch noch das letzte Land, das sich bis dahin erfolgreich gegen jegliche Kolonialisierungsversuche

zu widersetzen vermocht hatte, europäischer Herrschaft unterworfen werden sollte.

Der Schweizer Historiker Aram Mattioli, der als einer von wenigen zum Äthiopienkrieg geforscht und publiziert hat, bezeichnet ihn als „faschistischen Vernichtungskrieg“. Aber es stellt sich die Frage, warum dieser Krieg in der Historiografie des Zweiten Weltkriegs ansonsten kaum Erwähnung findet, obwohl darin bis zur italienischen Kapitulation im Jahre 1941 hunderttausende Soldaten aus 17 Ländern und vier Kontinenten zum Einsatz kamen. Würde ein ähnliches Kriegsszenario, hätte es denn auf dem europäischen Kontinent stattgefunden, nicht selbstverständlich als Beginn des Zweiten Weltkriegs gelten? Bleibt der äthiopische Kriegsschauplatz nur deshalb unbeachtet, weil er in Afrika liegt und dort mehrheitlich schwarze Soldaten kämpften?

Im Rahmen der Recherchen für die von uns publizierten Unterrichtsmaterialien über die Rolle der Dritten Welt im Zweiten Weltkrieg habe ich sämtliche Schulbücher für Geschichte durchgesehen, die in Nordrhein-Westfalen im Unterricht eingesetzt werden. Dabei habe ich nur ein einziges gefunden, in dem der Krieg in Äthiopien Erwähnung findet – wenn auch nur in wenigen Zeilen. In diesem „Kursbuch Geschichte“ aus dem Jahr 2007 steht das Fazit: „Die Äthioper hatten dem mit modernen Waffen, Giftgas und äußerster Brutalität geführten Angriff (der italienischen Truppen) nichts

entgegenzusetzen.“ Tatsächlich verfügte Äthiopien nicht nur über eine Armee mit mehr als 100.000 Soldaten, die sich den Invasoren ein halbes Jahr lang entgegen stellte, bis die Hauptstadt Addis Abeba unterworfen war, sondern danach kämpften auch Hunderttausende Partisanen, die sich „Patriots“ nannten, vier Jahre lang weiter in Guerilla-Manier gegen die Besatzer und leisteten damit einen wesentlichen Beitrag zur italienischen Niederlage im Jahre 1941.

Aber afrikanische Kriegsteilnehmer zählen in der hiesigen Geschichtsschreibung scheinbar im wahrsten Sinne des Wortes „nichts“. Dies zeigt auch die Ausklammerung der Millionen afrikanischen Kolonialsoldaten, die unter französischem und britischem Kommando gekämpft haben, aus der europäischen Geschichtsschreibung.

Afrikanische Kolonialsoldaten unter britischem Kommando

Allein die britische Armee rekrutierte im Zweiten Weltkrieg in Afrika rund eine Million Männer - oftmals mit Gewalt. Diese afrikanischen Soldaten fochten 1940/41 gegen italienische Kolonialtruppen in Britisch-Somaliland und Äthiopien, 1940 bis 1943 gegen die deutsch-italienischen Verbände im libysch-ägyptischen Grenzgebiet, 1942 gegen das Vichy-Regime in Madagaskar und 1944

gegen japanische Truppen in den Dschungeln der britischen Kolonie Burma. Dass der japanische Angriff auf die britische Kronkolonie Indien zurück geschlagen werden konnte, ist nicht zuletzt den etwa 100.000 afrikanischen Soldaten zu verdanken, die dort unter britischem Kommando in der ersten Frontlinie standen.

Gedankt hat es ihnen niemand: Der Sold der afrikanischen Soldaten war deutlich niedriger als der britischer Militärs und ihre Verpflegung weitaus schlechter. Die Befehlshaber der Kolonialtruppen waren durchweg weiße Offiziere. Das britische Oberkommando bereitete sie mit einer Broschüre auf ihre Kommandofunktionen vor, in der es hieß, die afrikanischen Soldaten hätten in vielerlei Hinsicht „den Geisteszustand von Kindern“.

Aufrassistische Diskriminierungen dieser Art reagierten die Kolonialsoldaten mit Protesten und Meutereien. So weigerten sich zum Beispiel viele, an Bord der Transportschiffe nach Indien zu gehen, weil ihnen Zuschläge für Kriegseinsätze in Asien, wie sie britischen Soldaten zugestanden wurden, verwehrt blieben.

Britische Kriegsgerichte verhängten für die Anführer der Revolten Prügelstrafen und auch Todesurteile. Trotzdem desertierten allein in Ostafrika 1944/1945 mehr als 25.000 Männer.

Auch die britische Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg sparte Jahrzehnte lang die Auswirkungen des Krieges

auf die Kolonisierten aus. John Hamilton, im Krieg Zugführer und Fernmelde-Offizier in der 81. westafrikanischen Division, kritisiert, dass selbst die ausführlichste englischsprachige Geschichte über die Schlacht um Burma die Zehntausenden Kolonialsoldaten aus Westafrika, die dort auf Seiten der Alliierten kämpften, in gerade mal vier Zeilen abhandelt.

Im Jahr 1998 wurde der „Memorial Gates Trust“ gegründet, eine Stiftung, die Geld sammelte, um endlich auch die Millionen sogenannten „Freiwilligen“ aus Indien, Afrika und der Karibik, die unter britischem Kommando im Zweiten Weltkrieg gekämpft haben, mit einem Denkmal zu ehren. Am 6. November 2002 weihte die britische Königin, Queen Elisabeth II., den kleinen Gedenkpvavillon ein – 57 Jahre nach dem Kriegsende.

Staatlich verordnete Geschichtsklitterungen in Frankreich

In Frankreich sollte die Ausklammerung der Kolonialgeschichte des Zweiten Weltkriegs noch vor zehn Jahren auf Initiative von Präsident Sarkozy sogar zur Staatsdoktrin werden. Im Februar 2005 entwarf seine Regierung ein Gesetz, wonach Geschichtsbücher in Frankreich „die positive Rolle der französischen Präsenz in seinen überseeischen Kolonien, insbesondere in Nordafrika, anerkennen“ sollten.

Diese staatlich verordnete Geschichtsklitterung sollte sich vor allem auf die französische Kolonialvergangenheit in Algerien beziehen. Sie löste eine erregte öffentliche Debatte aus. Schließlich hatte Frankreich in Algerien nicht nur Zehntausende Soldaten sowohl für den Ersten als auch für den Zweiten Weltkrieg rekrutiert und auch noch für seinen Kolonialkrieg bis 1954 in Indochina. Und französische Truppen hatten in dem Befreiungskrieg, den Algerier und Algerierinnen von 1954 bis 1962 für die Unabhängigkeit ihres Landes führen mussten, ein Sechstel der algerischen Bevölkerung umgebracht, fast einhalb Millionen Menschen. Die nordafrikanischen Einwanderer in Frankreich erinnerten Sarkozy 2005 an diese keineswegs positiven Aspekte der Geschichte und eine Jugendrevolte in den Migrantenvierteln der Banlieus brachte den Plan der Pariser Regierung zur Beschönigung der französischen Kolonialgeschichte schließlich zu Fall. Bei ihren Protesten verwiesen Jugendliche, deren Familien aus dem Maghreb stammten, explizit darauf, dass ihre Väter und Großväter für Frankreich in den Krieg gezogen waren, aber niemals angemessene Renten und Entschädigungen dafür bekommen hatten, und dass auch Kinder und Enkel von Veteranen, die Frankreich vom Naziterror befreit hatten, heute ein Visum beantragen müssten, um das Land zu betreten, für das ihre Vorfahren ihr Leben eingesetzt hätten. Viele

Nachfahren der Befreier Europas sterben deshalb fast täglich bei Bootsunglücken im Mittelmeer.

Afrikanische Kolonialsoldaten unter französischem Kommando

Auch unter französischem Kommando kamen im Zweiten Weltkrieg etwa eine Million afrikanischer Soldaten zum Einsatz, viele von ihnen sogar auf wechselnden Seiten der Front. Nach der Kriegserklärung an Nazideutschland im September 1939 rekrutierte die Französische Republik in ihren afrikanischen Kolonien etwa 500.000 Soldaten.

Viele von ihnen standen im Mai 1940 in Nordfrankreich an der Front, um den Einfall der deutschen Wehrmacht abzuwehren. Die genauen Zahlen sind nicht bekannt, aber wie groß der Anteil der afrikanischen Soldaten gewesen sein muss, zeigen Schätzungen wie die von Professor Raffael Scheck, der über die Massaker der deutschen Wehrmacht an afrikanischen Kriegsgefangenen berichtete. Danach waren bei der französischen Kapitulation im Juni 1940 bereits 60.000 Afrikaner in deutsche Gefangenschaft geraten.

Nach der französischen Niederlage und dem Waffenstillstand zwischen der Kollaborationsregierung von Vichy und dem NS-Regime mussten Kolonialsoldaten aus West- und Nordafrika, die

bis dahin für Einsätze gegen Nazideutschland rekrutiert worden waren, auf der Seite der faschistischen Achsenmächte weiter Krieg führen, so zum Beispiel in Dakar, in der Levante (Syrien und Libanon) und 1942 auch in Nordafrika. Dabei standen ihnen auf all diesen Kriegsschauplätzen auch Soldaten aus Zentral- und Ostafrika unter alliierterem Kommando gegenüber.

General Charles de Gaulle, der im Juni 1940 von London aus zum Widerstand gegen das Vichy-Regime und Nazideutschland aufrief, konnte seine Streitmacht des „Freien Frankreich“ nur in den Kolonien aufbauen. Denn von den 35.000 französischen Soldaten, die wie er nach Grossbritannien geflohen waren, waren 1940 nur 2.500 bereit, an seiner Seite zu kämpfen. Der Rest folgte dem Aufruf des Nazikollaborateurs Pétain zur Rückkehr nach Vichy-Frankreich.

De Gaulles erster Stützpunkt war das Fort Lamy in Äquatorialafrika (im heutigen Tschad) und er schrieb später in seinen Memoiren: „In den ausgedehnten Weiten Afrikas konnte Frankreich tatsächlich eine neue Armee zur Verteidigung seiner Souveränität aufstellen [...] und damit die Kräfteverhältnisse an der Front umkehren. Afrika, in Reichweite der Halbinseln Italien, Balkan und Spanien gelegen, bot eine ausgezeichnete Ausgangsbasis für die Rückeroberung Europas.“

Als die Vichyregierung nach der Landung der Alliierten in Nordafrika 1943 die Kontrolle über

die Kolonien verlor, rekrutierte de Gaulle in Nord- und Westafrika weitere Hunderttausende Soldaten für die alliierten Landtruppen in Italien und in der Provence.

Die Kolonialsoldaten wurden wie von den britischen so auch von den französischen Militärs nicht selten mit Zwang rekrutiert und erhielten oftmals kaum eine nennenswerte militärische Ausbildung, bevor sie nach Europa verschifft und an die Front geschickt wurden.

Baba Sy, der 1979 Verteidigungsminister Obervoltas wurde (heute Burkina Faso) und im Zweiten Weltkrieg zu den westafrikanischen Truppen des Freien Frankreichs gehörte, den *Tirailleurs Sénégalais*, berichtete:

„Sie gaben uns damals keinerlei politische Erklärungen ... Die Franzosen erzählten uns lediglich, dass die Deutschen Afrikaner für Affen hielten und wir mit unserem Einsatz in diesem Krieg beweisen könnten, dass wir Menschen wären. Das war's ...“

Wie viele andere *Tirailleurs* wurde auch Baba Sy 1943 in Dakar eingeschifft, um nach Europa in den Krieg zu ziehen. Er nahm an der Landung in Italien teil, wurde auf der Insel Elba verletzt und war schließlich an der Befreiung Straßburgs beteiligt. „Dort standen wir bei Kriegsende immer noch“, erzählte er. „Denn Schwarze wurden nur bis in die Mitte von Frankreich eingesetzt, um die Deutschen zurückzuschlagen.“

Bei der Befreiung von Paris wollte General de Gaulle die afrikanischen Soldaten nicht mehr in der ersten Reihe marschieren sehen. Er wollte die französische Resistance, die ihm aufgrund ihrer linkssozialistischen Haltungen politisch suspekt war, in seine Streitkräfte eingliedern und junge Franzosen als Befreier auf dem Champs Elysees gefeiert sehen. So wurden, noch während der Krieg in seine letzte Phase trat, Bilder von überwiegend weißen französischen Befreiern gezielt inszeniert, die danach die Geschichtsschreibung bestimmen sollten.

Obwohl de Gaulles Truppen des Freien Frankreich nach 1940 mehrheitlich aus Afrikanern bestanden hatten, sollte es tatsächlich sechs Jahrzehnte dauern, bis die französische Regierung erstmals offiziell der afrikanischen Kolonialsoldaten gedachte und afrikanische Veteranen zu Feierlichkeiten, wie dem 60. Jahrestag der alliierten Landung in der Provence, einlud.

Auf eine Gleichbehandlung zu ihren französischen „Kameraden“ bei der Zahlung von Kriegs- und Invalidenrenten warten die „Anciens Combattants“ aus Afrika bis heute vergeblich.

Französische Kolonialverbrechen ausgeblendet

Es dauerte in Frankreich auch mehr als ein halbes Jahrhundert, bis die französische Regierung Kriegsverbrechen in Afrika nicht

mehr schlichtweg leugnete, so wie z. B. das Massaker im senegalesischen Thiaroye.

Im Dezember 1944 waren knapp 1.300 Tirailleurs Sénégalais („Senegalschützen“) von ihren Kriegsdiensten in Europa nach Westafrika zurückgekehrt. Viele von ihnen hatten Jahre der Haft und Zwangsarbeit in deutschen Lagern hinter sich. In Thiaroye, einem provisorischen Übergangscamp vor den Toren der senegalesischen Hafenstadt Dakar, warteten sie auf die Auszahlung ihres restlichen Solds und die versprochenen Demobilisierungsprämien in Höhe von 500 Francs. Außerdem forderten sie dieselbe Haftentschädigung von 5.000 Francs pro Person, die Franzosen für Kriegsgefangenschaft erhielten.

Die Kolonialoffiziere vor Ort, von denen viele schon unter Vichy im Amt gewesen waren, verweigerten die Zahlungen und wollten zudem beim Umtausch französischer Francs in die Kolonialwährung CFA nur die Hälfte des offiziellen Wechselkurses gewähren. Deshalb kam es zu einer Revolte. Die Afrikaner nahmen einen französischen Offizier als Geisel und ließen ihn erst frei, nachdem er ihnen zugesichert hatte, all ihre Forderungen zu erfüllen. Doch nach seiner Freilassung umstellten in der Nacht zum 1. Dezember 1944 Panzer das Lager und eröffneten um fünf Uhr morgens das Feuer. Als die Tirailleurs schlaftrunken aus ihren Baracken stürzten, ließen die

französischen Kommandeure sie gnadenlos niedermetzeln.

Die Zahl der Opfer wird je nach Quelle mit 35 bis 300 angegeben. Sie ist schwer zu verifizieren, da die französischen Behörden bis heute nicht alle Akten freigegeben haben.

Französische Militärgerichte verurteilten 34 sogenannte Rädelsführer der Revolte im März 1945 zu Haftstrafen von bis zu 10 Jahren. Fünf Männer starben im Gefängnis, die restlichen wurden im Juni 1947 aufgrund des wachsenden politischen Drucks amnestiert.

Die Nachricht von dem Massaker in Thiaroye verbreitete sich rasch in ganz Westafrika. Es wurde zum Symbol für die Willkür der Kolonialmacht und gab den Unabhängigkeitsbewegungen der Region Auftrieb. Ein Spielfilm des senegalesischen Regisseurs, Schriftstellers und Kriegsteilnehmers Ousmane Sembène („Camp de Thiaroye“) erinnerte schon 1989 daran. In französischen Geschichtsbüchern hingegen wurde dieses Massaker auch viele Jahre später noch ebenso verschwiegen wie die Ereignisse am 8. Mai 1945 in Algerien, dem Tag des Kriegsendes in Europa.

Der 8. Mai 1945 in Algerien - ein Tag der Trauer

Bis heute ist der 8. Mai in Frankreich ein nationaler Feiertag, in der ehemals französischen Kolonie Algerien hingegen ein Tag der Trauer. Warum, erklärt die

algerische Autorin Alice Cherki so:

„In Algerien hatten sich viele Männer freiwillig als Soldaten gemeldet und geglaubt, dass das Ende dieses Krieges auch ihnen die Freiheit bringen würde, wie es die Franzosen versprochen hatten. Am 8. Mai 1945, dem Kriegsende in Europa, gingen die Menschen in Constantine, Guelma und Sétif deshalb auf die Straße, um de Gaulle an sein Versprechen zu erinnern. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit französischen Siedlern, die blindlings in die Menge schossen. Die französische Armee kam ihnen zu Hilfe und setzte schließlich sogar Flugzeuge ein. Das Ergebnis war ein furchtbares Massaker an algerischen Zivilisten. Ganze Familien wurden dabei niedergemetzelt.“

Selbst französischen Regierungsquellen müssen inzwischen eingestehen, dass mindestens 1.500 Algerier an diesem Tag ums Leben kamen. Algerische Quellen nennen bis zu 45.000 Opfer.

Ich habe im Revolutionsmuseum in Algier Fotos von diesem Tag gesehen, es waren Fotos von Leichenbergen, die von französischen Soldaten an die Stadtränder gekarrt und dort verbrannt wurden.

Für viele in Algerien markierte der 8. Mai 1945 deshalb den Beginn des algerischen Befreiungskrieges, da das Freie Frankreich de Gaulles an diesem Tag mit brutaler Gewalt demonstrierte, dass es nicht gewillt war, dem Land freiwillig und friedlich die

Unabhängigkeit zu gewähren. Dafür mussten bis 1962 noch mehr als eine Million Algerierinnen und Algeriern ihr Leben lassen.

Es gibt inzwischen einige detaillierte historische Untersuchungen und Dokumentarfilme von algerischen und französischen Autoren über das Gemetzel am 8. Mai 1945 in Algerien. Aber die entsprechenden Regierungsarchive sind immer noch nicht alle öffentlich zugänglich.

So wird die Geschichtsschreibung über die Rolle der Dritten Welt im Zweiten Weltkrieg im Allgemeinen und Afrikas im Besonderen bis heute auch von Regierungsstellen weiterhin eingeengt, manipuliert und behindert.

Kurzes Fazit

Aufgrund von Zwangsrekrutierungen und Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkriegs brachen weite Teile der traditionell auf Selbstversorgung ausgerichteten Landwirtschaft Afrikas zusammen. Hinzu kam die Verwüstung weiter Teile des Kontinents durch den Krieg. Von den Folgen dieser kriegsbedingten Verwerfungen hat sich Afrika bis heute nicht erholt. Daran zu erinnern hatten sämtliche kriegführenden Mächte deshalb kein Interesse. Denn wäre die bedeutende Rolle, die Afrika für die Befreiung Europas vom Nationalsozialismus spielte, in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen worden, hätten möglicherweise politische Konsequenzen daraus gezogen werden müssen. So

hätten angemessene Pensionen und Entschädigungen gezahlt oder Wiederaufbauhilfen und Wiedergutmachungen geleistet werden müssen.

Konsequenzen also, die Kosten verursacht hätten und die deshalb jede Nachfolgeregierung der am Krieg beteiligten Mächte zu vermeiden suchte.

Wer die Geschichte ernst und wahr nimmt, müsste für einen anderen Umgang mit den afrikanischen Ländern und ihren Bewohnern eintreten, und auch MigrantInnen, die von dort kommen, mit größerem Respekt begegnen, als dies heute in Europa der Fall ist. Wenn es aktuell eine Schuld zu begleichen gibt, dann ist es jedenfalls die Europas bei Afrika und nicht umgekehrt. Tatsächlich jedoch verweigert dieses Europa, das Afrika vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg systematisch ausgeplündert hat, selbst den Nachfahren der afrikanischen Soldaten, die für seine Befreiung gekämpft haben, heute die Einreise.

Die beschämenden Debatten dieser Tage über den Umgang mit den Flüchtlingen, die aus den von Europa Jahrzehnte lang hofierten Diktaturen Afrikas zu entkommen versuchen, bestätigen dies einmal mehr. Es ist an der Zeit, dass sich an dieser rassistischen und geschichtsvergessenen Haltung endlich etwas ändert.

Ringvorlesung „Europas Afrika“
am Historischen Seminar der Uni-
versität Luzern am 1. März 2011

Anmerkung

- 1 Vortrag von Karl Rössel (recherche international e.V.) im Rahmen der

Barbara Laubenthal

Entschädigungen für Kolonialveteranen des Zweiten Weltkriegs in Frankreich und den USA

Die Rolle von Geschichte in der Einwanderungsgesellschaft

1. Kolonialveteranen des Zweiten Weltkriegs und ein gebrochenes Versprechen

„Gebt uns Gerechtigkeit bevor wir sterben“¹- mit diesem Slogan haben seit den 1960er Jahren philippinische Veteranen des Zweiten Weltkriegs Entschädigungen für ihre Teilnahme am Pazifikkrieg von der US-amerikanischen Regierung gefordert. In ähnlicher Weise haben ehemalige Soldaten aus Nord- und Westafrika die Zahlung von Kriegserrenten von Frankreich verlangt. Der Grund ist ein in den Augen der Veteranen gebrochenes Versprechen der Kolonialmächte. Obwohl die US-amerikanische Regierung während des Krieges den philippinischen Veteranen zugesagt hatte, dass sie nach dem Krieg Renten und Staatsbürgerschaftsrechte bekommen würden, verabschiedete die US-Regierung 1946 ein Gesetz, das den Dienst von Filipinos in Teilen der US-Armee als „nicht aktiven Militärdienst“ erklärte und die Veteranen

von Pensionsansprüchen ausnahm. Im französischen Fall wurden die Renten afrikanischer Veteranen bei der Dekolonisierung der afrikanischen Kolonien in den 1960er Jahren auf dem Niveau eingefroren, auf dem sie im Jahr der Dekolonisierung waren, d.h. ab den 1960er Jahren erhielten sie deutlich weniger als ihre europäischen Counterparts. Keine Rentenzahlungen zu bekommen, oder deutlich weniger als die europäischen und US-amerikanischen Soldaten – schon seit dem Ende des Weltkriegs kritisierten die außereuropäischen Weltkriegsteilnehmer diese „brennende Ungerechtigkeit“ (Reinwald 2005) und forderten eine Gleichstellung mit französischen und US-amerikanischen Veteranen.

Nachdem ihre Forderungen jedoch jahrzehntelang auf keine Resonanz stießen, haben die Veteranen es seit dem Jahr 2000 jedoch zunehmend geschafft, Gehör zu finden. In den Jahren 2009 und 2010 wurden sowohl in Frankreich als auch in den USA nach einer

jahrzehntelangen Ausblendung des Themas afrikanischen und philippinischen Veteranen durch entsprechende Gesetzesänderungen Entschädigungen in Form von Rentenzahlungen gewährt. Dass diese Arten von transnationalem Aktivismus und sozialen Bewegungen erfolgreich sind, ist keineswegs selbstverständlich. Dieser Beitrag geht der Frage nach, was die Gründe für die erfolgreiche Politisierung des Themas der Kriegsrenten für Kolonialveteranen sind. Eine der Grundannahmen der kulturwissenschaftlichen Erinnerungsforschung, wie sie etwa von Aleida Assmann formuliert wird, ist, dass Erinnerung immer durch Interessen in der Gegenwart geschaffen und konstruiert wird (Assmann 1999). Diesem Gedanken folgend möchte dieser Beitrag zeigen, wie der historische Gegenstand der Kolonialsoldaten mit einem sehr aktuellen Thema, nämlich gegenwärtigen Problematiken von Migration und Integration in zwei Einwanderungsgesellschaften, verbunden ist.

„Wir haben Frankreich befreit. Wir haben unsere Jugend gegeben. Wir haben mit den Franzosen Seite an Seite gekämpft, und manchmal hat man uns sogar ganz nach vorne geschickt. Aber nachdem der Kampf gewonnen war, hat man uns vergessen.“ (Libération 25.05.1997). Dieses Zitat eines westafrikanischen Veteranen illustriert die Situation, die seit Ende des Zweiten Weltkriegs bestand, nämlich, dass

Forderungen dieser Veteranen nach einer sowohl materiellen als auch erinnerungspolitischen Anerkennung ihres Beitrags weitgehend ungehört blieben.

Dabei haben die Kolonialveteranen für den Kriegsverlauf in mehrerer Hinsicht eine wichtige Rolle gespielt: Fast 500.000 Soldaten aus den nord- und westafrikanischen Kolonien Frankreichs haben im Zweiten Weltkrieg an fast allen europäischen Kriegsschauplätzen gekämpft und waren an vielen entscheidenden Schlachten beteiligt, unter anderem in Nordafrika, Italien und Frankreich. Im US-amerikanischen Fall haben mehrere Hunderttausend Filipinos ab 1941 in der US-Armee und als Guerillas gegen die japanische Besatzung gekämpft (Raimundo 2010). Beide Gruppen, Afrikaner in Europa und Filipinos im Pazifik, haben einen entscheidenden Beitrag zum Sieg der Alliierten über Deutschland und Japan geleistet. Mehr als die Hälfte der Truppen, die 1944 in der Provence landeten und so das Ende der deutschen Besatzung Frankreichs einläuteten, stammten aus den französischen Kolonien (Garan 2013). Die Kolonialsoldaten waren neben dem alltäglichen Schrecken des Krieges zusätzlich spezifischen Diskriminierungen ausgesetzt. So wurden amerikanische und philippinische Soldaten gemeinsam Opfer von Kriegsverbrechen seitens der japanischen Armee. Beim sogenannten Todesmarsch von Bataan, bei dem nach der Kapitulation der USA

philippinische und amerikanische Gefangene in einem 50 Kilometer langen Marsch in ein Kriegsgefangenenlager getrieben wurden, starben 15.000 philippinische Soldaten an Hunger, Durst und Krankheiten sowie durch die Willkür und Brutalität der japanischen Wachen, die Gefangene aufgrund angeblicher Vergehen, wie zu langsam gehen oder heimlich trinken, bajonettierten, oder auch lebendig begruben (Connaughton 2001). Überlebende Filipinos wurden in Kriegsgefangenenlagern Opfer des unmenschlichen Umgangs der japanischen Armee mit Kriegsgefangenen und wurden dabei häufig noch schlechter behandelt als die US-amerikanischen Soldaten. In Europa wurden westafrikanische Soldaten als Kriegsgefangene Opfer des Rassismus der Nationalsozialisten gegenüber schwarzen Soldaten. Mehrere Tausend afrikanische Soldaten wurden bei der Gefangennahme Opfer von Massenerschießungen (Scheck 2015).

Zu ihrer Zeit, während und kurz nach dem Krieg, kreuzten sich die Wege der Akteure, um die es hier geht, mehrfach: Im Jahr 1942 landeten amerikanische Truppen in Nordafrika, dort, wo zu diesem Zeitpunkt die marokkanischen Soldaten am Beginn ihres Feldzugs nach Europa standen. Einige Jahre später kämpften marokkanische Truppen im französischen Indochinakrieg, wo nur wenige Jahre später die USA den Vietnamkrieg

fürten. Nach dem Krieg fand die Erinnerung an die Kolonialsoldaten jedoch in unterschiedlichen Nationalstaaten statt, und hier wurden sie auch mehr und mehr vergessen. Das hat mehrere Gründe: Zum einen eine eurozentrische Historiografie, in der sich die offizielle Erinnerung in doppelter Weise auf Europa, nämlich auf Europa als Kriegsschauplatz und auf europäischen Soldaten, konzentrierte. Dies gilt auch für die USA, wo die Erinnerung an den Pazifikkrieg deutlich weniger Raum einnahm als die an den europäischen Schauplatz. Obwohl es im Pazifik viele D-Days gab (Miller 2005), konzentrierte sich die US-amerikanische Erinnerung lange auf die bekannte und viel-mediatisierte Landung der Alliierten in der Normandie. In Frankreich verschwand die Erinnerung an die Kolonialsoldaten zugunsten eines nationalen Erinnerungsnarrativs, das auf die französische Résistance fokussiert und diese, obwohl sie ihren Ursprung und ihre politische Basis in den afrikanischen Kolonien hat, als eine urfranzösische Angelegenheit darstellte (Jennings 2014). Auch in den ehemaligen französischen Kolonien verblasste die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, da man sich nach der Unabhängigkeit auf erinnerungspolitische Ebene nicht mehr auf Formen der Kollaboration mit den ehemaligen Kolonialmächten konzentrieren wollte.

Seit dem Jahr 2000 wurden allerdings Forderungen nach materieller und historischer

Anerkennung in Frankreich und den USA zunehmend in der Öffentlichkeit rezipiert und führten zu Erfolgen auf staatlicher Ebene. Ab 2000 wurde das Thema in Frankreich zunehmend von Akteuren in die Öffentlichkeit getragen, und es fand anhand von drei Gesetzesreformen, 2001, 2006 und 2010, eine schrittweise Gleichstellung der afrikanischen Veteranen mit französischen Soldaten statt. Auch in den USA wurde 2009 unter der Obama-Regierung ein Entschädigungsfonds für philippinische Veteranen etabliert. Im Folgenden soll gezeigt werden, durch welche Akteure und mit welchen Diskursen das Thema in den beiden Ländersettings politisiert wurde, und welche Rolle dabei heutige Migrationsphänomene spielen.

2. Frankreich

2.1 Erinnerungskultur als Erinnerungspolitik

In Frankreich intensiviert sich die Forderungen nach einer Gleichstellung afrikanischer Veteranen in einer Phase, in der kulturelle und politische Reflektionen der Vergangenheit, insbesondere in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg und den Kolonialismus, stark zunahm. Seit dem Ende der 1990er Jahre gab es eine Welle von neuen Gedenktagen, Denkmälern, Biografien und Fiktionalisierungen. Ein Merkmal des französischen Falls ist dabei die besonders konflikthafte Auseinandersetzung mit der eigenen kolonialen Vergangenheit.

Neuralgische historische Punkte wie der Algerienkrieg und das gewalttätige Vorgehen der französischen Armee während der Dekolonisierung Algeriens wurden in den Medien von Veteranen und von Historikern intensiv und kontrovers diskutiert. 2003 verabschiedete die französische Regierung ein Gesetz, das eine positive Darstellung des französischen Kolonialismus beinhaltet. Es stieß jedoch auf so heftigen Widerstand, dass der umstrittene Passus ein Jahr später wieder gestrichen wurde (Mollenhauer 2010).

Gleichzeitig fand eine neue Pluralisierung von Erinnerungspolitik statt: Seit Ende der 1990er Jahre veränderte sich das eher homogene Erinnerungsregime an den Zweiten Weltkrieg und den Kolonialismus hin zu einer Pluralisierung von Erinnerung. Unterschiedliche historische Gruppen artikulierten ihre eigenen Erinnerungsansprüche, und es wurden gruppenspezifische Gedenktage und Denkmäler, etwa für die Harkis, für Algerienveteranen und für Indochina-Veteranen geschaffen. In diese neue Erinnerungskultur wurden auch Kolonialsoldaten mit einbezogen. So entstanden in Frankreich neue Denkmäler und Friedhöfe für die afrikanischen Soldaten.

Auch im Herkunftsland Senegal wurde das Thema seitens staatlicher Akteure wiederentdeckt. 2004 ließ der senegalesische Staatspräsident Wade ein Denkmal aus der Kolonialzeit an

prominenter Stelle, im Zentrum Dakars, wiedererrichten. Gleichzeitig führte er einen nationalen Gedenktag an die sogenannten *tirailleurs sénégalais* ein. In Reden verwies er darauf, dass es seitens Frankreichs eine Pflicht zur Erinnerung gebe, da „Afrika in den Stunden des Kampfes zur Stelle war“ und forderte Rentenzahlungen für afrikanische Kolonialveteranen (Reinwald 2009). An der Einweihungszeremonie nahmen die Präsidenten von Benin, Burkina Faso, Mali und Tschad teil, und in allen fünf Ländern wurde der 23.08. zum nationalen Gedenktag an die ‚*tirailleurs sénégalais*‘ erklärt.

2.2 Rentenforderungen für afrikanische Veteranen - zentrale Akteure und ihre Diskurse

In Frankreich brachten bereits Mitte der 1990er Jahre Migranten das Thema Kolonialsoldaten in die öffentliche Debatte ein. Migranten ohne Aufenthaltsrecht argumentierten mit der kolonialen Vergangenheit Frankreichs und mit der Beteiligung von westafrikanischen Soldaten am Zweiten Weltkrieg. Sie postulierten, dass sie aufgrund der Verdienste ihrer Großväter als Kolonialsoldaten im Zweiten Weltkrieg bei der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus ein Recht auf Aufenthalt in Frankreich hätten (Laubenthal 2007). Ab dem Jahr 2000 begannen auch Migrationsorganisationen mit sozialpolitischem bzw. juristischem Profil, die sich für die Rechte und die Gleichstellung von

Ausländern einsetzen, sich mit der Situation der Kolonialveteranen zu beschäftigen. Themen, zu denen diese Organisationen ansonsten arbeiteten, waren irreguläre Migration, Staatsbürgerschaftsfragen und Asylrecht. Diese Gruppen forderten mit Veröffentlichungen von Pressemitteilungen, aber auch im Rahmen individueller Rechtsberatung und mit Klagen vor dem französischen Staatsrat, die Rentengleichstellung von afrikanischen Veteranen. Eine weitere Akteursgruppe waren französische Veteranenverbände, die in Veröffentlichungen, mit einem Weißbuch und wiederholten parlamentarischen Eingaben und Eingaben an die zuständigen Ministerien die Rentengleichstellung fordern. Federführend war die Veteranenorganisation FNAOM, der Verband der ehemaligen französischen Kolonialarmee. Auf ihre Initiative gründeten 1994 mehrere Veteranenorganisationen den *Conseil National pour les droits des anciens combattants et militaires d'outre-mer*, eine Organisation, die sich ausschließlich mit dem Thema Renten für Kolonialveteranen beschäftigte.

2.3 Mediatisierung und Skandalisierung: Der Spielfilm *Indigènes*

Trotz dieser Aktivitäten fand das Thema Renten für Kolonialsoldaten bis 2006 keine große Bedeutung in der Öffentlichkeit. Die Medienberichterstattung war moderat und bezog sich weitgehend auf juristisch-technische

Aspekte der Rentenfrage. Dies änderte sich mit dem Erscheinen des Spielfilms *Indigènes*, der zu einer breiten Aufmerksamkeit für das Thema und zur bedeutenden Ausweitung der gesellschaftlichen Debatte führte (Laubenthal 2015; Loeb 2011).

Der Film handelte von vier nordafrikanischen Soldaten, die zwischen 1943 und 1945 in Italien und Frankreich kämpfen. Obwohl sie weniger Sold bekommen und schlechter behandelt werden als die französischen Soldaten, setzen sie sich mutig und patriotisch für Frankreich ein. Nachdem sie sich freiwillig zu einem gefährlichen Kommando in einem elsässischen Dorf gemeldet haben, kommen drei von ihnen dabei ums Leben. Obwohl sie als nordafrikanische Soldaten als erste ins Elsass eingedrungen sind, machen die französischen Kriegsberichterstatte Fotos von weißen französischen Soldaten, die sie als Befreier des Dorfes darstellen, obgleich diese nicht einmal gekämpft haben. Daraufhin macht der Film einen Zeitsprung von 60 Jahren: Die überlebende Hauptfigur besucht einen französischen Soldatenfriedhof im Elsass und betet an den Gräbern seiner drei Kameraden. Anschließend fährt er in seine Sozialwohnung zurück, wo er alleine lebt. Der Film endet mit einem Hinweis auf die aktuelle Situation, also darauf, dass die Renten für afrikanische Veteranen nach der Dekolonisierung eingefroren wurden und die Veteranen weniger erhalten als

ihre französischen Kameraden.

Indigènes war außerordentlich erfolgreich. Insgesamt sahen drei Millionen Zuschauer den Film, und die vier Hauptdarsteller erhielten den Darstellerpreis des Festivals in Cannes. Darüber hinaus war der Film für neun Césars nominiert und nahm bei der Oscarverleihung am Wettbewerb um den besten ausländischen Film teil. Die Kommunikationsstrategie des Films zielte darauf ab, über die kommerzielle Vermarktung hinaus auf die historischen Ereignisse aufmerksam zu machen sowie die Forderung nach Rentenerhöhung für Kolonialveteranen in die Öffentlichkeit zu transportieren. Auf der Internetseite wurden historisches Material und ein politischer Appell präsentiert, und das Presseheft enthielt genaue Informationen zur historischen Beteiligung der Kolonialsoldaten sowie zu konkreten Formen und Inhalten ihrer Forderungen. Die in Frankreich sehr bekannten und beliebten Schauspieler des Films traten öffentlich mit Kolonialveteranen auf. Vor allem nutzte das Filmteam seine Produktion, um auf die Situation von jungen nordafrikanischen Migranten und auf die Probleme der Integration in Frankreich aufmerksam zu machen. So äußerte einer der arabisch-stämmigen Hauptdarsteller: „Als ich mir diese Figur angeeignet habe, und als wir gespielt haben, habe ich mir immer gedacht, (...) ich erzähle meine Geschichte, ich erzähle die meines Vaters, und ich erzähle die meines Großvaters“ (Loeb

2011: 37/38). Aufbauend auf diese Personalisierung des Filmstoffs argumentierten die Schauspieler, dass der Film arabischen Jugendlichen deren Zugehörigkeit zu Frankreich vor Augen führe. „Sie [die arabischen Jugendlichen] leben in einer schrecklichen Identitätskrise. Aber zu sehen, dass ihre Großväter gegen die Nazis gekämpft haben, wird ihnen Selbstbewusstsein geben“ (Riding 2006). Die Schauspieler betonten, dass der Film zeige, dass junge nordafrikanische Migranten einen legitimen Platz in der französischen Gesellschaft hätten: „Der Film zeigt den Kindern von Immigranten, dass sie zur französischen Gesellschaft gehören. Sie sind sogar ‚französischer‘ als andere, weil ihre Vorfahren ihr Blut für Frankreich gegeben haben. Sie sollten stolz sein, Franzosen zu sein“ (Libération, 25.09.2006).

Der Film sorgte für einen starken Anstieg der Berichterstattung zum Thema Kolonialveteranen. In den fünf Monaten zwischen Anfang Mai und September 2006 erschienen in den Qualitätszeitungen *Le Figaro*, *Le Monde* und *Libération* genauso viele Artikel zu dem Thema wie zwischen 1996-2006 (Loeb 2011). Dabei verändert sich der Inhalt der Berichterstattung stark: Bis 2006 berichteten die Medien fast ausschließlich als Reaktion auf juristische Entscheidungen oder Auseinandersetzungen. Mit *Indigènes* verlagerte sich der Fokus hin zu einer emotionalisierenden Be-

richterstattung. Überschriften von Zeitungsartikeln zum Thema zeigten diesen Wandel anschaulich: Sie änderten sich beispielsweise von „Der Staatsrat beschäftigt sich mit Rentenfrage“ (Le Figaro, 25.05.2006) zu „Indigènes, das Blut des Kolonialreichs. Jamel Debouzze und Sami Bouajila als Soldaten im Zweiten Weltkrieg. Eine Hommage an die Armee Afrikas“ (Le Figaro, 23.09.2006). Dabei übernahmen Qualitätsmedien häufig fast wortgleich die Texte aus dem Presseheft: „Es ist nicht ihr Land, aber sie mussten für es kämpfen (...). Sie kämpften gegen die Nazis. Diese vergessenen Helden wollte Rachid Bouchareb würdigen.“ (Loeb 2011:41). Im Mai 2006 wurde der Film bei den Festspielen in Cannes uraufgeführt; im September 2006 kündigte die Regierung ein neues Gesetz zur Anpassung der Renten an.

3. USA

3.1 Neue Erinnerungskulturen in den USA und auf den Philippinen

Wie in Frankreich kam es auch in den USA nach der Jahrtausendwende zu einer Intensivierung erinnerungskultureller Aktivitäten. Im Gegensatz zu Frankreich war dieser neue Erinnerungsprozess aber eher unkontrovers. In den USA wurde der Zweite Weltkrieg in einer Zeit zu einem positiven Referenzpunkt, in der die USA in mehrere als problematisch erlebte Kriege involviert waren. Erika Doss spricht in diesem Zusammenhang von einer „Erinnerungsmanie“

(Doss 2008). In vielen Bundesstaaten wurde eine Reihe von neuen Denkmälern errichtet, und 2004 entstand in Washington, D.C. das monumentale WWII Memorial an der symbolischsten Stelle der National Mall.

Obwohl die US-amerikanische Kolonialmacht zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf den Philippinen sehr brutal vorging und es viele Massaker an der einheimischen Bevölkerung gab, ist diese historische Phase in der US-amerikanischen Erinnerung so gut wie vergessen. Auch die philippinische Erinnerung ist überlagert durch die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs und den gemeinsamen Kampf gegen die japanischen Besatzer (Caronan 2012). Auf den Philippinen entstand in den 1990er Jahren, ähnlich wie im Senegal, eine neue Konjunktur der Erinnerung. Gedenktage an den Zweiten Weltkrieg, die in den 1970er Jahren abgeschafft wurden, wurden als Veterans Week wieder „reaktiviert“ (Jose 2001). An einem hochsymbolischen Ort, dem Gefangenenlager Camp O'Donnell, welches erste Station für das Martyrium philippinischer und amerikanischer Kriegsgefangener auf der Halbinsel Bataan war, wurde 2003 mit der Wall of Heroes ein neues Denkmal mit den Namen der philippinischen Opfer errichtet. Dem aufmerksamen Betrachter fällt die Ähnlichkeit mit dem Vietnam Memorial in Washington, D.C. auf. Seit Beginn der 2000er Jahre initiiert das philippinische

Verteidigungsministerium zudem die Veröffentlichung einer Reihe von Autobiografien und Biografien philippinischer Veteranen.

3.2 Rentenforderungen für philippinische Veteranen - Akteure und Diskurse

Hauptakteure im Kampf um eine Gleichstellung philippinischer Veteranen in den USA waren zum einen die diversen philippinischen Regierungen, die bereits seit den 1980er Jahren von der US-Regierung Rentenzahlungen an die Veteranen forderten. Ende der 1990er Jahre wurde in der philippinischen Botschaft in Washington, D.C. eigens die Stelle eines Special Representative for Veterans Affairs eingerichtet, der vor Ort Lobbying für die Rechte der Veteranen betrieb. Die philippinische Botschaft kooperierte dabei mit US-philippinischen Lobbygruppen, die sich ebenfalls in den 1990er Jahren gegründet hatten, um eine Gleichstellung philippinischer Veteranen zu erreichen. Diese Gruppen sind aus der philippinischen Migrantengemeinschaft der Westküste entstanden. Der Hintergrund für ihre Entstehung ist die große und historisch bedingte Präsenz von Filipinos in den USA. Bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts wanderten Filipinos in die USA ein, zunächst als Studenten, die große Masse aber als Arbeitsmigranten, und dabei vor allem nach Hawaii und Kalifornien. Heute sind Filipinos die größte asiatische Gruppe in Kalifornien.² Zu dieser Zuwanderung kam

seit den 1990er Jahren noch eine Form der historisch bedingten Migration, nämlich der von Kolonialveteranen selbst. 1990 erhielten philippinische Veteranen im Zuge einer Immigrationsreform die Möglichkeit, die US-amerikanische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Dies löste zu Beginn der 1990er Jahre bei philippinischen Veteranen ein „Emigrationsfieber“ aus (Nakano 2000:43). 1998 hatten 28.000 Filipinos die US-amerikanische Staatsbürgerschaft angenommen, und 17.000 von ihnen waren zu diesem Zeitpunkt in die USA eingewandert (Raimundo 2010). Für die Migrationsentscheidung dieser Veteranen waren überwiegend ökonomische Motive ausschlaggebend, und die Migration wurde häufig von ihren Kindern vorgeschlagen (Becker 2000). Dabei spielten zum einen finanzielle Erwägungen eine Rolle d.h. die Möglichkeit, in den USA Sozialleistungen zu beziehen. Zum anderen konnten die Veteranen als amerikanische Staatsbürger Einreisegenehmigungen für ihre Kinder beantragen. Die Kolonialveteranen lebten in den USA in ärmlichen Verhältnissen und erfuhren kaum Unterstützung durch öffentliche Stellen. Als Reaktion gründeten philippinisch-amerikanische Aktivisten 1995 in San Francisco ein Beratungs- und Begegnungszentrum. Das San Francisco Veterans Equity Center unterstützte die Veteranen in sozialen Belangen, betrieb jedoch auch zunehmend Lobbying für ihre Rentengleichstellung.

Eine weitere wichtige Organisation, die American Coalition of Filipino Veterans, wurde 1993 von einem Veteranen und einem Sohn eines eingewanderten philippinischen Veteranen gegründet. Ein großer Teil der philippinisch-stämmigen Familien, die in Kalifornien lebten, hatten einen Vater, Großvater oder Onkel, der im Zweiten Weltkrieg gekämpft hatte. Lobbygruppen, die sich für Entschädigungen für Kolonialveteranen einsetzen, sind daher (zunächst) als eine Politisierung dieser biografischen Erfahrung entstanden. Gleichzeitig griffen seit den 1990er Jahren Kongressabgeordnete aus Kalifornien und Hawaii das Thema Renten für Kolonialveteranen auf und waren letztendlich auch für den Erfolg, d.h. die Einrichtung eines Entschädigungsfonds, verantwortlich. Insbesondere der demokratische Abgeordnete Bob Filner, dessen kalifornischer Wahlbezirk in San Diego den höchsten Anteil von Filipinos aufwies, setzte sich seit den 1990er Jahren im Kongress vehement für die philippinischen Veteranen ein. 2009 ermöglichte schließlich ein institutionelles Gelegenheitsfenster den Erfolg der Forderungen. Filner und ein weiterer Unterstützer der philippinischen Veteranen, Senator Daniel Inouye, wurden gleichzeitig Vorsitzende der beiden Komitees in Kongress und Senat, die weitreichenden Einfluss auf die Gewährung der Entschädigungsforderungen hatten. Zudem verfügten die Demokraten

über die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses.

4. Zusammenfassung: Die Rückkehr des Kolonialismus in die Einwanderungs- gesellschaften

Was sind die Voraussetzungen für die Entstehung und den Erfolg der Entschädigungsforderungen von Kolonialveteranen des Zweiten Weltkriegs? Sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zielländern der Forderungen nach Renten für die Veteranen gab es seit den 1990er Jahren eine Intensivierung der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, in die überall, wenngleich in unterschiedlichem Maße und in unterschiedlichen Formen, die Erinnerung an Kolonialsoldaten eingeschrieben wurde. Auf den Philippinen und in einigen Ländern Westafrikas entstanden neue erinnerungskulturelle Aktivitäten, die zur Legitimierung der Forderungen nach Entschädigungen genutzt werden. Hier wurde Erinnerungskultur zu einer Form von Erinnerungspolitik. In Frankreich manifestierte sich die neue Erinnerungskultur als eine breite gesellschaftliche und konflikthafte, dynamische Auseinandersetzung, in der sich verschiedene historische Gruppen mit ihren Ansprüchen zu Wort meldeten. In den USA schrieben sich die Forderungen philippinischer Veteranen zwar in eine sich intensivierende Erinnerungskultur an den Zweiten

Weltkrieg ein. Ihr Erfolg hing jedoch vor allem mit strategisch wertvollen Positionen von zwei Unterstützern der Veteranen im US-Kongress zusammen.

Trotz dieser Unterschiede sind eine gemeinsame Voraussetzung für die Entstehung und den Erfolg der Entschädigungsbewegungen für Kolonialveteranen in beiden Ländern koloniale und postkoloniale Migrationsbewegungen sowie die heutige Präsenz von Migranten aus den Herkunftsländern der Veteranen. Der Zusammenhang zwischen Vergangenheit und Gegenwart, der notwendig ist, um Resonanz für erinnerungspolitische Forderungen herzustellen, wird im Fall der Kolonialsoldaten über zeitgenössische Migration hergestellt. Entschädigungsforderungen von Kolonialsoldaten sind aktuelle Formen der Auseinandersetzung von Einwanderungsgesellschaften mit ihrer Migrationsbevölkerung. Dabei zeigen die hier untersuchten Fälle zwei unterschiedliche mögliche Bezüge zwischen Geschichte und Migration. In den USA entstanden Lobbygruppen für die philippinischen Veteranen aus der Präsenz einer philippinischen Migrantenbevölkerung, in der die traumatischen und existentiellen Erfahrungen der Kriegsgeneration in der zweiten und dritten Generation weiterlebten. Die hohe Präsenz filipino-stämmiger Migranten als Wählergruppe führte zudem zu einer Politisierung des Themas auf nationaler Ebene. Demgegenüber wurde das Thema Kolonialveteranen in Frankreich

vor dem Hintergrund aktueller Auseinandersetzungen um Zugehörigkeit und Integration der nordafrikanischen Bevölkerung zu einer Ressource, um deren Identität als Franzosen zu stärken und ihre Integration zu fordern. Der Fall der Kolonialsoldaten zeigt somit, dass und wie Geschichte zu einer wichtigen Ressource in der Einwanderungsgesellschaft werden kann.

Literatur

- Assmann, Aleida. 1999. Erinnerung als Erregung: Wendepunkte der deutschen Erinnerungsgeschichte. In *Berichte und Abhandlungen*, Hrsg. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berichte und Abhandlungen (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften). Berlin: Akademie-Verlag.
- Becker, Gay/Beyene, Yewoubdar/ Canalita, Leilani Cuizon. 2000. Immigrating for status late in life: Effects of Globalization on Filipino American Veterans. *Journal of Ageing Studies* 14 (3): 273-291.
- Doss, Erika. 2008. War, memory and the public mediation of affect: The National World War II Memorial and American Imperialism. In *Memory Studies* 1 (2): 227-250.
- Caronan, Faye. 2012. „Memories of US Imperialism: Narratives of the Homeland in Filipino and Puerto Rican Homes in the United States“. *Philippine Studies* 60: 337-66.
- Connaughton, R. M. 2001. *MacArthur and defeat in the Philippines*. Woodstock, N.Y.: Overlook Press.
- Garan, Frédéric (2013). *Défendre l'empire. Des conflits oubliés à l'oubli des combattants 1945-2010*. Paris.
- Jennings, Eric Thomas. 2014. *La France libre fut africaine*. Paris: Perrin.
- José, Ricardo T. 2001. War and violence, history and memory: the Philippine experience of the Second World War. *Asian Journal of Social Science* 29: 457-470.
- Laubenthal, Barbara. 2015. History as a resource. The movie „Indigènes“ and the debate on integration in France. In *Migration und Film*, Hrsg. Christoph Rass, 77-95. Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, Universität Osnabrück.
- Laubenthal, Barbara. 2007. *Der Kampf um Legalisierung*. Frankfurt/Main: Campus-Verl.
- Loeb, Edouard. 2011. *Cinéma et politique*. L'effet „Indigènes“. Bry-sur-Marne: INA.
- Miller, Donald L. 2005. *D-days in the Pacific*. New York: Simon & Schuster.
- Mollenhauer, Daniel. 2010. Erinnerungspolitik in der postkolonialen Republik. Frankreich und das koloniale Erbe. In *Kolonialgeschichten. Regionale Perspektiven auf ein globales Phänomen*, Hrsg. Claudia Kraft, 117-141. Frankfurt, M./New York, NY: Campus-Verl.
- Nakano, Satoshi. 2000. „Nation, Nationalism and Citizenship in the Filipino World War II Veterans Equity Movement, 1945-1999“. In *Hitotsubashi Journal of Social Sciences*, 32 (2): 33-53.
- Raimundo, Antonio. 2010. „The Filipino Veterans Equity Movement: A Case Study in Reparations Theory“. *California Law Review* 98: 575-623.
- Reinwald, Brigitte. 2005. *Reisen durch den Krieg*. Erfahrungen und Lebensstrategien westafrikanischer Weltkriegsveteranen der französischen Kolonialarmee. Berlin: Schwarz.
- Reinwald, Brigitte. 2009. Recycling the Empires Unknown Soldier. Contested Memories of French West African Colonial Combatants' War Experience. In *Memory, History and Colonialism: Engaging with Pierre Nora in Colonial and*

- Postcolonial Contexts*, Hrsg. I. Sengupta, 37-72: German Historical Institute London.
- Riding, Alan (2006). Wartime Heroism with an Arab Face. *New York Times*, 10.09.2006
- Scheck, Raffael. 2015. French African soldiers in German POW camps, 1940-1945. In *Africa and World War II*, Hrsg. Judith A. Byfield, Carolyn A. Brown, Timothy Parsons, und Ahmad Alawad Sikainga, 420-440: Cambridge University Press.
- Stora, Benjamin. DL 2012. *La guerre d'Algérie expliquée à tous*. Paris: Éd. du Seuil.

Anmerkungen

- 1 <http://dioknoed.blogspot.de/2015/05/memorial-day-another-congress-another.html>.
- 2 <http://globalnation.inquirer.net/63691/filipinos-are-biggest-asian-group-in-california-new-study>.

Die Veranstalter

Hessische Landeszentrale für politische Bildung

Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) wurde 1954 gegründet. Sie ist ein fester Bestandteil des politischen Lebens und der politischen Kultur in Hessen. Als Bildungseinrichtung des Landes Hessen will sie für Demokratie werben, aber auch über Diktatur, totalitäre Herrschaft und politischen Extremismus aufklären. 1993 ist vom Hessischen Landtag das „Gedenkstättenreferat“ bei der HLZ eingerichtet worden mit dem Ziel, ihm die auf dem Gebiet der Gedenkarbeit und der zeitgeschichtlichen Aufklärung über die NS-Zeit zu leistenden Aufgaben zu übertragen. Seit über 20 Jahren werden von der Landeszentrale (Referat 2/III) Studienreisen zu Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus finanziell unterstützt, darüber hinaus Seminare, Tagungen und Studienreisen angeboten sowie Publikationen und Beratung.

Stiftung Topografie des Terrors

Auf dem Gelände der „Topografie des Terrors“, neben dem Martin-Gropius-Bau und unweit des Potsdamer Platzes, befanden sich von 1933 bis 1945 die wichtigsten Zentralen des

nationalsozialistischen Terrors: das Geheime Staatspolizeiamt mit eigenem „Hausgefängnis“, die Reichsführung-SS, der Sicherheitsdienst (SD) der SS und während des Zweiten Weltkriegs auch das Reichssicherheitshauptamt. Die Stiftung Topografie des Terrors ist aus einem temporären Ausstellungsprojekt anlässlich der 750-Jahr-Feier Berlins im Jahr 1987 hervorgegangen. Ihre Gründung und die politische Entscheidung für die Errichtung eines Dokumentationszentrums sind das Ergebnis eines langjährigen öffentlichen Meinungsbildungsprozesses. Die Stiftung wird heute je zur Hälfte vom Land Berlin und der Bundesrepublik Deutschland finanziert. Eine wesentliche Rolle spielte in dessen Verlauf das kontinuierliche bürgerschaftliche Engagement zahlreicher Gruppen und Einzelpersonen. Gemäß Stiftungsgesetz besteht der Zweck der Stiftung Topografie des Terrors in der Vermittlung historischer Kenntnisse über den Nationalsozialismus und seine Verbrechen sowie der Anregung zur aktiven Auseinandersetzung mit dieser Geschichte, einschließlich ihrer Folgen nach 1945. Des Weiteren übernimmt die Stiftung bei entsprechenden Fragestellungen beratende Funktionen für das Land Berlin und die Bundesrepublik Deutschland.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Landesverband Hessen

Kriegstoten gebührt - geschützt durch internationales Völkerrecht - ein dauerndes Ruherecht. Die staatliche Verpflichtung, für den Erhalt und die Pflege ihrer Gräber zu sorgen und diese als Mahnstätten zu erhalten, ist in Deutschland seit 1954 auf den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. übertragen. Als einer von 16 Landesverbänden des Volksbundes ist der Landesverband Hessen unmittelbar an der Umsetzung dieses staatlichen Auftrages beteiligt. Er vermittelt die von den Kriegsgräberstätten ausgehende mahnende Botschaft gegen Krieg und Gewaltherrschaft im Rahmen von unterschiedlichen Projekten. Mit seiner Jugend-, Schul- und Bildungsarbeit ist er Mittler zwischen den Generationen, betreibt historisch-politische Bildung über den Zweiten Weltkrieg und recherchiert im Rahmen des Forschungsprojektes zur historischen Aufarbeitung von ausgewählten Kriegsgräberstätten in Hessen Biografien einzelner Kriegstoter sowie regional-geschichtliche Hintergründe, um Kriegsgräberstätten zu Lernorten zu machen.

Die Referentinnen und Referenten, Leiterinnen und Leiter der Workshops

DANIELA GEPPERT, M.A., arbeitete nach ihrem Studium u.a. an verschiedenen Ausstellungen der KZ-Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück mit. Sie ist seit 2006 Mitarbeiterin des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit der Stiftung Topografie des Terrors in Schöneweide und dort verantwortlich für den Bereich Pädagogik und Mitarbeit in den Programmbereichen Weiterentwicklung des Standortes und Ausstellungen.

DR. MONIKA HÖLSCHER leitet seit 2012 das Referat „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus / Zeitgeschichte / Rechts extremismus“ bei der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung in Wiesbaden.

DR. CONSTANZE JAISER, ist Literaturwissenschaftlerin und Theologin. Sie war zwischen 1995 und 2003 an der Freien Universität Berlin und ist seit 2003 freiberuflich als Wissenschaftlerin, Pädagogin und Projektmanagerin beschäftigt. Von 2006 bis 2013 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas tätig. Seit 2014 arbeitet sie im Team der Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V. In zahlreichen Projekten

und Veröffentlichungen hat sie kreative Vermittlungsformen zur Geschichte von Nationalsozialismus und Holocaust entwickelt und erprobt

DR. ALEXANDER KORB ist Lecturer für Neuere und Neueste Europäische Geschichte an der University of Leicester; dort Direktor des Stanley Burton Centre for Holocaust and Genocide Studies. Er studierte Geschichte, Gender Studies, Russistik und Baltologie an den Berliner Universitäten und promovierte 2011 an der Humboldt-Universität mit einer Arbeit zur Massengewalt der kroatischen Ustaša während des Zweiten Weltkriegs, die im Frühjahr 2013 mit dem Titel „Ustaša Faschismus und Nationalsozialismus als ideologische Leitsterne“ erschienen ist.

VIOLA KRAUSE, M.A., ist seit 2002 Geschäftsführerin des Landesverbandes Hessen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Zuvor war sie Referentin für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit des gemeinnützigen Vereins in Hessen und in dieser Phase ihrer Tätigkeit im Schwerpunkt mit dem Aufbau des Schulreferats des Landesverbandes und der Zusammenarbeit mit Allgemein- und Berufsbildenden Schulen und

sonstigen Bildungseinrichtungen beauftragt.

PROF. DR. WOLFGANG KRUSE ist Professor für Geschichte an der Fernuniversität in Hagen und Spezialist für die Geschichte des Ersten Weltkrieges. Er ist Akademischer Oberrat und außerplanmäßiger Professor im Arbeitsbereich Geschichte der Europäischen Moderne. In der ambitionierten „Geschichte kompakt“-Reihe der Darmstädter Wissenschaftlichen Buchgesellschaft hat er ein ansprechendes Einführungswerk in die Geschichte des Ersten Weltkrieges vorgelegt.

DR. BARBARA LAUBENTHAL ist DAAD Professorin an der University of Texas at Austin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Entscheidungspolitiken- und Vergangenenheitspolitik im internationalen Vergleich, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland und Europa sowie irreguläre Migration und europäische Migrationskontrollpolitik.

DR. MARTIN LIEPACH ist Mitarbeiter des Pädagogischen Zentrum des Fritz Bauer Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt am Main. Er ist Mitglied der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts in Deutschland und Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Goethe-Universität Frankfurt.

DR. THOMAS LUTZ hat als Zivildienstleistender Gruppen der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau betreut. Anschließend hat er in der Organisation das Gedenk-

stättenreferat aufgebaut und ab 1993 in der Stiftung Topografie des Terrors weitergeführt. Er ist Redakteur des Gedenkstätten Rundbrief und des Online-Gedenkstätten Forum. Zu seinen Aufgaben zählt die Förderung des Austauschs unter den Gedenkstätten u.a. durch Fachseminare und Beratungen.

PROF. DR. ASTRID MESSERSCHMIDT ist Erziehungswissenschaftlerin und Erwachsenenbildnerin und Professorin an der Bergischen Universität Wuppertal. Ihre Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind Migrationsgesellschaftliche Pädagogik, Differenzreflexivität und erziehungswissenschaftliche Geschlechterforschung, Rassismus- und Antisemitismuskritik im Kontext von Geschichtsbewusstsein, Kritische Bildungstheorie und Bildung in den Nachwirkungen des Nationalsozialismus.

PROF. DR. RAINER PÖPPINGHEGE lehrt seit 1998 Neueste Geschichte und Didaktik an der Universität Paderborn und ist Lehrbeauftragter an der Leuphana Universität Lüneburg. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören die Beschäftigung mit deutschen, englischen und französischen Kriegsgefangenen-Zeitungen des Ersten Weltkriegs sowie Gedächtniskultur und Geschichtsbewusstsein in Deutschland, und Tiere in Kriegen.

KARL RÖSSEL ist Journalist und gehörte 1983 zu den Mitbegründern des Kollektivs „Rheinisches Journalistenbüro“ in Köln sowie des Vereins

recherche international e.V. Der Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Tätigkeit liegt seit 2008 auf der „Dritten Welt im Ersten und Zweiten Weltkrieg“. Resultate dieser Forschungsarbeiten waren eine Wanderausstellung, die Erstellung von Unterrichtsmaterialien sowie das Buch „Unsere Opfer zählen nicht“.

DR. ULRICH SCHNAKENBERG ist Studienrat für Sozialwissenschaften und Geschichte am Gymnasium in den Filder Benden in Moers, kommissarischer Geschichtsfachleiter am Zentrum für schulpraktische Lehrerausbildung (ZfsL) Essen und Lehrbeauftragter an der Universität Duisburg-Essen. Seit vielen Jahren beschäftigt er sich vorrangig mit der Karikatur im Geschichtsunterricht, als Quelle und in der Politik. Daraus sind zahlreiche Veröffentlichungen hervorgegangen

JUDITH SUCHER, Master of Arts Global Studies, hat an der Universität Wien, der University of Stellenbosch und der Uniwersytet Wrocławski studiert und ist seit dem 1. Mai 2015 Referentin für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbandes Hessen des Volksbundes. Zuvor war sie in der gleichen Funktion für den Landesverband Niedersachsen des Volksbundes im Regierungsbezirk Hannover tätig.

PROF. DR. ROBERT TRABA ist Direktor des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften und Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin, Historiker, Politologe und

Kulturwissenschaftler. Absolvent der Nikolaus-Kopernikus-Universität in Thorn, Begründer der Vereinigung Wspólnota Kulturowa „Borussia“ in Allenstein und Herausgeber der Vierteljahresschrift „Borussia“.

CHRISTIANE CHARLOTTE WEBER hat Mittlere und Neuere Geschichte, Deutsche Literaturwissenschaft sowie Englische und Amerikanische Literatur an der Universität Gießen studiert. In ihrem Studium und den fast neun Jahren als Mitarbeiterin der Arbeitsstelle Holocaustliteratur arbeitete sie zu vielen Themenbereichen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs. 2014/2015 erarbeitete sie im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz eine Publikation sowie eine Internetseite zur Thematik der Rheinwiesenlager.



POLIS ist eine Publikationsreihe der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ).

Herausgegeben von:

Dr. Monika Hölscher, Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ), Referat 2/III „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus / Zeitgeschichte / Rechtsextremismus“

Viola Krause, Geschäftsführerin des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Landesverband Hessen e.V. in Frankfurt

Dr. Thomas Lutz, Leiter des Gedenkstättenreferats der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin.

Für die inhaltlichen Aussagen des in dieser Publikation veröffentlichten Beitrages tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Gestaltung / Satz: G-S Grafik & Satz GbR Grillhösl & Schmidt, www.grafiksatz.de

Druck: Druckerei Dinges & Frick

Auflage: 2000

© Wiesbaden 2016

ISBN 978-3-943192-34-6

Schriftliche Bestellungen an die HLZ: Taunusstraße 4-6, 65183 Wiesbaden, Telefon (0611) 32-4051, Fax (0611) 32-4055, E-Mail: hlz@hlz.hessen.de

Von der Reihe POLIS sind erhältlich:

Nr. 27 Mechtild M. Jansen (Hrsg.)

Hessen engagiert. Freiwilliges soziales Engagement in Hessen

Nr. 31 Wolfgang Benz

Gedenkstätten und Erinnerungsarbeit. Ein wichtiger Teil unserer politischen Kultur

Nr. 39 Bernd Heidenreich, Sönke Neitzel (Hrsg.)

Der Bombenkrieg und seine Opfer

Nr. 43 Walter Mühlhausen

Demokratischer Neubeginn in Hessen 1945-1949

Lehren aus der Vergangenheit für die Gestaltung der Zukunft

Nr. 45 Evelyn Brockhoff, Bernd Heidenreich, Sönke Neitzel (Hrsg.)

1945: Kriegsende und Neuanfang

Nr. 46 Renate Knigge-Tesche (Hrsg.)

Politischer Widerstand gegen die NS-Diktatur in Hessen.

Eine Auswahl

Nr. 47 Mechtild M. Jansen u.a. (Hrsg.)

Denken ohne Geländer - Hannah Arendt zum 100. Geburtstag

Nr. 48 Mechtild M. Jansen (Hrsg.)

frauen und literatur. Zum 200. Todestag der Sophie von La Roche (1807)

Nr. 49 Mechtild M. Jansen (Hrsg.)

Pflegende und sorgende Frauen und Männer

Nr. 50 Bernd Heidenreich, Mathias Friedel (Hrsg.)

1989/1990: 20 Jahre Mauerfall - 20 Jahre Deutsche Einheit

Nr. 52: Mechtild M. Jansen, Ingeborg Nordmann, Angelika Röming (Hrsg.)

Man wird nicht als Frau geboren.

Simone de Beauvoir zum 100. Geburtstag

Nr. 53: Mechtild M. Jansen, Ingeborg Nordmann (Hrsg.)

Gerechtigkeit, von Philosophinnen gesehen

Nr. 54: Mechtild M. Jansen, M. Brückner, M. Göttert, M. Schmidbauer (Hrsg.)

Neue Väter hat das Land?!

Nr. 55: Klaus Ahlheim

Gedenkstättenarbeit und Rechtsextremismus

Nr. 56: Monika Hölscher (Hrsg.)

Zerstörung - Vernichtung - Neuanfang

Vergriffene Ausgaben (Nr. 1-26, 28-30, 32-38, 40-42, 44, 51) können Sie über das Internet (www.hlz.hessen.de) herunterladen.